Jahresbericht

der

Handelskammer

für den

Regierungsbezirk Bromberg

für

1907

Bericht über das Wirtschaftsjahr.

Bromberg 1908.
Gruenauer'sche Buchdruckerei Richard Krahl.

3679

Jahresbericht

der

Handelskammer

für den

Regierungsbezirk Bromberg

für

1907

Bericht über das Wirtschaftsjahr.

Bromberg 1908.
Gruenauersche Buchdruckerei Richard Krahl.

Präsidium 1908.

Präsident: Geh. Kommerzienrat **L. Aronsohn**,
Vizepräsident: Stadtrat **R. Zawadzki**,
Schatzmeister: Stadtrat **Carl Beck**,
Schriftführer: **Franz Bengsch**.

Mitglieder der Handelskammer 1908.

	Mitglied seit	Wahlperiode bis Ende
I. Wahlbezirk.		
1. **L. Aronsohn**, Geh. Kommerzienrat, Bankier in Bromberg	1883	1911
2. **Carl Beck**, Fabrikbesitzer in Bromberg	1886	1911
3. **Franz Bengsch**, Kaufmann in Bromberg	1902	1909
4. **Martin Friedländer**, Kaufmann in Bromberg	1902	1913
5. **Emil Kolwitz**, Kaufmann in Bromberg	1904	1909
6. **L. Matthes**, Kaufmann in Bromberg	1896	1913
7. **J. Moses**, Kaufmann in Bromberg	1892	1909
8. **Carl Pauls**, Kaufmann in Bromberg	1906	1913
9. **R. Zawadzki**, Kaufmann in Bromberg	1893	1911
II. Wahlbezirk.		
10. **L. Bärwald**, Fabrikbesitzer in Nakel	1896	1909
11. **Oskar Bauer**, Kaufmann in Nakel	1908	1913
12. **Bernh. Schwarz**, Fabrikbesitzer in Nakel	1896	1911
III. Wahlbezirk.		
13. **Stefan von Grabski**, Fabrikdirektor in Kruschwitz	1902	1909
14. **Dr. jur. Leopold Levy**, Fabrikbesitzer in Hohensalza	1904	1911
15. **B. Pinkowski**, Kaufmann in Strelno	1908	1909
16. **S. Salomonsohn**, Bankier in Hohensalza	1896	1911
17. **V. Wąsowicz**, Apothekenbesitzer in Hohensalza	1908	1913
IV. Wahlbezirk.		
18. **J. Engländer**, Fabrikbesitzer in Gnesen	1906	1913
19. **Leon von Grabski**, Fabrikdirektor in Gnesen	1897	1909
20. **J. Rogowski**, Fabrikbesitzer in Gnesen	1908	1913
21. **Aug. Schilling**, Kaufmann in Gnesen	1896	1911
V. Wahlbezirk.		
22. **Victor Gross**, Fabrikbesitzer in Schneidemühl	1896	1911
23. **Louis Schweriner**, Kaufmann in Schneidemühl	1907	1913
24. **Wilhelm Rosengarten**, Fabrikbesitzer in Schneidemühl	1896	1909

Dr. M. Kandt
Syndikus der Handelskammer.
Amtsdauer seit 22. September 1903.

Ausschüsse der Handelskammer

gemäß § 8 der Geschäftsordnung.

1. Verwaltungs-Ausschuß.

R. Zawadzki, Bromberg, Vorsitzender,
Carl Beck, Bromberg, stellv. Vorsitzender,
L. Bärwald, Nakel,
Martin Friedländer, Bromberg,
Viktor Groß, Schneidemühl,
Emil Kolwitz, Bromberg,
J. Rogowski, Gnesen.

2. Verkehrs-Ausschuß.

Martin Friedländer, Bromberg, Vorsitzender,
Franz Bengsch, Bromberg, stellv. Vorsitzender,
L. Bärwald, Nakel,
Leon v. Grabski, Gnesen,
Emil Kolwitz, Bromberg,
Dr. jur. Leop. Levy, Hohensalza,
J. Moses, Bromberg.

3. Handels- und Gewerbe-Ausschuß.

J. Moses, Bromberg, Vorsitzender,
Carl Beck, Bromberg, stellv. Vorsitzender,
Dr. jur. Leop. Levy, Hohensalza,
L. Matthes, Bromberg,
S. Salomonsohn, Hohensalza,
Aug. Schilling, Gnesen,
Bernh. Schwarz, Nakel.

4. Ausschuß für Sozialpolitik und Bildungswesen.

Carl Beck, Bromberg, Vorsitzender,
L. Matthes, Bromberg, stellv. Vorsitzender,
Oskar Bauer, Nakel,
Carl Pauls, Bromberg,
W. Rosengarten, Schneidemühl.

5. Ausschuß für den Jahresbericht und die Berichtigung des Handelsregisters.

Martin Friedländer, Bromberg, Vorsitzender,
S. Salomonsohn, Hohensalza, stellv. Vorsitzender,
J. Engländer, Gnesen,
Stefan v. Grabski, Kruschwitz,
Louis Schweriner, Schneidemühl.

Beeidigte und öffentlich angestellte Handelssachverständige.

I. Bücherrevisoren.

Carl Beck, Bromberg,
Otto Doerfel, Bromberg,
Albert Jahnke, Bromberg,
Isidor Fromm, Gnesen,
Oskar Bauer, Nakel (Netze),
Friedrich Wilhelm Nicklaus, Nakel.
Gustav Dreier, Schneidemühl,
Max Eichler, Tremessen.

II. Probenehmer für Rohzucker und Melasse.

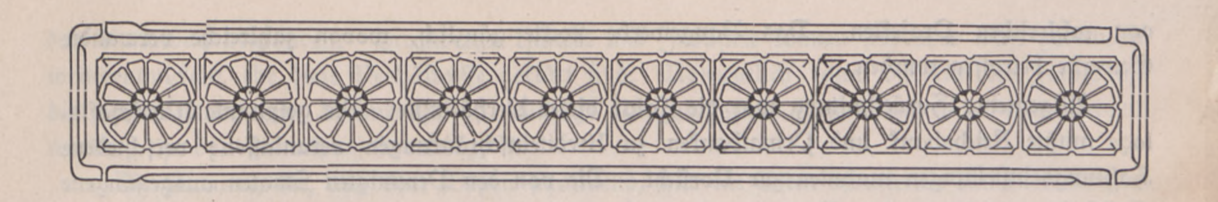
Rudolf Pankníen, Amsee,
Adolf Pfeiler, Argenau,
Curt Brüche, Bromberg,
Heinrich Vogt, Bromberg,
Franz Mikietynski, Friedrichshöhe (Kr. Wirsitz),
Oskar Haß, Gnesen,
A. von Janowski, Gnesen,
A. Thiel, Gnesen.
Wilh. Nöbel, Hohensalza,
C. Lüttich, Hohensalza,
M. Scherle, Kruschwitz,
Oskar Bauer, Nakel,
August Grosczel, Pakosch,
Wilhelm Galow, Seeheim,
Hugo Gehrke, Großendorf (in Thorn III wohnhaft),
Paul Fleischer, Znin,
Carl Pilaski, Znin.

III. Handelsmakler.

Adolf Fuß, Bromberg,
Arthur Rosenhain, Bromberg.

IV. Wäger.

Heinrich Vogt, Bromberg,
Otto Schmidt, Bromberg.



Einleitung.

Das Jahr 1907 hatte als Erbschaft des Vorjahres eine rege gewinnbringende Beschäftigung fast aller Handels- und Industriezweige übernommen. Aber schon gegen Ende des Jahres 1906 hatten sich an dem klaren wirtschaftlichen Horizont des Kammerbezirks dunkle Wolken gezeigt. Verschiedene Anzeichen einer rückläufigen wirtschaftlichen Bewegung waren bemerkbar geworden. Die Preise einer für die wirtschaftliche Lage des Bezirks wichtigen Industrie, der Holzindustrie, waren ins Wanken geraten und die Aussichten für eine Wiedererholung schienen äußerst gering. Die Preise der meisten Rohmaterialien und Lebensbedürfnisse waren auf einer seltenen Höhe angelangt. Der Arbeitsmarkt zeigte eine außergewöhnliche Anspannung, auch die bei Beginn eines Jahres sonst stets eintretende größere Erleichterung des Geldmarktes blieb aus.

Angesichts dieser bedrohlichen Erscheinungen schlossen wir unseren Bericht über das Jahr 1906 mit der Bemerkung, daß es der Anspannung aller Kräfte in Handel und Industrie bedürfen werde, um auch im Jahre 1907 ein günstiges wirtschaftliches Ergebnis zu erzielen.

Blicken wir nun auf das Jahr 1907 zurück, so können wir mit Genugtuung feststellen, daß es an reger Beschäftigung und an emsiger Arbeit nicht gefehlt hat und für manche Handels- und Industriezweige das geschäftliche Ergebnis ein zufriedenstellendes gewesen ist. Im allgemeinen verschlechterte sich jedoch im Laufe des Jahres die Wirtschaftslage. Zunächst schien es, als ob nur die Holzindustrie eine Ausnahme unter allen Gewerben bildete, deren ohnehin ungünstige Lage noch durch Ausstände im Berliner Holz- und Baugewerbe wesentlich verschlechtert wurde. Denn da Bromberg als Mittelpunkt des Holzhandels Berlin hauptsächlich mit Holz versorgt, wird die Lage der Bromberger Holzindustrie wesentlich von der Bautätigkeit Berlins beeinflußt. Aber allmählich änderte sich, besonders seit dem Spätherbst, die Sachlage. Ein Industrie- und Handelszweig nach dem andern wurde von der rückläufigen Bewegung ergriffen. Zuerst wurden die Lederindustrie, die Brauindustrie, das Bankgeschäft von dem Rückgang berührt. Ein schwerer Schicksalsschlag traf infolge des im Juni erfolgten Wassereinbruchs die Salzbergwerke in Hohensalza und zog nicht nur die Gyps- und Sodaindustrie, sondern mittelbar auch andere Industrie- und Handelszweige in Mitleidenschaft.

Teuerung der Rohmaterialien, Kohlenknappheit und die sogenannte Geldknappheit waren als Anzeichen der Überspannung der wirtschaftlichen Lage das ganze Jahr 1907 hindurch bemerkbar.

Die außerordentliche Höhe des Zinsfußes, — der Reichsbankdiskont hat im Jahre 1907 eine noch nie dagewesene Höhe erreicht, — gab Veranlassung zur Rücknahme und Rückstellung

von zahlreichen Projekten. Das Baugewerbe stockte gänzlich, wovon zahlreiche verwandte Gewerbe betroffen wurden.

Allgemeine Zurückhaltung war die Folge dieser Verhältnisse. Die gespannte Wirtschaftslage mußte Reichsbank und Privatbanken zu Krediteinschränkungen veranlassen; verschiedene Zahlungseinstellungen mahnten zur Vorsicht. Die von den Vereinigten Staaten ausgegangene Geldkrisis erschütterte das Vertrauen in noch stärkerem Maße. Für den Detailhandel, der ohnehin unter der Ungunst der allgemeinen Lage litt, wurde das Weihnachtsgeschäft durch das schlechte Wetter verdorben; so endete das Jahr mit recht trüben Erwartungen für die Zukunft.

Angesichts der oben geschilderten ungünstigen Lage der Holzindustrie müssen wir auch an dieser Stelle unserem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Staatsregierung ungeachtet unseres lebhaften, eingehend begründeten Einspruchs gerade diese Industrie, die sich auf gesunder Grundlage aus eigener Kraft und von kleinen Anfängen zu einer bedeutungsvollen Höhe entwickelt hat, neuerdings mit einer Abgabe belastet hat, die sie in ihrer Konkurrenzfähigkeit schwer beeinträchtigen muß. Es stehen der Holzindustrie Brombergs im Gegensatz zu ihrer westlichen Konkurrenz keine ausgedehnten Wasserläger zur Verfügung. Sie ist daher auf den allgemeinen Schützhafen bei Brahemünde angewiesen. Die Hafenliegegelder sind am 1. Oktober 1907 für längeres Lagern in einer die Interessen der Holzindustrie schwer schädigenden Weise erhöht worden. Gegenüber den Bestrebungen, die Industrie im Osten zu fördern, bedeutet diese Maßnahme gerade das Gegenteil. Dabei ist die Holzindustrie schon seit mehreren Jahren schwer durch eine andere neue Belastung getroffen, die sie allerdings mit anderen Handels- und Industriezweigen teilt, nämlich die Vorausleistungen zum Wegebau. Während im Westen Deutschlands in der Provinz Westfalen die Vorausleistungen zum Wegebau auf Grund des Gesetzes vom 18. August 1902 aufgehoben worden sind, in richtiger Erkenntnis, daß trotz der im einzelnen Falle sehr hohen Belastung der industriellen Betriebe das Gesamtergebnis für die Finanzen der Provinz ein recht unerhebliches ist, geht man in der Provinz Posen über alle Vorstellungen der Handelskammern und anderer Körperschaften, Vereine und der betroffenen Firmen selbst zur Tagesordnung über.

Der Handel hat aufgehört, über die Verbindung von Raiffeisen mit der Ansiedelungskommission zu klagen, nicht, weil die Verhältnisse besser geworden sind, sondern weil man angesichts des andauernden ablehnenden Verhaltens der Behörden alle Hoffnungen zu Grabe getragen hat.

Die verschiedensten Handels- und Industriezweige klagen darüber, daß gerade der gegenwärtige Zeitpunkt gewählt wird, um Lieferungen, die bisher stets nach dem Osten vergeben wurden, diesem zu entziehen, nur allzuoft wegen vermeintlicher oder ganz geringfügiger Vorteile. Es wird häufig auch das geringste Opfer gescheut, um der Industrie des Ostens zu helfen. Der gesamte Einkauf wird vielfach von einem Zentralamt aus besorgt, das die Lieferungen dem billigsten, d. h. dem kapitalkräftigsten Unternehmer des Westens überträgt. Der Arbeitsverdienst, der auf diese Weise dem Osten entzogen wird, ist ein recht erheblicher.

Auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens will es nicht so vorwärts gehen, wie nötig wäre. Immer wieder hat die Industrie unter Wagenmangel zu leiden. Die Hoffnung, daß die Bewilligung größerer Betriebsmittel durch den Landtag diesem Mißstande ein Ende macht, sind bislang nicht in Erfüllung gegangen.

An dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Wasserstraßen wird viel zu langsam gearbeitet. Obwohl die sogenannte Kanalvorlage, die eine Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Weichsel und Oder vorsieht, vom 1. April 1905 datiert, ist bis heute noch kein Spatenstich geschehen. Wenn dies auch zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß seitens der Regierung inzwischen das Projekt des sogenannten „Umgehungskanals" ausgearbeitet worden ist, so kann dieser Umstand doch nicht hinreichend die lange Verzögerung der Entscheidung über

den Kanalbau begründen. Brombergs Handel und Industrie können sich aber nicht gedeihlich weiterentwickeln, ehe diese Verhältnisse geklärt sind. Namentlich kann die für die Förderung des Geschäftsverkehrs Brombergs so wichtige Umschlagsstelle (Uferbahn) nicht eher gebaut werden, ehe das Kanalprojekt erledigt ist.

Die Pioniere, die, aus dem Westen stammend, hier im Osten industrielle Unternehmungen im Vertrauen auf die Förderung seitens der Regierung schaffen, finden nicht die Unterstützung, die sie erwartet haben. So werden Bestrebungen auf tarifarische Gleichstellung östlicher Industriezweige mit der konkurrierenden Industrie des Westens hinsichtlich des Bezuges ihrer Rohstoffe u. dergl. nicht gefördert, da ein allgemeines Verkehrsbedürfnis nicht vorliege. Wenn auch der Grundsatz, nur dann tarifarische Ermäßigungen eintreten zu lassen, wenn eine größere Anzahl von gleichartigen Betrieben an der Maßnahme interessiert ist, im allgemeinen richtig ist, da sonst ungerechte Begünstigungen einzelner Unternehmungen stattfinden könnten, so müßte er für den Osten eine wesentliche Einschränkung erfahren. Hier müßten Ausnahmetarife für eine Reihe von Jahren zu Gunsten der Unternehmungen eben derjenigen Pioniere, die es wagen, eine Industrie nach dem Osten zu verpflanzen, zugelassen werden.

Daß auch der Personenverkehr des Ostens durch die Fahrkartensteuer und die Personentarifreform ganz besonders belastet worden ist, haben wir ebenfalls bereits an anderer Stelle dargelegt. Die Einführung eines Staffeltarifs auch für den Personenverkehr ist eine Forderung, die nicht nur im Interesse des Ostens immer wieder erhoben werden muß. Auch die Gestaltung der Fahrpläne entspricht nicht den berechtigten Anforderungen. Oft werden selbst die bescheidensten Wünsche nicht berücksichtigt. So hat z. B. zwar der Bezirkseisenbahnrat einstimmig unserem Antrage auf Einlegung eines Zugpaares auf der seit Jahren stark vernachlässigten Strecke Bromberg—Dirschau (Danzig-Königsberg) zugestimmt, aber gleichwohl hat sich die Eisenbahnverwaltung nicht veranlaßt gesehen, ihm Folge zu geben.

Sehr wenig entgegenkommend zeigte sich auch die Regierung gegenüber den Bestrebungen, für die Zukunft von Handel und Gewerbe durch eine bessere Ausbildung der heranwachsenden Jugend Sorge zu tragen. Schon seit Jahren haben wir immer wieder die Notwendigkeit der Errichtung einer Handelsschule in Bromberg hervorgehoben. Die der Förderung des Gewerbes dienende Kunst- und Gewerbeschule, für welche die Stadt Bromberg erhebliche Opfer bringen wollte, konnte bisher nicht zu Stande kommen, weil der Staat es bisher abgelehnt hat, die hierfür erforderlichen Opfer zu bringen. Will aber der Staat Handel und Industrie des Ostens wirksam fördern, dann muß er diese Opfer auch bringen. Mit wohlwollender Beobachtung der Verhältnisse der Ostmark ist dieser nicht gedient.

Wenig erfreulich sind also am Ende des Jahres 1907 die Ausblicke bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Bezirks. Gleichwohl wollen wir nicht einem Pessimismus das Wort reden, womöglich den Handel- und Gewerbetreibenden den Rat geben, jede Hoffnung auf Erfolg aufzugeben. Im Gegenteil, wir wollen sie mahnen, trotz aller Schwierigkeiten, die ihnen in den Weg gelegt werden, in ernster angestrengter Arbeit weiter tätig zu sein. Allmählich muß sich die Einsicht Bahn brechen, daß eine dringende Notwendigkeit vorliegt, diese Hemmnisse zu beseitigen. Die Grundlage, auf der Handel und Industrie unseres Bezirks ruhen, ist festgefügt und solide. Bei einem solchen Fundamente aber dürfen wir mit Bestimmtheit hoffen, daß, wenn auch die wirtschaftliche Entwickelung wellenförmig Auf- und Niedergang zeigt, doch wie bisher Handel und Industrie des Bromberger Bezirks sich in erfreulicher Weise weiterentwickeln werden.

Lage und Gang von Handel und Gewerbe nach Einzelberichten der Interessenten.

Für diese Berichte übernimmt die Handelskammer keine Verantwortung.

I. Landwirtschaftliche Rohprodukte und Fabrikate, insbesondere Nahrungs- und Genußmittel.

Getreidehandel.

Das Jahr 1907 war für den Getreidehandel des Regierungsbezirks Bromberg recht günstig, da er sich die Vorteile der fortwährend steigenden Konjunktur zunutze machen konnte. Bedauerlich ist nur, daß das Erwerbsfeld des Handels immer mehr durch die Besiedelung der von der Ansiedelungskommission angekauften Güter und die Errichtung von landwirtschaftlichen Genossenschaften in den kleinen Städten bedeutend eingeengt wird.

Über den Verlauf des Geschäfts im allgemeinen ist folgendes zu berichten:

Wiewohl die Aussichten auf eine gute Ernte, sowohl bei dem Wintergetreide, das recht gut aus dem Winter gekommen, als auch auf den Sommerungsfeldern, die unter den günstigsten Verhältnissen bestellt werden konnten, reichlich vorhanden waren, entsprach das Ergebnis den Erwartungen durchaus nicht. Einmal waren es kalte Maitage, die die Blütezeit nachteilig beeinträchtigten; dann aber haben anhaltende Niederschläge das Einheimsen der Halmfrüchte ganz erheblich verzögert. Es mag als ein ganz besonders glücklicher Umstand bezeichnet werden, daß diese Niederschläge bei ziemlich kühlem Wetter stattfanden, so daß ein Auswachsen des Getreides dadurch verhütet wurde. Erheblichen Schaden haben diese Wettererscheinungen dem Sommergetreide gebracht, weil insbesondere die Gerste, deren hiesige Provenienz zum Export ganz besonders beliebt ist, in diesem Jahre nur mit großen Schwierigkeiten und unter Preiskonzessionen abzusetzen war.

Das verflossene Jahr hat dem Getreidehandel so aufregende Zeiten gebracht, wie sie in seiner Geschichte wohl nur zu den allergrößten Seltenheiten gehören. Die Preisgestaltung war eine häufig schwankende und ganz dazu angetan, um zur Vorsicht zu mahnen. Im großen und ganzen läßt sich jedoch feststellen, daß der Getreidehandel mit erheblichem Nutzen gehandelt hat, der ihm um so mehr zu gönnen ist, als die letzten Jahre nicht immer gewinnbringend gewesen sind. Die Getreideläger waren recht bedeutende, was darin seinen Grund hatte, daß Winterverschiffungen aus Mangel an Rentabilität unterbleiben mußten. Hervorgerufen wurde die Aufwärtsbewegung der Preise durch schlechte Ernteberichte, sowohl aus Rußland, wie auch aus Amerika, wozu noch alarmierende Nachrichten traten, die aus den Ostseeprovinzen kamen, in denen erhebliche Flächen Weizen infolge Frostschäden umgepflügt werden mußten.

Von einer Seite wird noch geschrieben:

Der in letzter Zeit von den Mühlen gestellte Antrag, den Identitätsnachweis wieder einzuführen, ist vollkommen unberechtigt. Wenn die Händler jetzt auch ein Absatzgebiet nach auswärts haben, so brauchen die Mühlen keineswegs ängstlich zu sein, denn es ist noch

genügend Getreide vorhanden. Wir werden noch so viel Getreide heranbekommen, daß wir alle reichlich werden versorgt werden; ein Notstand ist nicht zu befürchten! Die Müller möchten möglichst wenig Lager halten, sondern dies gern den Händlern überlassen, um bei eintretendem Bedarf greifbare Ware zu haben und von der Hand in den Mund zu kaufen.

Von dem neuen Enteignungsgesetz hat der Getreidehandel in hiesiger Gegend große Schädigungen zu erwarten. An Stelle der einzelnen Besitzer tritt die Ansiedelungskommission, welche, wie bekannt, die Geschäfte lediglich mit Raiffeisen abschließt. Außerdem ist bei der Verschärfung der nationalen Gegensätze zu befürchten, daß die deutschen Firmen einen großen Teil der noch übrig bleibenden polnischen Kundschaft gleichfalls verlieren.

Erwähnt sei noch, daß der Frachtbriefstempel eine ganz bedeutende Belastung des Handels darstellt.

Bei der einzelnen Ladung beträgt der Stempel 50 bis 75 Pf., das macht im Jahre ganz bedeutende Summen aus, während es unmöglich ist, in jedem Einzelfalle die Stempelkosten auf den Konsumenten oder Produzenten abzuwälzen. In fast allen Fällen muß der Handel diese Extraspesen allein tragen. Überdies werden häufig für Ladungen von 10 Tonnen 75 statt 50 Pf. erhoben. Man muß sich die Mehrbelastung ruhig gefallen lassen, weil Reklamationen an Arbeit und Porto mindestens ebensoviel kosten, wie die Differenz ausmacht.

Über die einzelnen Artikel wird noch folgendes berichtet:

Roggen. Das Geschäft in Roggen war ziemlich lebhaft und da die Preise seit Februar eine außerordentlich starke und andauernde Erhöhung erfuhren, ist das Geschäft auch für alle Händler lohnend gewesen, soweit dieselben nicht billige Vorverkäufe eingegangen waren, welch letztere nur mit größerem Verlust glattgestellt werden konnten. Die Preissteigerung setzte im Februar infolge ungünstiger russischer Berichte ein und verschärfte sich im Frühjahr noch ganz bedeutend, als das kalte und ungünstige Frühjahrswetter Besorgnisse für die neue inländische Ernte erweckte. Auch der mit Beginn der neuen Ernte erwartete Preisrückschlag trat nur ganz vorübergehend ein, denn sehr bald zeigte sich lebhafter Absatz nach allen Seiten, da die Ernte im allgemeinen weniger befriedigend ausgefallen ist als im diesseitigen Distrikt.

Der Export von Roggen nach Schweden und Norwegen hat in dieser Saison völlig aufgehört, dagegen ist etwas mehr als sonst nach Rußland und vereinzelt auch nach Böhmen gehandelt worden. Im ganzen ist die Ausfuhr aus dem hiesigen Distrikt in diesem Herbst wesentlich geringer gewesen als im Vorjahre, weil Schlesien und Sachsen als Käufer auftraten. Das trifft namentlich bei Roggen zu, während Weizen hier nur mäßig angebaut und in der Hauptsache von den benachbarten Mühlen aufgenommen wird. Vorübergehend zeigte sich Weizenexport nach Rußland, indessen hat derselbe aufgehört, als die hiesigen Mühlen sich entschlossen, etwas bessere Preise anzulegen.

Der Export von Roggen aus dem hiesigen Bezirk nach Rußland hat zum großen Teil seine Ursache in den ungünstigen Verkehrsverhältnissen und der schlechten Organisation des russischen Getreidehandels, der es nicht verstand, Überfluß in der einen Gegend und Mangel in der anderen Gegend auszugleichen. Es mußte vielmehr dem Getreidehandel des hiesigen Bezirks überlassen bleiben, aus einzelnen Bezirken Rußlands Getreide wasserwärts zu beziehen und nach anderen Bezirken Roggen und auch Weizen zu versenden. Aus diesem Beispiel ist ersichtlich, daß ein gut organisierter Getreidehandel ein wichtiger Faktor für die Volkswohlfahrt, namentlich für die Versorgung mit Getreide in kritischen Zeiten ist. Es wäre daher Pflicht der Regierung, die vorzügliche Organisation des deutschen Getreidehandels in jeder Weise zu fördern, nicht aber durch Absperrung des Ankaufs seitens der Proviantämter und durch ähnliche Maßnahmen zu schädigen.

Weizen hat vielfach durch Lagern sehr gelitten, wodurch die Entwickelung der Körner zurückgeblieben ist. Auch Brand war verschiedentlich wieder vorhanden, der allerdings bei Weizen alle Jahre mehr oder weniger aufzutreten scheint. Die Weizenbestände waren vor der Ernte gänzlich geräumt, so daß die neuen Zufuhren, welche anfangs übrigens sehr spärlich geschahen, bei inländischen Mühlen rege Kauflust erregten und die Preise eine allmähliche Steigerung erfahren konnten. Im Oktober und November trat Rußland stark als Käufer auf, so daß für die Getreidehändler ein guter Absatz dorthin vorhanden war. Die Preisbewegung von der Ernte bis Ende des Jahres war 200 bis 230 Mark.

Gerste hat infolge der Nässe sowohl in der Farbe wie im Korn sehr gelitten und ist vielfach dumpfig, so daß sie fast durchweg nur zu Brenn- und Futterzwecken Verwendung finden kann. Braugerste kam wenig vor und wurde gut bezahlt. Die Preise erstreckten sich für geringere und mittlere Qualitäten von 150 bis 160 Mark, für bessere Sorten von 160 bis 170 Mark, vereinzelt auch darüber.

Hafer. Die **Haferernte** konnte infolge der Nässe erst sehr spät geborgen werden, hat jedoch einen großen Ertrag bei zum Teil recht schönen und schweren Qualitäten ergeben. Die Zufuhren waren in den letzten Wochen sehr groß, was zur Folge hatte, daß die Preise in Berlin erheblich zurückgegangen sind. Bezahlt wurde hier 173 Mk. bis abwärts 160 Mk. pro Tonne.

Den gesunden Hafer nehmen die Proviantämter meist direkt von den Produzenten auf und für die anderen Qualitäten fehlt es an geeignetem Absatz, zumal auch solche Qualitäten für den Export nicht genommen werden. Bei dieser Gelegenheit sei die schon oben erwähnte Tatsache wiederholt, daß die Proviantämter beim Einkauf den Produzenten außerordentlich bevorzugen und dem Händler für die gleiche Qualität zu gleicher Zeit häufig 4 bis 8 Mk. pro Tonne weniger bieten als dem Produzenten, sofern sie nicht den Einkauf vom Händler überhaupt ablehnen.

In **Erbsen** scheint eine Mißernte gewesen zu sein, da dieser Artikel bisher nicht an den Markt kam.

Mühlenindustrie.

Bis zur letzten Ernte wurde das Angebot in Weizen und Roggen außerordentlich knapp und die Preise nahmen eine aufwärtsstrebende Richtung an. Während Weizen im Januar noch mit 172 Mk., Roggen mit 152 Mk. per Tonne waggonfrei Bromberg käuflich war, stiegen die Forderungen für Weizen bis Mitte Juli, von welchem Zeitpunkt ab diese Brotfrucht überhaupt nicht mehr gehandelt wurde, auf 220 Mk., für Roggen, welcher noch in vereinzelten kleinen Partien am Markt blieb, bis neues Gewächs zum Angebot kam, auf 205 Mk. per Tonne loko Bromberg.

Die Folge dieser mißlichen Verhältnisse war anfänglich eine Einschränkung, später die vollständige Einstellung des Betriebes der hier in Betracht kommenden östlichen Mühlen.

Durch anhaltendes widriges Wetter verzögerte sich die Ernte und brachte schließlich klamme Qualitäten, welche indes bei dem vollständig Fehlen an Brotkorn flotten Absatz fanden, um so mehr, als der Weltmarkt in steigender Tendenz verharrte.

Die Preise hielten sich gegen Ende des Jahres auf 230 Mk. per Tonne für Weizen und 195 Mk. per Tonne für Roggen.

Im allgemeinen können die Geschäftsverhältnisse trotzdem als ungünstige nicht bezeichnet werden. Die anhaltend feste Markttendenz ermöglichte nutzbringende Verwertung der Fabrikate, namentlich in den Zeiten, in denen Getreideangebote zu den Seltenheiten gehörten. Auch ließen die Forderungen für Roggenmehl nach dem Westen und Südwesten Deutschlands, wo das gänzliche Fehlen russischer Zufuhren den Roggenmarkt stark befestigte,

lohnende Rechnung, so daß umfangreiche Verschlüsse nach dem Rhein, Westfalen und Süddeutschland perfekt wurden, mit deren Erledigung die Mühlen unseres Bezirks noch gegenwärtig beschäftigt sind.

Daß der Weizenpreis sich in den letztverflossenen Monaten auf einer zum Westen, namentlich gegenüber den Berliner Notierungen, unrentablen Höhe halten konnte, hat seinen Grund in einer lebhaften Ausfuhr nach den russischen Nachbarprovinzen. Infolge der Aufhebung des Identitätsnachweises in Deutschland und der hohen Zollrückvergütung von 55 Mk. per Tonne konnte man Weizen von hier aus billiger nach den Stationen Russisch-Polens legen, als ihn die Mühlen unseres Bezirks zu erwerben imstande waren. Die hierdurch schwer geschädigte Mühlenindustrie hat unter dem 28. November v. J. eine Petition an den Herrn Reichskanzler gerichtet, welche hoffentlich von dem erstrebten Erfolg sein wird.

Kartoffelhandel.

Das Jahr 1907 behielt den Januar hindurch für Fabrikkartoffeln die billigen Preise des Herbstes 1906 bei. Im Februar stellte sich rege Nachfrage ein, wodurch das Produkt erheblich teurer wurde. Es stiegen unverlesene Kartoffeln bis Ende Mai um annähernd 100 %.

Das Speisekartoffelgeschäft begann im Monat März mit hohen Preisen, die eine bis Ende Juni fortgesetzte Steigerung erfuhren. Jeder Posten aller Sorten fand schlanken Absatz. Als Hauptabsatzgebiet für Speise- und Saatware galten das Rheinland, sowie Westfalen und Belgien. Besonders gefragt waren die Marken „Industrie“ und magnum bonum.

In frischen Kartoffeln ist in hiesigem Bezirke kein nennenswerter Absatz, weil der Bedarf darin fast überall durch Zufuhren aus der Umgebung gedeckt wird.

Die Preise neuer Ernte setzten für Fabrik- und Speiseware im September hoch ein und die Nachfrage war für alle Sorten gleich rege. Die Qualität der Ware neuer Ernte hatte durch die anhaltende Nässe des Sommers derartig gel tten, daß ein großer Teil sofort in den Mieten zu faulen begann. Viele Kartoffeln, besonders an niedrig gelegenen Stellen hatten schon in der Erde Schimmelpilze.

Ein anderer Bericht lautet:

Die Stärkefabriken hatten im Jahre 1906/07 eine recht leblose Kampagne, es lag mit Fabrikaten von Anfang bis zu Ende recht flau, so daß in sämtlichen Stärkefabriken nur kleine Quanten zu mäßigen Preisen erworben und verarbeitet werden.

Die niedrigen Preise waren wohl auch die Hauptursache, daß Kartoffeln stark verfuttert wurden. Hierdurch trat im Frühjahr 1907 eine Knappheit ein, sodaß die Preise von 1 Mark auf 3,50 bis 4 Mark per Zentner rapide stiegen und auf dieser Preishöhe auch stehen blieben, bis durch größere Zufuhren von Frühkartoffeln die Nachfrage reichlicher gedeckt wurde.

Die Aussichten der neuen Ernte in dem Berichtsjahre waren zu Beginn recht günstig, verschlechterten sich jedoch von Tag zu Tag, und als auch der August als ausschlaggebender Monat für das Gedeihen der Kartoffeln mit den Regengüssen nicht einhielt, mußte man immer mehr zu der Überzeugung gelangen, daß auf eine schlechte Kartoffelernte zu rechnen sein würde.

Diese Annahme traf denn auch voll und ganz zu. Die Ernte fiel in manchen Bezirken derartig schlecht aus, daß die Landwirte nur einen Ertrag von 30 bis 40 Zentner per Morgen erreichten. Hierzu kamen noch schlechte Qualitäten, die man zum größten Teil sofort abliefern mußte, um nur etwas retten zu können.

Die Preise für Fabrikkartoffeln bewegten sich zu Beginn der Kampagne, also Mitte Sep-

tember, zwischen 1,20 bis 1,30 Mk., stiegen dann bis auf 1,50 Mk. bis 1,60 Mk. und blieben bei diesem Preise auch bis Ende November stehen. Die Quantitäten, welche von den Stärkefabriken erworben wurden, bewegten sich gleichfalls in den Grenzen der minimal ausgefallenen Ernte, weshalb auf eine sehr kurze Kampagne zu rechnen ist.

Dagegen machte sich die Nachfrage nach Speise-, Brennerei- und Futterkartoffeln für Ostpreußen bereits im Herbst ziemlich stark bemerkbar, es sind daher auch Kartoffeln in großen Mengen dorthin verschickt worden. Auch Berlin hat schon recht viel bezogen; wir dürften im Frühjahr 1908 auf ziemlich hohe Kartoffelpreise zu rechnen haben.

Stärke- und Stärkezucker-Industrie.

Die **Stärkeindustrie** hatte in dem verflossenen Jahre 1906/07 unter recht schwierigen Verhältnissen zu arbeiten. In dem abnorm reichen Kartoffeljahre 1905/06 hatten die Kartoffeln verarbeitenden Industrien, darunter auch die Stärkefabriken, außergewöhnlich große Kampagnen erzielt. Es befanden sich zu Beginn der Kampagne Oktober 1906 recht belangreiche Vorräte an Ware in den Fabriken, bei den Händlern und den Verbrauchern. Diese alten Bestände drückten naturgemäß auf den Markt. Die hohen Bestandziffern an Spiritus sowie die gespannten Geldverhältnisse beeinflußten die Preise in ungünstigem Sinne, so daß zu Beginn der Kampagne niedrige Fabrikatpreise erschienen. Demgegenüber stellte sich nun weiter heraus, daß die anfangs günstig beurteilte Kartoffelernte weder qualitativ noch quantitativ den Erwartungen entsprach. Als Folgeerscheinung konnten die Stärkefabriken die Kartoffeln resp. die Rohstärke nicht zu den erwarteten niedrigen Preisen erwerben.

Andererseits flauten aber die Verkaufspreise für das Fertigfabrikat immer mehr ab. Dieselben erreichten im Frühjahr 1907 ihren tiefsten Stand. Entsprachen schon im Herbst die Rohmaterialpreise nicht dem Fabrikatpreise, so war im Frühjahr die Spannung zwischen den Preisen derart, daß keine Fabrik auf eine Nachkampagne rechnen konnte. Das teure Rohmaterial, die teilweise sehr erhöhten Arbeitslöhne sowie die immer mehr verteuerten Betriebsbedürfnisse, wie Kohlen, Säcke, Fässer, Materialien, der hohe Zinsfuß, erhöhten die Betriebskosten und damit die Unkosten für das Fertigfabrikat in dem Maße, daß wenn Verkäufe gemacht werden mußten, dieselben für die Fabrik Verlust brachten.

Aber nicht nur die namhaften Vorräte aus letzter Kampagne drückten auf den Markt, sondern auch eine umfangreiche Baisse-Spekulation vieler Fabriken und Zwischenhändler, die auf Monate hinaus den ganzen Geschäftsgang lähmte. Erst im nachfolgenden Sommer, als die Läger sich lichteten und ehemals allzu verkaufsfreudige Fabriken die eingegangenen Lieferungsverpflichtungen nur schwer zu erfüllen vermochten, auch kaltes und regnerisches Wetter die Aussichten für die kommende Ernte verschlechterte, setzte eine Aufwärtsbewegung der Preise ein.

Das Ergebnis der Kampagne dürfte für die Spekulanten ein niederdrückendes sein, weil sie sich mit dem erhofften billigen Rohmaterial nicht zu decken vermochten. Für die ganze Branche aber dürfte künftiger Segen aus Beachtung der alten Lehre erwachsen, daß man An- und Verkaufspreise stetig in Übereinstimmung zu bringen bestrebt sein muß, wenn man die Arbeit einer Fabrik lohnend gestalten will. Solide und vorsichtig arbeitende Fabriken, anfänglich außerordentlich geschädigt, konnten unter Ausnutzung der besseren Sommerpreise auch in dieser Kampagne zu günstigen Gewinnresultaten kommen.

Die neue, in Posen und Schlesien allerdings gute, durchschnittlich aber wieder ungenügende Kartoffelernte hat vom Herbst 1907 ab eine lebhafte Bewegung auch in Kartoffelfabrikaten gezeitigt. Durch den Mißerfolg des Vorjahres scheu gemacht, hat man die

Fabrikatpreise nun so erheblich gesteigert, daß Konsumenten nur widerwillig kaufen und durch größte Zurückhaltung billigere Notierungen zu erzwingen hoffen. Selbstredend sind auch die Fabrikkartoffeln entsprechend teurer; in anbetracht der hohen Getreidepreise ist auf einen wesentlichen Rückgang vorläufig wohl nicht zu rechnen. Demgegenüber sind die billigen Rübenzuckerpreise und der fast verloren gegangene Absatz nach dem Auslande bedeutungsvolle Erscheinungen, die einen nachteiligen Einfluß auf die Stärke- und Stärkezucker-industrie zu schaffen geeignet sind.

Futter- und Düngemittel.

Futterartikel, sowohl russische wie amerikanische, wurden in der ersten Jahreshälfte sehr stark begehrt und das Geschäft ließ nichts zu wünschen übrig. Freilich waren zu manchen Zeiten die russischen Zufuhren wieder sehr unregelmäßig, sonst hätten Absatz und Nutzen besser sein können. Seit Beginn der neuen Ernte ist das Futtergeschäft schleppend und unlohnend. Rußland und Amerika halten auf hohe Preise, während der Absatz sehr zu wünschen übrig läßt. Es liegt das zum Teil daran, daß die Landwirte eine Menge eigenes schlecht geerntetes und deswegen nicht gut verkaufsfähiges Getreide verbrauchen, und andererseits auch wohl an den gefallenen Viehpreisen.

Der Absatz in **Düngemitteln** hielt sich ungefähr in vorjähriger Höhe. Der Nutzen war noch geringer als im Vorjahre, weil einerseits die Fabrikanten das Bestreben zeigen, dem Händler immer weniger Spielraum zu gewähren und andererseits dieser verhältnismäßig einfach liegende Geschäftszweig seitens der Genossenschaften, die zum Teil Vorzugspreise haben, ganz besonders eifrig bearbeitet wird. Bei dieser Gelegenheit sei speziell auf den bekannten Übelstand hingewiesen, daß die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft und die mit ihr in Verbindung stehenden Genossenschaften beim Bezuge von Kalisalzen besondere Vergünstigungen genießen, was dem Handel die Konkurrenz nahezu unmöglich macht. Das Geschäft in Chilisalpeter, dem einzigen Artikel, bei dem ein freier Wettbewerb stattfindet, war lohnender. Das Detailgeschäft für Quantitäten unter 200 Zentner war ein recht lebhaftes.

Sämereien und Saaten.

Das Sämereigeschäft von 1907 kann als recht günstig bezeichnet werden.

Wenngleich die ersten Monate des Jahres sehr ruhig verliefen und der Samenhandel eine abwartende Stellung einnahm, so begann doch im März ein lebhafter Aufschwung. Es stellte sich immer mehr heraus, daß der starke Frost große Schäden verursacht hatte; namentlich waren Weizenfelder vielfach ausgewintert. Es galt nun, Ersatz durch Sommersaaten zu schaffen. Daher wurden **Sommerweizen, Sommerroggen, Gerste, Hafer, Buchweizen, Wicken usw.** zu stetig steigenden Preisen in großen Posten gehandelt.

In **Kleesaaten** fand ebenfalls ein belangreiches Geschäft statt. **Rotklee, Gelbklee, Wundklee, Schwedischklee, Inkarnatklee, Schotenklee** wurden flott zu guten Preisen gekauft, und die Läger waren bei Schluß der Saison zum größten Teil geräumt. In **Weißklee** war eine überaus große Ernte gemacht worden. Die Preise hatten einen so niedrigen Stand erreicht, daß die Ware zu Spekulationszwecken willig aufgenommen wurde. Später konnte, da die Aussichten auf die neue Ernte wenig versprechend erschienen, der Artikel mit gutem Nutzen weiter verkauft werden; namentlich war das Ausland Abnehmer.

Luzerne war ebenfalls ein sehr gefragter Artikel und bei Schluß der Saison zu hohen Preisen überall geräumt.

In **Grassaaten** fanden gleichfalls bedeutende Umsätze bei steigenden Preisen statt. Namentlich konnten **Thymothee, Raygras, Knaulgras, Wiesenschwingel, Fioringras,**

Wiesenfuchsschwanz usw. schlank verkauft werden; es dürften bei Schluß der Saison auch hier keine Vorräte geblieben sein.

Futterkräuter gingen ebenfalls gut. Auch hierin fand bei guten Preisen ein lebhaftes Geschäft statt. Besonders gefragt waren **Seradella, Kümmel, Senf, Vicia villosa, Zuckerhirse, Ölrettich.**

In **Runkeln, Möhren und Wruken** wurde auch ein bedeutender Umsatz erzielt. Es sind auch von diesen Artikeln kaum Läger geblieben.

Pferdezahnmais machte sich sehr knapp und ist zu hohen Preisen überall geräumt.

Auch in **Lupinen** ist ein lebhaftes Geschäft zu verzeichnen.

Das Herbstgeschäft war ebenfalls ein flottes. Um dem drohenden Futtermangel abzuhelfen, wurde namentlich Senf begehrt. Dieser Artikel wurde zu hohen Preisen fast überall geräumt.

Auch **Vicia villosa, Stoppelrüben, Ölrettich, Inkarnatklee** fanden gute Abnahme.

In Winter-Saatgetreide ist ein namhaftes Geschäft zu verzeichnen.

Die Originalsaaten waren auch in diesem Jahre frühzeitig ausverkauft, daher konnte der Bedarf nicht überall gedeckt werden. Es mußten vielfach Absaaten gekauft werden.

Durch den anhaltend nassen und kalten Sommer sind die Aussichten auf eine gute Sommerernte, namentlich in Klee und Gräsern, wenig günstig. Die noch geringen Bestände jähriger Kleesaaten wurden zu erhöhten Preisen willig aufgekauft.

Der Gesamtumsatz des Jahres kann als recht gut bezeichnet werden.

Kunst- und Handelsgärtnerei.

Der Verlauf des Geschäfts im Jahre 1907 ist weniger befriedigend als derjenige des Jahres 1906, weil die Schäden, die der Winter 1906 an den Pflanzen anrichtete, sich in diesem Jahre recht bemerkbar machten und Ersatz für das Fehlende aus anderen Gegenden gekauft werden mußte. Auch die Hagelwetter dieses Jahres haben viel Verluste gebracht. Pflanzen und Früchte wurden dadurch in ihrer normalen Entwickelung behindert und minderwertig. Der Absatz der Gärtnereiprodukte an die Landwirte war ein bedeutend geringerer als im Vorjahre. Die Steigerung der Löhne, der Preise für Brennmaterial und vieles andere hat dazu beigetragen, wesentlich einen ungünstigeren Jahresabschluß herbeigeführt.

Viel geklagt wurde über den Handel mit Obstbäumen auf Wochenmärkten. Wenn dieser auch, wie in einer Versammlung von Handelsgärtnern ausgeführt wurde, noch nicht in allen Teilen Deutschlands gleich stark in Erscheinung tritt, so ist er doch in Ost- und Westpreußen, Schlesien und Posen eine ständige Einrichtung geworden. Es ist zum größten Teile Bayern, welches die Märkte mit einem minderwertigen Material überschwemmt. Man sieht sogar Bäume mit Krebs- und Brandstellen. Auch findet man an ihnen häufig Blut- und Schildläuse. Den Besitzern aber ist das zum großen Teile gleichgültig, wenn sie nur billig zu einem Baume kommen. Das Verbot des Marktverkaufes von Obstbäumen würde im Interesse aller reellen Obstbaumzüchter des Reiches liegen, denn ein gewissenhafter Züchter verkauft seine Ware nicht umherziehend auf den Märkten, wo die Abnehmer niemals so bedient werden können, wie bei dem direkten Bezug aus Obstbaumschulen. Nur der gewissenlose Händler hat ein Interesse am Marktverkauf, zum Schaden aller Käufer. Es muß hier entschieden Wandel geschaffen werden. Derartige Zustände können nicht zur Förderung des heimischen Obstbaues beitragen, vielmehr verliert der einmal auf diese Weise Geschädigte das Vertrauen zur Obstkultur überhaupt. Was nützt es unseren Landwirtschaftskammern und Obstbauvereinen, die sich die Förderung des Obstbaues zum Ziel gesetzt haben und nur gute und dem Klima angepaßte Sorten zur Anpflanzung empfehlen, wenn

auf den Märkten dieser Mischmasch aus aller Herren Länder immer wieder angeboten wird.

Der Verband der Handelsgärtner Deutschlands hat daher an den Bundesrat eine entsprechende Eingabe gerichtet.

Bierbrauerei und Mälzerei.

Das Jahr 1907 hat dem **Brauereigewerbe** nichts Erfreuliches gebracht. Nach einem ungewöhnlich langen und strengen Winter hatte man allgemein auf einen guten Sommer gehofft. Leider mußte diese schöne Hoffnung, nachdem sie von einem Monat auf den anderen verschoben worden war, mit den verregneten Erntemonaten Juli und August endgültig zu Grabe getragen werden. Auch der für unsere Gegend typische schöne Herbst konnte an dem ungünstigen Ergebnis des Jahres nichts ändern. Der Absatz der Brauereien dürfte allgemein stark gesunken sein, da bei dem kalten regnerischen Durchschnittswetter auch noch alle Sonn- und Festtage als „geschäftlich ausgefallen" zu bezeichnen sind. Die erzielten Gewinne können nur als recht dürftig bezeichnet werden. Das Brauereigewerbe wurde um so schwerer getroffen, als neben dem entgangenen Absatz auch die Kundschaft, das Gastwirtsgewerbe, schweren Schaden erlitten hat und wesentlich in seiner Zahlungsfähigkeit geschwächt worden ist.

Die Befürchtungen, daß die Brausteuererhöhung in Verbindung mit dem hohen Gerstenzoll geradezu unheilvoll auf die Rentabilität der Brauereien einwirken würde, sind bei weitem übertroffen worden. Auch stellt sich immer mehr heraus, daß die von den vereinigten Brauereien notgedrungen durchgeführte mäßige Bierpreiserhöhung bei weitem nicht ausreicht, um auch nur einigermaßen die Mehraufwendungen zu decken, welche die Brauereien durch die neue Brausteuergesetzgebung, die hohen Gersten- und Kohlenpreise, die erhöhten Löhne und Preise sämtlicher Rohmaterialien, Maschinen usw. zu tragen haben.

So hat beispielsweise eine Brauerei des Bezirks in dem Geschäftsjahr vom 1. Juli 1906 bis dahin 1902 trotz der um 1 Mark pro Hektoliter erhöhten Bierpreise, d. s. in dem betr. Geschäftsjahr 9 685 Mark, entgegen dem Abschluß des Vorjahres einen Minder-Reingewinn von 7 540 Mk. erzielt. Es würde sich also gegenüber dem Vorjahre ein Mindergewinn von 9 685 + 7 540 = 17 225 Mk. ergeben haben, wenn die Brauerei den Bierpreis nicht um 1 Mk. pro Hektoliter erhöht hätte. Die Brauerei hat demnach trotz der Preiserhöhung nicht nur die ganze Brausteuererhöhung selbst zu tragen, sondern noch erheblich mehr. Dies ist ein klarer Beweis dafür, wie ungerechtfertigt der Widerspruch von vielen Seiten war, als im vorigen Jahre die Brauereien gezwungen waren, ihre Bierpreise zu erhöhen.

Da eine weitere Erhöhung der Bierpreise infolge der Uneinigkeit und Kurzsichtigkeit mancher Brauereibesitzer und Vertreter von Brauereien nicht durchführbar sein wird, so dürfte sich die Zukunft für viele Brauereien recht trübe gestalten. Eine auch nur einigermaßen angemessene Verzinsung des Anlagekapitals herauszuwirtschaften, erscheint unter diesen Umständen ausgeschlossen.

Sehr zu wünschen wäre es, wenn die Wegebau-Vorausleistungen, zu denen auch Brauereien in erheblichem Maße herangezogen werden, recht bald wieder von der Bildfläche verschwinden, oder aber auf alle Betriebe, welche Chausseen benutzen, ausgedehnt würden. Jedenfalls werden die Kunststraßen durch die schmalreifigen Räder der landwirtschaftlichen Fuhrwerke mehr beschädigt, als durch die breitreifigen der gewerblichen Fuhrwerke, insbesondere, da jene doch auch in der Regel 40 bis 60 Zentner an landwirtschaftlichen Erzeugnissen laden.

Für die **Malzfabrikation** blieb die schwierige Lage der Brauereien nicht ohne Rückwirkung. Während bei einigermaßen normalen

Verhältnissen die gesamten vorhandenen Vorräte zu guten Preisen hätten geräumt werden müssen, weil aus dem Vorjahre keine Bestände vorhanden waren, blieben bei dem schlechten Geschäftsgange der Brauereien selbst verschlossene Posten Malz unabgefordert. Erst nach Bekanntwerden der ungünstigen diesjährigen Ernteergebnisse fanden diese Posten entsprechende Verwertung. Die unter schwierigen Verhältnissen geborgene, stark verregnete Ernte hat nur wenig feine Gersten gewinnen lassen, welche zu erheblich höheren Preisen als im Vorjahre angeboten und gehandelt werden. Die bis Anfang Oktober noch nicht entwickelte volle Keimfähigkeit der diesjährigen Gersten verhindert einen rechtzeitigen Beginn der Mälzereikampagne. Bei schwierigem Einkauf und beschränkter Ausnutzungsmöglichkeit der Mälzereianlagen lassen sich für die Entwickelung des neuen Geschäfts Voraussagen kaum machen. Jedenfalls wird es nicht leicht, den Einkaufspreisen für Rohmaterial und Kohlen und stetig steigenden Löhnen entsprechende Preise für das Fabrikat zu erzielen.

Für die Brauereibranche kommt praktisch auch nicht einmal der für den diesjährig recht guten Hopfen mäßige Preis zur Geltung, weil hiervon überall recht beträchtliche Bestände vorhanden sind. Die im Vorjahr geschlossenen Vereinigungen zum Zwecke der Besserung der allgemeinen Geschäftsgrundlagen haben sich zum größten Teil behauptet und die bei schlechtem Allgemeinumsatz üblichen Preisunterbietungen unmöglich gemacht. Wünschenswert wäre es, wenn die Handelskammer mit allen zu Gebot stehenden Mitteln dafür eintreten möchte, daß die Zustände in der Versorgung mit Kohlen, wie sie sich im laufenden Jahre herausgestellt haben, für die Zukunft möglichst ausgeschlossen werden.

Spritfabrikation.

Wenn die wirtschaftliche Lage des Artikels, die zu Anfang der Berichtszeit eine recht ungünstige war, jetzt wieder als eine durchaus gesunde bezeichnet werden kann, so ist dies in der Hauptsache der Produktionsbeschränkung zu verdanken, welcher sich die meisten deutschen Brenner im Hinblick auf die schon wiederholt damit erzielten guten Erfolge auch in der Brennkampagne 1906/07 freiwillig unterworfen haben. Die Einschränkung war diesmal auf 82 % der früheren durchschnittlichen Branntweinerzeugung normiert worden und sie bewirkte, daß die anfangs Oktober 1906 übernommenen beängstigend großen Spiritusbestände im Laufe des Jahres 1907 ganz bedeutend verkleinert wurden. Nebenher ging eine recht beträchtliche Steigerung des Bedarfs zu Konsum-, Brenn- und technischen Zwecken, auch stellte sich ein lebhafter, die Ziffern der letzten Jahre weit übersteigender Export ein und zwar namentlich nach Rußland, wo die eigene Branntweinproduktion den Bedarf nicht zu decken vermochte.

So kam es, daß wir am 1. Oktober mit einem normalen Bestande, nämlich mit 50 Mille Litern, in die neue Brennkampagne eintreten konnten. Die Brenner erhielten für die angelieferte, mit 70 Mark Verbrauchsabgabe belastetete Rohware einen Abschlagspreis von 40 Mark Basis Berlin (im Bromberger Kreise 1,70 Mark weniger), und nach Beendigung des Geschäftsjahres noch eine Nachzahlung von 3,25 Mark, eine Bezahlung, wie sie die Brenner so günstig am freien Markte niemals hätten erzielen können.

Der Ausfall der neuen Kartoffelernte war in den einzelnen Landesteilen ein grundverschiedener; auch in der Provinz Posen lauteten die Nachrichten darüber sehr widersprechend. Im Durchschnitt ergab sich eine nur sehr mittelmäßige Ernte, und da die Kartoffelpreise infolgedessen sehr anzogen, so entschloß sich die Zentrale, um eine ausreichende Branntweinerzeugung zu sichern, den Abschlags-

preis Mitte Oktober auf 45 Mark und Mitte November sogar auf 48 Mark heraufzusetzen, wobei von einer Produktionsbindung für diesmal Abstand genommen wurde.

Wie immer, so paßten sich auch im Jahre 1907 die Verkaufspreise für gereinigte Ware den für die Rohware den Brennern gezahlten Preisen an. Für unversteuerten Prima-Sprit stellte sich der Preis für Bromberg und Umgegend im Januar 1907 auf 50,50 Mark, stieg dann allmählich von Monat zu Monat um die Lagerungskosten bis auf 53,70 Mark im September, und wurde in den folgenden Monaten, dem verteuerten Rohspiritus-Einkaufe entsprechend, in mehreren Sprüngen bis auf 65,50 Mk. erhöht.

Infolge des gesteigerten Absatzes war auch die hiesige Spritfabrik stärker als in früheren Jahren beschäftigt und darf auf ein befriedigendes Erträgnis rechnen.

Hervorzuheben ist, daß die auf die Verlängerung des Spiritus-Verwertungs-Unternehmens nach Ablauf der gegenwärtigen Zentrale hinzielenden Bestrebungen nach großen Mühen im Mai 1907 endlich zu einem Ergebnis geführt haben. Danach ist die neue Zentrale für Spiritus-Verwertung vom 1. Oktober 1908 auf weitere 10 Jahre gesichert unter noch größerer Beteiligung von seiten der Brenner als die bisherige Zentrale, doch sind leider in dem neuen Vertrage die Bezüge der Spritfabriken ganz bedeutend heruntergedrückt, so daß kleinere Fabriken einen schweren Stand haben dürften.

Inzwischen ist gegen Ende des Jahres eine neue schwere Beunruhigung für das Spritgewerbe am Horizonte heraufgestiegen. Die Reichsregierung plant, Zeitungsnachrichten zufolge, behufs Erlangung der zu notwendigen großen Ausgaben nötigen Mittel die Einführung des Branntweinmonopols, ein Projekt, dessen Durchführung eine vollständige Umgestaltung des Handels mit Spiritus und Sprit zur Folge haben würde. Indessen ist bisher weder eine Vorlage an den Bundesrat gelangt, noch Genaueres über das Projekt in die Öffentlichkeit gedrungen, so daß man über die Tragweite desselben sich auch noch kein Urteil bilden kann.

Destillation und Essigfabrikation.

Das Geschäft war im letzten Jahre, hervorgerufen durch eine Herabsetzung des Spirituspreises seitens der Zentrale für Spiritus-Verwertung, lebhafter, wie das im allgemeinen auch die Branntweinstatistik ergibt. Nach derselben sind nämlich vom Oktober 1906 bis dahin 1907 im Reich rd. 170 000 hl mehr an Trinkbranntwein in den Konsum übergegangen, als im Jahre zuvor. Leider sind mit Beginn der diesjährigen Kampagne durch die Willkür der Zentrale für Spiritusverwertung in Berlin die Notierungen für Sprit — trotz mittlerer Kartoffelernte in diesem Jahre (1907) — bis auf 65 Mk. unversteuert pro 100 Liter r. A. hinaufgeschraubt worden, so daß jegliches Rendiment im Destillationsgeschäft sowie in der Essigfabrikation aufgehört hat. Dieser Vorgang muß naturgemäß zu einer namhaften Verminderung des Konsums und demzufolge zu einer Verschlechterung des Geschäfts führen. Der gewaltige Preisaufschlag läßt sich nur zum geringsten Teil auf die Kundschaft abwälzen und wird deshalb hauptsächlich von den Destillateuren getragen werden müssen.

Das Projekt des Branntweinmonopols nimmt schon scharfe Konturen an und bringt dem Destillateur trübe Aussichten, er sieht sich bereits als Leidtragender. Zwar hat der Verein Deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten in Berlin im laufenden Jahre versucht, die Firmen der Branche zur Abwehr gegen die Zentrale zusammenzuschließen, doch ohne Erfolg.

Aus einer kleineren Stadt wird hierzu noch geschrieben:

Die Behörde, deren Organe für alles Strafwürdige ein gutes Auge haben, zeigt hier



im Osten, insbesondere in den kleinen Plätzen, gegenüber dem unerlaubten Kleinhandel mit Branntwein ein mildes Herz und eine weiche Natur, die dem Fernstehenden vielleicht erklärlich sein mögen, nicht aber demjenigen, der für sein Gewerbe Steuern zahlen soll und dem durch solche Hintertürgeschäfte der Absatz beschnitten wird. Es ist beispielsweise hier am Platze Tatsache, daß Kolonialwarenhändler und Drogisten, die keine Schankerlaubnis und keine Erlaubnis zum Vertrieb von Branntwein in versiegelten Flaschen haben, mit dem Handel von Likören und anderen Spirituosen schwunghafte Geschäfte betreiben, und es ist ebenso Tatsache, daß demgegenüber die städtische Polizei bisher versagt hat. Es wäre dringend nötig, daß von maßgebender Seite hier Wandel geschafft würde.

Das **Fruchtsaftgeschäft** entwickelte sich infolge des kolossalen diesjährigen Wachstums gut, wenn auch der Absatz anfänglich wegen des übergroßen Angebots erschwert wurde. Allmählich stiegen auch die Saftpreise, so daß dieser Teil des Geschäftes sich lukrativ gestaltete. Es mag an dieser Stelle daran erinnert werden, daß es im Interesse des Regierungsbezirks liegt, wenn aus den bescheidenen Anfängen in der Anlage der Sauerkirsche an Wegen und Chausseen im Laufe der Jahrzehnte eine große, lebensfähige Obstverwertungsindustrie im Osten sich entwickeln würde.

Tabak-, Zigarren- und Zigarettenfabrikation.

Auch in diesem Jahre war die Nachfrage nach Fabrikaten der mittleren und höheren Preislagen groß.

Schwierigkeiten entstanden durch Arbeitermangel, der eine Vergrößerung der Produktion hinderte.

Der Verdienst bleibt selbst noch hinter dem schon ungünstigen Jahre 1906 zurück; sämtliche Rohprodukte haben nicht nur die letztjährigen hohen Preise behalten, sondern sind weiter gestiegen. Im vorigen Jahre waren ganz besonders Sumatra-Tabake hoch im Preise, in diesem Jahre haben auch die Preise für Havanna-, Mexiko-, Brasil- und Java-Tabake eine noch nicht dagewesene Höhe erreicht; selbst deutsche (Uckermärker und Pfälzer) Tabake sind durchschnittlich um ca. 25% gestiegen. Dagegen konnten nur unbedeutend höhere Preise für Fabrikate erzielt werden.

Schädigend für die Industrie, hemmend auf den Geschäftsgang wirkten die immer wieder hervortretenden Beunruhigungen wegen neuer Tabak- resp. Banderollensteuervorlagen.

Die Zigarettenfabrikation stand im Berichtsjahr, ganz besonders in der ersten Hälfte, unter der Nachwirkung des am 1. Juli 1906 in Kraft getretenen Zigarettensteuergesetzes. Es hatte s. Z. eine starke Vorversorgung stattgefunden, so daß das Geschäft zunächst fast stockte. Allmählich gewann es wieder an Lebhaftigkeit. Indeß lassen sich die Wirkungen des Gesetzes heute noch nicht übersehen. Es scheint ein bedeutender Rückgang im Absatz von 1 Pfennig-Zigaretten stattgefunden zu haben, wogegen ein gewisser Ausgleich durch einen besseren Absatz in höheren Preislagen eingetreten ist. Die vermutete Verschiebung des Absatzes von den kleineren Betrieben zu den großen scheint nicht eingetroffen zu sein. Eine Anzahl von Erleichterungen für die kleinen Betriebe würde genügen, um ihnen ein Fortarbeiten zu ermöglichen. Schädigend wirkt eine unlautere Konkurrenz, welche Bestimmungen des Gesetzes ausnützt, indem Zigaretten in Verpackungen ohne Angabe des Fabrikanten anonym verkauft und in eine höhere Klasse, als der Preislage entspricht, versetzt werden. Besonders hat die Bestimmung des Einzelverkaufs in 1/10 Packungen es ermöglicht, daß in manchen Restaurants und Hotels derartige Zigaretten feilgehalten werden, sehr zum Schaden des reellen Handels. Nach wie vor herrscht ein empfindlicher Arbeitermangel, so daß der Fabrikant immer mehr gezwungen wird, Maschinen anzuschaffen, da er sonst, na-

mentlich bei den billigen Marken, seine Unkosten nicht herausholen kann. In letzterer Zeit war die Zahlungsweise vieler Kunden recht stockend. Trotz eines 5 % Kassaskontos, fanden Zahlungen oft erst nach 4 Monaten und später statt. Auch Konkurse sind zu verzeichnen und die Aussichten für das Jahr 1908 sind recht ungünstige.

Molkereiprodukte.

Der Geschäftsgang war im allgemeinen im Berichtsjahre genau derselbe wie im Jahre 1905.

Fleischkonservenindustrie.

Das abgelaufene Jahr brachte diesem Industriezweig bei gleichmäßigem Geschäftsgang ungefähr die Umsätze der früheren Jahre. Die Verkaufspreise konnten erhöht werden. Dafür waren aber auch die Rohmaterialien, deren Bezug sich infolge der neuen Handelsverträge schwieriger gestaltet hatte, teurer. Ebenso haben die Arbeitslöhne eine Steigerung erfahren.

Kolonialwaren.

Die im Vorjahre geschilderten Verhältnisse haben im Kolonialwarenhandel fortgedauert und die Ergebnisse beeinträchtigt. Immerhin ist an einzelnen Orten, wie namentlich Bromberg, Znin und anderen Plätzen, eine Gesundung der Verhältnisse nicht zu verkennen. Über die einzelnen Stapelartikel ist folgendes zu berichten:

Kaffee. Die Preise des Jahres 1906 haben sich das ganze Jahr hindurch behauptet. Der Konsum war etwas größer und das Geschäft befriedigte im allgemeinen.

Cichorie. Dieser Artikel hatte seinen Preisstand ebenfalls während des ganzen Jahres behauptet.

Zucker. Der Artikel unterlag während des Berichtsjahres zwar verschiedenen, aber nicht erheblichen Schwankungen. Es trat daher eine wesentliche Spekulation nicht zutage. Als ein großer Export nach England stattfand, gingen die Preise etwas in die Höhe, doch lag kein Anlaß vor, des Preises wegen den Konsum einzuschränken. Der Absatz blieb daher rege.

Heringe. Der Totalfang in Schottland, England, Norwegen, Holland, Deutschland und Schweden betrug etwa 3 900 000 Tonnen, war also um etwa 400 000 Tonnen größer als im Vorjahre. Trotz dieses günstigen Fangs blieben die Preise bis zum Schlusse des Jahres fest. Dies ist wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die alten Bestände aus dem Jahre 1906 total geräumt waren, ferner auch im Jahre 1907 der Konsum im Inland ein recht großer war, auch ein starker Abzug nach Rußland stattfand, wo die schlechte wirtschaftliche Lage einen starken Heringskonsum zur Folge hatte.

Reis. Reis blieb infolge schlechter Ernte teuer und wird seinen Preisstand bis ins nächste Jahr hinein behaupten. Der Konsum hat sich infolgedessen bedeutend eingeschränkt.

Rohschmalz, unverzollt. Dieser Artikel setzte im Januar in mittlerer Preislage mit etwa 46 Mk. pro 50 kg ein und stieg dann Mitte Februar bis 50 Mk. Dieser Preis sank dann und es schwankten die Preise das ganze Jahr hindurch zwischen 45 und 42,05 Mk. Der Konsum blieb jedoch hoch und wird im Laufe der Jahre größer.

Petroleum. Bei diesem Artikel liegen die Verhältnisse genau wie im Vorjahre. Die Königsberger Handels-Compagnie arbeitet direkt mit dem Kleinhändler und diktiert die Preise. Letztere sind gegen das Vorjahr erhöht worden.

Rohprodukte.

Für Lumpen zur Kunstwollfabrikation war bis Oktober 1907 flotter Umsatz, doch sind die Preise im letzten Vierteljahr gewichen. Für Lumpen zur Papierfabrikation ist wenig Begehr, die Preise sind gedrückt. Für Lumpen zur Rohpappenfabrikation ist nur zu ermäßigten Preisen Absatz zu finden.

Von Knochen findet jedes Quantum in den chemischen Fabriken zu hohen Preisen Aufnahme.

Die Preise für Alteisen sind infolge der rückgängigen Konjunktur in der Industrie gewichen, auch sind die Hüttenwerke bei der Abnahme peinlich. Infolgedessen erfolgen viele Dispositionsstellungen.

Vorräte von alten Metallen sind nicht vorhanden, sodaß stete Nachfrage herrscht. Die Preise für Altmetalle sind fast um die Hälfte gegen die Zeit der Hochkonjunktur zurückgegangen.

Für Glasbrocken haben die Preise nicht angezogen.

II. Holzhandel. — Holzindustrie.

Holzhandel und Holzspedition.

Handel und Industrie sind Konjunkturen unterworfen. Die Werte steigen und sinken nach den jeweiligen Umständen. In unserer schnellebigen Zeit wechseln diese öfter und krasser als früher. Seit 1902 hatte sich im Holzhandel eine langsam steigende Tendenz bemerkbar gemacht, hervorgerufen durch die Hochkonjunkturen in der Industrie im allgemeinen und der großen Bautätigkeit im besonderen. Der Nutzen hieraus fiel in der Hauptsache den Produzenten, also dem Forstfiskus und der Landwirtschaft, zu.

Obwohl sich im Herbst des vorigen Jahres bereits eine rückgängige Konjunktur bemerkbar gemacht hatte, blieben die Preise für Rundholz in den Wintermonaten in Rußland hoch, weil immer noch eine gewisse Kauflust für bessere Hölzer vorhanden war. Erst im Frühjahr gingen die Preise etwas zurück, und zwar infolge der großen Produktion und des damit verbundenen großen Angebots.

Die Unruhen in Rußland haben sich gelegt, die russische Regierung ist wiederum Herr der Situation geworden, daher können der Holzhandel und die damit verbundenen Arbeiten dort unbehelligt ausgeübt werden. Doch mußten große Lohnaufbesserungen vorgenommen werden als Folge der Wirren und der Streiks, die wegen des für die Arbeitnehmer günstigen Verlaufes diese zu weiteren und immer größeren Ansprüchen reizten. Die Arbeits- und Fuhrlöhne sind erheblich und die Floßlöhne ganz bedeutend gestiegen; mit diesen erhöhten Spesen wird für alle Zukunft zu rechnen sein.

Für die Verwertung des Holzes aus der großen Zufuhr des Vorjahres und dieses Jahres war ein großer Absatz Voraussetzung. Sie ging indessen in diesem Jahre fehl. Schon anfangs Sommer trat eine Abflauung im diesseitigen Holzhandel ein, als durch den Zusammenbruch der Marienburger Privatbank der Handel in der Weichselgegend in Mitleidenschaft gezogen und seine Kaufkraft für Holz verringert wurde. Die Bautätigkeit im allgemeinen und in Berlin im besonderen war für 1907 eingeschränkt worden, denn es konnten wegen des hohen Geldstandes (Zinsfuß dauernd 6% und $5^1/_2$%), Hypotheken nur schwer beschafft werden. Auch hat es den Anschein, als wenn in Hausbauten der Großstädte bereits eine Überproduktion besteht. Zu alledem kam noch der Bauhandwerkerstreik, so daß der Holzverbrauch wesentlich zurückging; auch die Möbeltischlerei wurde, wenn auch weniger, durch Streiks in Mitleidenschaft gezogen. Der schwerste Schlag für den Holzhandel war der Ausbruch der ungeheuren Geldkalamität in Amerika. Die Reichsbank mußte den Zinsfuß auf $6^1/_2$ % und dann sogar auf $7^1/_2$ % erhöhen, um die Goldausfuhr möglichst einzuschränken. Die Geldbeschaffung gestaltete sich immer schwieriger, die Unsicherheit im Baugewerbe wuchs, der Holzhandel stockte zeitweise fast ganz. Dadurch brachen naturgemäß einige größere Konkurse aus, die wiederum mehrere kleine Firmen in Zahlungsschwierigkeiten brachten.

Unter diesen Umständen gingen die Holzpreise beträchtlich zurück, notierten im Herbst 1907 um etwa 15% niedriger als im Vorjahr

und die Verluste waren recht erheblich. Am meisten davon betroffen wurden diejenigen russischen Händler, welche mit unverkaufter Ware an den Weichselmarkt gekommen waren. Trotz des Angebotes zu niedrigeren Preisen konnte namentlich das geringere Rundholz nicht ganz verkauft werden. Es liegen daher über Winter sowohl im Bromberger Hafen wie auch auf dem Liepe-Oderberger See mehrere unverkaufte Holzpartien als Eigentum russischer Händler.

Die Preise für geschnittenes Material haben sich ziemlich auf der Höhe gehalten, doch ließen sie in einigen Sorten, wie z. B. in Balken und Fußbodenware, etwas nach. Der Handel darin war aber nicht umfangreich, weil nur geringer Bedarf vorlag. Die großen Bestände an Schnittmaterial wurden auf den Plätzen und Mühlen bis auf bessere Zeiten unter Dach gebracht. Wann diese eintreten werden, ist ungewiß, zumal auch der Holzhandel vom Weltmarkte beeinflußt wird. Vor allen Dingen ist billiges Geld notwendig, damit teure Baugelder und teure Hypotheken die Bautätigkeit nicht lange aufhalten. Hoffentlich wird schon im Januar des neuen Jahres der Zinsfuß ermäßigt werden.

Die Hochkonjunktur ist vorüber und der Rückgang ist da. Es fragt sich nun, wie weit werden die Preise sinken, und wie lange wird der Tiefstand anhalten. Da Handel und Industrie bei dem teuren Geldstande den Kauf und die Produktion einschränken müssen und die großen Bestände immerhin etwas realisiert werden, dürfte der jetzige Zustand nicht lange anhalten.

Für den Holzhandel aber war die Reaktion ein notwendiges Übel, das noch größeres Unheil durch die unlautere Spekulation verhütete. Durch den einen großen Konkurs wird der Handel im Inlande und durch den andern großen Konkurs in Rußland voraussichtlich gereinigt werden, so daß die Hoffnung auf den baldigen Eintritt gesünderer Zustände berechtigt erscheint.

Für den Transport der Hölzer vom Walde zu den Flußablagen war der Winter 1906/07 ganz besonders günstig. Er begann bereits am 13. Dezember mit Schnee und Eis, zuweilen herrschten 15 Grad Kälte. Die Schlittenbahn war im vollen Gange, das gelinde Wetter vom 3. bis 17. Januar änderte daran nichts. Am 18. Januar setzte wieder starkes Frostwetter ein, welches bis 17. Februar anhielt. Das milde Wetter vom 17. Februar bis 9. März vermochte die Winterlandschaft nicht zu verwischen, ihm folgten abermals Kälte und Schnee. Letzterer lag stellenweise meterhoch und verschwand erst am 17. März vollends, indem vollständiges Tauwetter eintrat.

Ein so schneereicher andauernder Winter ist lange nicht mehr dagewesen. Die Hölzer konnten fast überall in Rußland per Schlitten zu den Ablagen gebracht werden, wodurch die Anfuhr forciert, auf manchen Stellen auch etwas billiger als per Wagen ausgeführt wurde. Nicht so günstig war der tiefe Schnee für die Wolhynischen Elsbrücher, denn diese konnten nicht genügend zufrieren, weil sie schon zeitig mit einer großen Schneedecke versehen waren. Die Ausfuhr der Elsen war deshalb sehr erschwert und stellenweise unmöglich.

Erst am 26. März begann der Eisgang auf der Weichsel und ihren Nebenflüssen, mit dem Verbinden der Hölzer zu Flößen konnte somit erst anfangs April begonnen werden.

Daher trafen die ersten Holztransporte erst am 14. Mai in Thorn ein, was eine Verspätung um 2 bis 4 Wochen bedeutet. Am 19. November passierten die letzten Flöße die Grenze bei Schillno. Einige Holztransporte sind zurückgeblieben und überwintern in Rußland. Das Wetter war fast den ganzen Sommer naß und kalt, dagegen war der Herbst von Mitte September bis Ende Oktober trocken und vom schönsten Wetter begleitet.

Der Hafen wurde erst gegen Ende Juni ganz mit Floßholz belegt und am 1. September

war bereits ein Vorrat von 170000 lfd. m Floßholz auf der Weichsel zum Einschleusen in den Hafen angemeldet. Die Zufuhr war noch in vollem Gange und man mußte befürchten, daß vor Eintritt des Winters nicht alle Hölzer geborgen werden könnten. Durch das Tag- und Nachtschleusen im Kanal und der Hafenschleuse und die Gunst des schönen Wetters wurde sehr viel geleistet. Die Hafenschleuse bewältigte außer den Fahrzeugen 8000 lfd. m pro 24 Stunden, so daß die letzten Flöße bereits am 21. November in den Hafen eingeschleust und geborgen werden konnten. Im ganzen wurden 991 965 lfde. m eingeschleust. Das Auswaschen der Hölzer an den Weichselmühlen war noch nicht ganz beendet, als sich etwas Grundeis zeigte, aber das Wetter schlug um und auch hier konnte die Arbeit ohne Schaden bis anfangs Dezember ausgeführt werden. Nach den Brahemühlen wurde aus den Hafenflächen das Floßholz bis in den Dezember hinein befördert und dort mit Maschinen und Pferden aus dem Wasser gezogen, so daß der Holzbestand im Hafen bedeutende Lücken aufwies.

Einige Traften Holz befinden sich zurzeit noch auf der Weichsel, werden aber bei dem aufs neue eingetretenen gelinden Wetter auch noch geborgen werden.

Einige Partien Rundkiefern sind in Rußland zur Überwinterung angestellt und werden erst im Frühjahr nächsten Jahres nach Deutschland verflößt.

Die Wasserstände waren in diesem Jahre infolge des reichlichen Regens bis zum Herbst sehr gut. Mitte September aber fiel das Wasser schnell, und sowohl die Schiffahrt wie die Flößerei hatten mit Schwierigkeiten auf der Weichsel zu kämpfen. Auch das Flößen auf dem Bug wurde schleppend. Für den Bromberger Kanal reichte das Wasser für den Tag- und Nachtbetrieb aus, auch die Netze konnte mit Volladung das ganze Jahr hindurch befahren werden. Wenn die Frachtsätze für geschnittenes Holz dennoch teurer als im Vorjahre waren, so lag dies lediglich an der allgemeinen Aufbesserung aller Löhne. Die Weichsel hatte im verflossenen Jahre wiederholt Hochwasser, ohne jedoch Schaden anzurichten. Vom 10. bis 14. Juni stieg die Weichsel um 1 m, vom 16. bis 17. Juni, nachdem das erste Wachswasser etwas abgefallen war, aufs neue um 3 m. Am 2. Juli stieg das Wasser um 70 cm und am 12. bis 13. September um 2 m. Darauf trat, wie bereits vermerkt, ein niedriger Wasserstand ein, welcher bis zum Schlusse des Jahres anhielt und auch das Hineinbringen der Holzflöße in den Hafen erschwerte. Die Schneidemühlen in Schulitz, Fordon und die Brahemühlen sind ziemlich gut beschäftigt, jedoch nicht so wie im Vorjahre, weil einige Holzhändler wieder die Sägewerke in Liepe-Oderberg zum Einschneiden ihres Rundholzes aufgesucht haben.

Es ist höchst wahrscheinlich, daß die Holzzufuhr aus Rußland und Galizien im kommenden Jahre stark zusammenschrumpfen wird, so daß man mit etwa der Hälfte des diesjährigen Quantums wird rechnen können. Das teure Geld und die großen Bestände an Rohmaterial und an geschnittener Ware, namentlich aber der geringe Bedarf, sind hemmende Faktoren.

Die neu erlassene Strompolizei-Verordnung vom 15. Januar 1907 brachte insofern eine Überraschung, als darin vorgesehen war, daß die Flöße von der Dragemündung bis Zantoch nur 80 m lang oder mit 3 Mann besetzt sein sollten, während von Weißenhöhe bis zur Dragemündung 88 m Länge gestattet ist. Die Übertretung dieser Vorschrift wurde vielfach bestraft, bis die Königliche Staatsregierung sich bewegen ließ, diese wahrscheinlich auf einem Irrtum beruhende Verordnung des § 81 der Strompolizeiverordnung wenigstens vorläufig aufzuheben, solange nicht begründete Beschwerden eingehen. Diese dürften kaum zu erwarten sein, denn was auf der kleinen Netze bis zur Dragemündung möglich ist, sollte auf der größeren Netze ohne jeden Zweifel erlaubt

sein. Bei der Beratung der neuen Strompolizeiverordnung auf der Königlichen Regierung zu Bromberg, an welcher sowohl die zuständigen Behörden als auch die beteiligten Interessenten, auch Flößer, teilnahmen, wurde die Länge der Flöße auf 88 m genehmigt, die frühere Länge von 120 m aber abgelehnt. Eine abweichende Bestimmung für die Netze wurde nicht getroffen.

Am 1. Oktober d. J. wurde durch Verfügung der Königlichen Staatsregierung — ohne Anhörung der Interessenten — das Hafenliegegeld im Hafen Brahemünde staffelweise erhöht und zwar derart, daß die Erhöhung bei 90 Tagen Liegezeit etwa 40 % beträgt. Die hiesige Schneidemühlenindustrie ist durch diese Verfügung hart getroffen, ohne daß der eigentliche Zweck dadurch erreicht wird. Das für den Westen bestimmte Holz bleibt an und für sich nur so lange im Hafen liegen, als es zur Ausrichtung der Flöße an Zeit gebraucht. Der Zwischenhandel kommt dabei kaum in Frage. Die Schneidemühlenbesitzer bleiben die Leidtragenden, weil es keinen Ausweg für sie gibt, das lange Lagern im Hafen zu umgehen.

Das Blauwerden der Hölzer muß vermieden werden, deshalb kann vor dem 1. Oktober Holz nicht ausgewaschen werden. Es bleibt freilich noch die eine Möglichkeit, daß die Mühlenhölzer auf der Weichsel lagern und sich der Gefahr des Verschwimmens bei Hochwasser aussetzen.

Obwohl nun die hiesigen Mühlenbesitzer sich in der Notlage befinden, weder früher auswaschen noch ihre Hölzer auf der Weichsel lassen zu können, müssen sie doch eine Abgabenlast übernehmen. Der Allgemeinheit ist darum doch nicht geholfen, denn der Platzmangel im Hafen wird bei einer größeren Zufuhr dadurch nicht beseitigt.

Wer aber verzinst und amortisiert den Hafen? Doch in der Hauptsache die hiesige Schneidemühlenindustrie. Hoffentlich werden die Petitionen der Mühlenbesitzer und der Handelskammer auf Abänderung des Tarifs Erfolg haben, denn es kann nicht die Absicht der Königlichen Staatsregierung sein, die noch junge Industrie des Ostens zu schädigen.

Die Grenze bei Schillno passierten in diesem Jahre 1948 Holztraften gegen 2442 Traften im Vorjahre, also weniger 494 Traften. Davon wurden in den Hafen Brahemünde 991 965 lfde. m Floßholz à 4 m Breite eingeschleust, d. h. rund 63 % der Gesamteinfuhr, während 37 % in Thorn, Schulitz, Fordon, Elbing und Danzig usw zur Ablieferung gelangten.

Den Bromberger Kanal passierten:

von der Weichsel 7963$^3/_4$ Schützen Floßholz
von der Oberbrahe 105$^3/_4$ „ „

Sa. 8069$^1/_2$ Schützen,

gegen 8977 Schützen im Vorjahre, weniger 907$^1/_2$ Schützen. In Weißenhöhe überwintern 133 Flöße je 88 m Länge. Im Kanal (langen Trödel) 93 Schützen.

Im Hafen Brahemünde lagen etwa 150 000 lfde. m Floßholz. Von den im Hafen eingeschleusten 991 965 lfd. m Floßholz sind etwa rund 595 000 lfd. m durch den Kanal westwärts befördert worden, während 397 000 lfde. m den hiesigen Schneidemühlen verblieben.

Die Holzzufuhr aus Rußland und Galizien auf dem Wasserwege über Schillno bestand aus folgenden Gattungen und Mengen:

1. Rundkiefern 788 078 Stück
gegen 1 167 593 „ im Vorjahre
also weniger 379 515 Stück.

Die Kauflust für Rundkiefern war matt und die Preise gingen auch für bessere Partien langsam zurück. Als zum Herbst das Angebot immer größer wurde, mußten die Verkäufer auf eine Ermäßigung der Preise um etwa 15 % eingehen. Etwa 50 Weichseltraften Rundholz gingen schließlich unverkauft nach Liepe und ebensoviel lagern im Hafen Brahemünde unverkauft als Eigentum russischer Händler. Es sind dies meist geringe Hölzer, die auch zu mäßigen Preisen nicht verkäuflich waren, aber auch

solche, deren Eigentümer zu billigen Preisen nicht verkaufen wollten. Der Rundkieferhandel hat fast durchweg Verlust gebracht.

2. Rundtannen 67 682 Stück
gegen 62 563 „ im Vorjahre
also mehr 5 119 Stück.

Nur ein geringer Teil davon fand in d. J. Abnehmer im Weichselgebiet Westpreußens. Hiesige Mühlen kauften einige Partien und das Gros ging nach Liepe resp. Sachsen. Unverkauft blieb wenig. Die Preise gingen gegen das Vorjahr um etwa 5 % zurück.

3. Kantkiefern usw. 819 231 Stück
gegen 1 105 564 „ im Vorj.
weniger 286 333 Stück,

waren infolge der geringen Bautätigkeit selbst zu mäßigen Preisen schwer unterzubringen. Das Lager von unverkaufter Ware ist recht bedeutend. Dasselbe gilt auch für Danziger Balken und Timber. Der Preisrückgang kann auf 10—15 % beziffert werden.

4. Sleepers 607 456 Stück
gegen 547 990 „ im Vorjahre
mehr 59 466 Stück,

gingen gleichfalls um ca. 15 % gegen das Vorjahr zurück. Das Danziger Lager an Sleeper und Timber ist groß und die Nachfrage in England sehr gering. Ein weiteres Zurückgehen der Preise ist wahrscheinlich.

5. Rundelsen 50 544 Stück
gegen 204 686 „ im Vorjahre
weniger 154 142 Stück.

Nicht allein der tiefe Schnee war die Ursache der kleinen Zufuhr in diesem Jahre, sondern auch die Überproduktion der Vorjahre und der große Bestand. Auch der Bedarf ging zurück, indem Elsen durch billiges Kiefernmaterial und in Fournieren durch Eichenmaterial etwas verdrängt wurden.

Die angekommenen Elsen waren fast sämtlich in festen Händen, so daß von einem Handel in Elsen auf der Weichsel nicht gut die Rede sein kann.

6. Rundeschen 3 880 Stück
gegen 2 510 „ im Vorjahre
mehr 1 370 Stück,

fanden zu guten Preisen willige Abnehmer. Espen 219 Stück, Birken 351 Stück, Rüstern 10 Stück, Weißbuchen 17 Stück sind wie immer nicht leicht verkäuflich und blieb die Stückzahl, namentlich der Birken, gegen das Vorjahr um 637 Stück zurück.

7. Eichen Plançons und Quadrat-Eichen
26 310 Stück
gegen 26 656 „ im Vorjahre
mehr 346 Stück,

waren der sinkenden Konjunktur nicht unterworfen und haben die vorjährigen Preise behaupten können.

8. Rundeichen 39 985 Stück
gegen 18 332 „ im Vorjahre
mehr 21 653 Stück.

Die große Zufuhr war die Folge der Nachfrage im vorigen Jahre, die auch in diesem Jahre bestehen blieb. Die Preise waren hoch und sind trotz der großen Zufuhr nicht zurückgegangen. (Rundeichen kamen auch in großen Mengen per Bahn aus Rußland.)

9. Eichene Rundklötze (Rundschnallen)
148 100 Stück
gegen 130 813 „ im Vorjahre
mehr 17 287 Stück,

wurden zu guten Preisen gern gekauft.

10. Eichene Bahnschwellen 196 271 Stück
gegen 262 224 „ i. V.
weniger 65 953 Stück,

waren begehrt, die Preise dafür sind gegen das Vorjahr um etwas gestiegen.

11. Kieferne Bahnschwellen
1 569 371 Stück
gegen 1 183 825 „ im Vorjahre
mehr 385 546 Stück.

Die Preise gingen gegen das Vorjahr zwar etwas zurück, kieferne Schwellen waren aber zu immerhin noch guten Preisen leicht verkäuflich, namentlich im Verhältnis zu Rund- und Kantholz.

12. Eichene Tramway-Schwellen

	42 991 Stück	
gegen	91 006 „	im Vorjahre
weniger	48 015 Stück	

fanden leicht Absatz.

13. Blamiser 1059 Stück gegen 38 635 Stück im Vorjahre.

14. Speichen 165 290 Stück gegen 199 491 Stück im Vorjahre wurden gern gekauft.

Holzindustrie.

Die im vorjährigen Berichte für den Gang des Geschäftes Anfangs 1907 ausgesprochenen Befürchtungen sind in höherem Maße in Erfüllung gegangen, als anzunehmen war. Dem Monate lang währenden Streik der Tischler in fast allen größeren Städten Deutschlands folgte ein Streik der Bauhandwerker in Berlin und Umgegend und auch an anderen Stellen. Von diesen Arbeitseinstellungen ist der Holzhandel hart betroffen worden. Geldknappheit und der hohe Bankdiskont wirkten gleich schädlich und brachten das Geschäft bei dem abnorm hohen Banksatz von 7½% ins Stocken. Zahlungseinstellungen, Konkurse und schwere Verluste für Holzindustrie und Holzhandel waren unvermeidlich. Das Baugeschäft ruht fast ganz. Bankgelder und Hypotheken sind nicht zu haben. Die Mühlen haben ihre Einschnitte zum großen Teil einschuppen müssen und erleiden hohen Schaden durch die Unsicherheit im Kreditwesen und den fast unerschwinglichen Bankdiskont.

In dieser Zeit des überall merklichen Niederganges und des besonders schweren Niederganges im Holzhandel hielt die hiesige Königliche Regierung es für geeignet, das Hafenlagergeld für den Brahemünder Hafen zu erhöhen. Durch diese Maßregel, welche schon vor ihrer Einführung von den Holzinteressenten bekämpft wurde, ist die hiesige Mühlenindustrie auf das Härteste betroffen worden, da sie wegen Mangels anderer Lagergelegenheiten auf die Lagerflächen des Hafens allein angewiesen ist und das erhöhte Lagergeld allein tragen muß.

Solche Bitterkeiten durfte die Königliche Regierung in Bromberg in den jetzigen schweren Zeiten ihrer Industrie und ihrem vornehmsten Handel nicht bieten. Damit bekundet sie das Gegenteil von dem, was so oft betont wird, nämlich, daß sich die Königliche Staatsregierung berufen fühlt, der jungen Industrie in der Ostmark ihren besonderen Schutz angedeihen zu lassen und die Industriellen der Provinz Posen für ihr Ausharren auf ihren schweren Posten nach Möglichkeit zu unterstützen. Wo ist da Schutz zu sehen, wo Unterstützung? Größere Lasten in den schwersten Zeiten und weshalb? Ist der Nutzen des Bromberger Hafens zu klein? Wird das Anlagekapital nicht verzinst?

Die natürliche Folge dieser Maßregel ist sofort zum weiteren großen Schaden der hiesigen Mühlenindustrie eingetreten. Die Berliner, die märkischen und westdeutschen Holzhändler haben das hohe Lagergeld nicht zahlen wollen und haben den schönen Herbst benutzt, ihre Hölzer nach Liepe zu spedieren, wo die Wasserlagerung fast frei ist. Somit ist der hiesigen Mühlenindustrie der größte Teil der Einschnitte entzogen. Fast kein größeres Werk hat Lohnschnitt, kein Werk ist voll besetzt. An Stelle von ca. 2000 Mann in Tag- und Nachtschichten werden kaum 1000 Mann in kurzer Tagesschicht beschäftigt.

Über die Mühlenindustrie, die fiskalisches Holz verarbeitet, liegt folgender Bericht vor:

Die Lage des ostdeutschen Holzmarktes im Jahre 1907 hat sich steigend ungünstig gestaltet. Während in den ersten Monaten Nachfrage und Preise für das hauptsächlich in Betracht kommende kieferne Schnittmaterial nicht wesentlich wichen, ist jetzt der Absatz schleppend, der Preisrückgang insbesondere für Ware II. Klasse ein empfindlicher; manche Brettdimensionen sind kaum unterzubringen. Allerwärts gefüllte Läger sind ein Zeichen der Zeit. Unter diesem drücken-

den Geschäftsgange leidet besonders die Sägewerksindustrie, die für den neuen Rohholzeinkauf in den fiskalischen Forsten Mittel flüssig zu machen genötigt ist und nun befürchten muß, daß die Rohholzpreise trotz aller Widrigkeiten nicht sonderlich sinken werden. Denn die Überfüllung in der zusehends zunehmenden Anlage von Sägewerken und deren energischer Begehr nach Rohholz, insbesondere aus fiskalischen Forsten, wirken immer wieder wie Sauerteig auf die Preisbildung und werden weiter treiben, weil die frühere regulierende Wirkung großer Einschläge in Händlerforsten des Inlandes immer mehr schwindet. Die hauptsächlichen Ursachen der Kalamität sind bekannt: schwierige Geldverhältnisse, viele umfangreiche Baustreiks in Berlin und anderen großen Städten.

Ohne Optimist zu sein, darf man doch hoffen, daß die voraussichtlich baldige Überwindung der amerikanischen Krisis, der große jährliche Zuwachs der deutschen Bevölkerung, die Tätigkeit der Ansiedelungskommission in den Ostmarken erheblich dazu beitragen werden, die Bautätigkeit und damit den Holzhandel zu beleben — vielleicht und hoffentlich so schnell, als dies im Jahre 1902 geschah.

Jalousiefabrikation.

Zwar war das vergangene Geschäftsjahr für die **Jalousiefabrikation** in der Anzahl der Aufträge nicht schlechter, als im vorangegangenen Jahre. Dagegen ist bei diesem Artikel trotz der im Frühjahr hohen Einkaufspreise sämtlicher Rohmaterialien, besonders der Metalle, wiederum ein Preisrückgang zu verzeichnen. Diese Erscheinung beruht hauptsächlich auf dem unlauteren Treiben der süd- und westdeutschen Konkurrenz, die leider zu Schundpreisen arbeitet, um nur überhaupt hier ins Geschäft zu kommen. Ein trauriges Zeichen unserer Zeit.

Außer den bisher fabrizierten Artikeln, als Jalousien, Rolläden, Schutzwänden, ist neuerdings auch die Fabrikation von Klappläden, die jetzt wieder in Aufnahme kommen, eingerichtet worden. Die Anzahl der Arbeiter ist die gleiche geblieben, während die Löhne infolge der Teurung erhöht werden mußten.

Die inkonsequente, der ministeriellen Verfügung betr. Vergebung von Aufträgen in den ostdeutschen Provinzen direkt widersprechende Haltung der meisten Königlichen Baubehörden ist nur mit „traurig, aber wahr" zu kennzeichnen.

Einer Firma sind im vergangenen Geschäftsjahre ca. 6 größere Aufträge im Betrage von ca. 20—25000 Mark entgangen; sie wurden an Firmen in Süd- und Westdeutschland vergeben. Obgleich sie in einem Falle Mindestbietende war, in den anderen Fällen die Differenz zwischen dem Mindestbietenden und ihr höchstens 300 Mark, einmal sogar nur 26 Mark betrug, wurde sie nicht berücksichtigt.

Warum sind in diesen Fällen überhaupt süd- und westdeutsche Firmen zur Submission aufgefordert worden, sofern eine Unterstützung der ostdeutschen Industrie, die es wahrlich nötig hat, wirklich ernstlich beabsichtigt wird? Wäre es nicht richtiger, solche Lieferungen freihändig an Industrielle des Ostens zu vergeben?

Da werden so und so viele Kostenanschläge, Skizzen, ja Originalzeichnungen, Modelle, persönliche Besprechungen usw. usw. gefordert, durch die der Fabrikant manchmal wesentliche Unkosten hat. Schließlich wird die Hoffnung, durch diese Bemühungen einen Auftrag zu erhalten, doch zu Schanden. Die Lieferung wird öffentlich ausgeschrieben und irgend eine, manchmal kleine, unbedeutende Firma erhält wegen einer Differenz von vielleicht einigen 20 Mark den Vorzug, obgleich sie kaum nennenswerte Umstände, Mühen und Unkosten gehabt und Referenzen über ausgeführte tadellose Lieferungen kaum aufzuweisen hat. Hoffentlich wirds in künftigen Jahren besser.

Luxusmöbelfabrikation.

Die Abnahme der Kaufkraft, die sich schon im letzten Viertel des Jahres 1906 bemerkbar machte, hat sich im Jahre 1907 verschärft. Ein großer Teil der Fabriken war im Laufe des ganzen Jahres, besonders aber in seiner zweiten Hälfte, nur notdürftig beschäftigt; die Aussichten für die nächste Zukunft sind nicht rosig. In allen Teilen Deutschlands klagen die Detailgeschäfte über ein spottschlechtes Herbst- und Weihnachtsgeschäft. Es muß damit gerechnet werden, daß ihre Läger gefüllt bleiben, so daß die Absatzmöglichkeit für den Fabrikanten ebenfalls kleiner wird. Bis jetzt war es noch möglich, die Preise einigermaßen zu halten. Die durch den wahrscheinlich geringeren Absatz gesteigerte Konkurrenz wird aber zweifellos in nächster Zeit preisdrückend wirken.

Was die Arbeiterfrage betrifft, so ist hierüber nichts Besonderes zu melden. Größere Streiks haben in unserer Gegend nicht stattgefunden. Die Arbeitgeber-Schutzvereinigungen breiten sich weiter aus und wirken offenbar beruhigend auf die Arbeiter. Die Preiskonventionen haben keine rechte Lebenskraft; bei der Vielgestaltigkeit der Fabrikation bieten sie auch wenig Aussicht auf Dauer.

Die schon im Vorjahre ausgesprochene Befürchtung, daß die andauernde Teuerung in Verbindung mit der ungünstigen Zollgesetzgebung eine Verschlechterung der Geschäftslage herbeiführen würde, beginnt sich zu erfüllen. Die Versteifung des Geldmarktes verschärft die Situation und trägt wesentlich dazu bei, daß eine ungewöhnlich große, geradezu Besorgnis erregende Anzahl von Zahlungseinstellungen erfolgen. Alles in allem: Eine lustlose Gegenwart und eine trübe Zukunft.

Holzwollfabrikation.

Aus ganz kleinen Anfängen hat sich im Laufe weniger Jahre eine bedeutende Holzwollfabrikation, unseres Wissens die einzige in Preußen, in Miala bei Kreuz entwickelt. Die Fabrik ist zurzeit die zweitgrößte in Deutschland. Der größte Betrieb befindet sich in Rehau in Bayern. Es werden in der Fabrik in Miala auf 20 Maschinen etwa 38 verschiedene Sorten Holzwolle hergestellt. Die Fabrikate, die durch sinnreiche Pressen zu Ballen von 1 bis 2 Zentnern Gewicht zusammengepreßt und dadurch auf weite Entfernungen versandfähig gemacht werden, gehen in großen Mengen in das Ausland, namentlich nach England, auch nach den englischen Kolonien, neuerdings auch nach Marokko. Die Fabrik beschäftigt zeitweise über 100 Personen. Im Nebenbetriebe fertigt die Fabrik Kabelholzplatten an, die zur Verpackung überseeischer Kabel beim Export dienen. Auch in diesem Artikel ist die Firma sehr leistungsfähig.

Das verflossene Geschäftsjahr 1907 war bis gegen Schluß für die Fabrikation von Holzwolle als günstiges zu bezeichnen. Es lagen so viele Aufträge vor, daß sie kaum bewältigt werden konnten; gegen Ende des Jahres herrschte Tag- und Nachtbetrieb. Bei den Kabelplatten machte sich dagegen ein Nachlassen des Bedarfs bemerkbar, es mußte daher trotz wesentlich eingeschränkten Betriebes für das Lager gearbeitet werden.

Ob sich die Holzwollfabrikation auch im nächsten Jahre günstig weiterentwickeln wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Es hängt wesentlich davon ab, wie sich die allgemeine Weltmarktlage gestalten wird. Immerhin ist anzunehmen, daß der Artikel bei den außerordentlichen Vorzügen gegenüber anderen Packmaterialien namentlich in den feineren Marken immer mehr beliebter werden und andere Verpackungsmaterialien verdrängen wird.

Die Fürsorgeeinrichtungen der gen. Firma für ihre Angestellten und Arbeiter haben im Berichtsjahre einen weiteren Fortschritt zu verzeichnen. Es sind bereits 10 Arbeiterwohnhäuser gebaut worden, ein neues Arbeiterwohnhaus ist im Bau begriffen. Die Arbeiter erhalten

neben einem auskömmlichen Lohn freie Wohnung und ein Stück Land zur eigenen Bewirtschaftung. Diese Wohlfahrtseinrichtungen kommen auch der Firma zugute, sie hat über Arbeitermangel nicht zu klagen.

III. Zuckerindustrie.

Die Witterung des vorjährigen Sommers (1906) war eine abnorme. Anhaltend starke Hitze brachte der Juli, wogegen August und September regnerisch verliefen und dadurch noch eine gute Mittelernte zeitigten. Ein schöner Herbst mit regenloser Ernteperiode beeinflußte auch den Zuckergehalt der Rüben günstig, so daß eine gute Ausbeute zu verzeichnen war. Sehr beeinträchtigt wurde das finanzielle Ergebnis durch die hohen Preise der Roh- und Hilfsmaterialien, so für Kohlen, Koks, Säcke usw. Auch die Arbeitslöhne zeigten eine weitere Steigerung.

Die Zuckerpreise, die von der Weltmarktlage abhängig sind, waren fast das ganze Jahr 1906 hindurch niedrige. Die großen Vorräte aus dem Vorjahr drückten andauernd auf die Preise. Erst Anfang September 1906 setzte plötzlich eine lebhafte Aufwärtsbewegung ein, hervorgerufen durch Berichte über bevorstehende Unruhen auf Cuba und durch starken Export nach Amerika. Als sich nach kurzer Zeit die Nachrichten über Cuba als stark übertrieben herausstellten, fielen die Preise schnell wieder unter 8 Mark. Immerhin war unter Ausnutzung genannter Konjunktur das Gesamtergebnis befriedigend.

Mit der Schnitzeltrocknung wurden gute Resultate erzielt.

Die Ergebnisse der Kampagne 1906/07 sind anbei durch besondere statistische Angaben veranschaulicht. (Siehe Seite 29.)

IV. Industrie der Steine und Erden. Chemische Industrie.

Salzindustrie und Salzhandel.

Das Königliche Salzamt zu Hohensalza berichtet:

Die Nachfrage nach Salz überstieg auch die im Vorjahre bereits starken Abforderungen. Dies gilt besonders für das Hauptabsatzgebiet der Saline, die Provinzen West- und Ostpreußen, weniger für die Provinz Posen, wohin der Verkauf sich in den Grenzen des Vorjahres bewegte. Die Zunahme des Absatzes ist durch das weitere Verdrängen englischen Salzes hervorgerufen worden, welches aber trotz des seit dem 1. März 1906 bestehenden höheren Zolls noch immer in einem Maße eingeführt wird, daß es als Konkurrenz betrachtet werden muß.

Der gestiegenen Nachfrage konnte die Saline gerecht werden, jedoch seit Juni 1907 nicht allein, sondern unter starker Zuhilfenahme der Produktion anderer Staatssalinen. Der Grund dafür war die zeitweilige Einschränkung der eigenen Produktion zunächst infolge Einrichtung einer mechanischen Salztrocknungsanlage, alsdann infolge Versiedung geringprozenthaltiger Sole, deren künstliche Anreicherung durch den in das Königliche Steinsalzbergwerk Kronprinz erfolgten Wassereinbruch eine Zeitlang unmöglich geworden war. Wegen dieser veränderten Produktionsverhältnisse ist auch die Absicht, die Saline zu vergrößern und so den infolge unzulänglicher Produktion im Jahre 1906 an die Königliche Saline zu Schönebeck abgegebenen Teil des Ostpreußischen Absatzgebietes (Königsberg und Tilsit mit Umgebung) wieder von hier aus zu versorgen, bis auf weiteres aufgegeben worden.

Zur Zeit der ungünstigsten Verhältnisse mußte die Ausfuhr nach Rußland etwa 6 Wochen lang eingestellt werden, wurde aber bald darauf in dem früheren Umfange (150 Ladungen jährlich) wieder aufgenommen.

Geschäftsergebnisse der Zuckerfabriken des Bezirks 1906/07.

Firma	Erbaut im Jahre	Zuletzt umgebaut	Aktien- bezw. Stammkapital M.	Bebaute Morgen	Verarbeitete Rüben Ztr.	Rübenertrag pro Morgen 1906/07 Ztr.	Rübenertrag pro Morgen 1905/06 Ztr.	Beginn der Kampagne	Schluß der Kampagne	Verarbeitete Rüben pro Tag Ztr.	Gewonnener Rohzucker I. Produkt Ztr.	% des Rübengewichts	Nachprodukte (II und III) usw. Ztr.	% des Rübengewichts	Rohzucker überhaupt Ztr.	Abschreibungen M.	Zahlung an Reservefonds M.	Höhe des Reservefonds M.	Zur Verteilung gelangter Reingewinn M.	% Dividende	Gewinn-Vortrag M.
Zuckerfabrik Kruschwitz, Akt.-Ges. . . .	1881	1906	2 484 000	24 0?0	3 567 690	141	156½	26. 9. 06	12. 1. 07	36 039	496 160 + 6 200 Kristallz.	14,08	49 106	1,38	551 466	158 714,91	33 829,66	488 279,42 Spez.-Ref. 588 000 Dividenden-Reservefonds 555 000	683 5?0,38	22	5393 88
Zuckerfabrik Montwy, G. m. b. H.	1880	1904	2 000 000	14 347	2 400 000	167	193	3. 10. 06	14.12.06	36 090	337 455	14,06	36 118	1,505	373 573	154 516,46	17 568,35	290 485,10	221 573,67	10	4005,32
Zuckerfabrik Union in Pakosch, Akt.-Ges.	1880	1892	1 266 000	10 746	1 726 800	160	186	4. 10. 06	20.12.06	25 773	248 658	14,4	16 500	0,95	265 158	95 812,71	7 000	257 480,63	137 453,18	10	253,18
Zuckerfabrik Kujavien in Amsee	1875	—	1 000 000	12 500	1 842 080	147	173	8. 10. 06	15.12.06	28 782	234 008 + 33 884 Raffinade	12,70 1,84	34 824	1,89	302 716	64 490,87	41 990,86	441 590,90	228 621,40	16	2099,14
Zuckerf. Gnesen, v. Grabski, Jeschek & Co. Kom.-Ges. . .	1882	1894 und 1905	759 000	11 000	1 610 000	146	165	4. 10. 06	28.12.06	21 000	245 525	15,25	21 750	1,35	267 275	54 888	20 200	314 982	—	12½	—
Aktien-Zuckerfabrik Wierzchoslawice in Großendorf .	1880	1898 bis 1901	1 002 000	7 300	1 149 000	156	163	6. 10. 06	4. 12. 06	22 751	153 574	13,36	12 800	—	166 374	128 603	—	—	41 835	*)	—
Zuckerfabrik Nakel, Akt.-Ges.	1881	1891	948 000	8 120	1 028 000	126,60	157,50	16.10.06	12.12.06	21 873	136 131 inkl. Kristallz.	13,24	12 222	1,19	148 353	61 815,35	—	—	—	—	—
Zuckerfabrik Znin, G. m. b. H. . .	1894	1906	879 500	9 131	1 133 409	124,12	170,25	17.10.06	4. 1. 07	15 741	147 6?0	13,02	17 100	1,51	164 ?50	46 242,61	—	—	—	10	—
Zuckerfabrik Tuczno, Akt.-Ges.	1883 und 1884	1893 und 1894	1 000 000	9 000	1 459 000	162	187,5	3. 10. 06	22.12.06	19 718	212 830	14,59	27 210	1,86	240 040	73 843,35	39 676,83	253 048,10 Spez.-Ref. 7 000	284 202,88	22	5118,28
Zuckerfabrik Nieżychowo, G. m. b. H. .	1895	—	598 500	4 771	674 966	141,5	161	18.10.06	8. 12. 06	14 210	103 034	15,265	7 162	1,061	110 196	54 641,04	8 525,—	149 625,—	42 732,71	5	—
Zusammen . . .			**11 937 000**	**110 915**	**16 590 945**										**2589901**						

*) Zur Deckung des vorj. Verlustes verwendet.

Der Preis für das Salz wurde für die Provinz Posen und für Rußland sowie für eine größere Anzahl west- und ostpreußischer Plätze erhöht. Ein Teil dieser Mehreinnahmen kam jedoch den die Säcke liefernden Großhändlern aus Anlaß abermaliger Steigerung des Preises für Juteleinwand zugute.

Mit außergewöhnlich niedrigen, im Durchschnitt unter den Selbstkosten bleibenden Preisen mußte sich die Saline an den Plätzen der Strecke Schneidemühl—Pr.-Stargard gegen die Konkurrenz westdeutscher Salinen schützen, ohne damit die früher erlittenen Absatzeinbußen ausgleichen zu können. Zur Zeit der Berichterstattung ist hier die Einkehr gesunder Verhältnisse gesichert, da zwischen den nach West- und Ostpreußen liefernden Staats- und Privatsalinen entsprechende Vereinbarungen getroffen wurden.

Gegen Mitte September wurde der Betrieb im Steinsalzbergwerk Kronprinz eingestellt, nachdem der tägliche Wasserzufluß auf etwa 13 000 cbm gestiegen war. Die zum Betriebe der Saline notwendige Sole wird vorläufig aus Schacht II des ersoffenen Bergwerks gepumpt.

Die Schächte der Steinsalz- und Sodawerke Aktiengesellschaft sind im Juni 1907 durch Eindringen von großen Wasserzuflüssen aus dem fiskalischen Schacht zum Erliegen gekommen. Über die Folge für das Werk ist bereits wiederholt in den Mitteilungen der Kammer berichtet worden.

Über die Lage des Salzgroßhandels wird berichtet:

Der Absatz an Siedesalz konnte sich nicht ganz auf der vorjährigen Höhe erhalten, da durch den in den hiesigen Steinsalzschächten im Juni erfolgten Wassereinbruch der Betrieb der Königlichen Saline vorübergehend eine empfindliche Störung erlitten hatte; hierdurch wurde die Konkurrenz des englischen Salzes, die des Zolles ungeachtet nicht vollständig hatte verdrängt werden können, zu Lasten der inländischen Produktion begünstigt.

Durch inzwischen getroffene Neueinrichtungen dürfte die Königliche Saline in absehbarer Zeit wieder in die Lage kommen, den regelmäßigen Vollbetrieb aufzunehmen, so daß in dieser Richtung weitere Störungen nicht zu befürchten sind.

Die Steinsalzförderung scheint nach Mitteilungen der Verwaltung der Steinsalz- und Sodawerke A.-G. endgültig eingestellt zu sein. Die im vorjährigen Berichte erwähnte Preishöhe des Verpackungsmaterials (Jutegewebe) hielt auch während des größten Teiles des Berichtsjahres an, eine im zweiten Halbjahr eingetroffene Preisherabsetzung bewegte sich in sehr engen Grenzen; eine Änderung in dieser Hinsicht ist für die nächste Zukunft nicht zu erwarten, so daß mit der schon im Vorjahre getroffenen Verringerung der Rentabilität weiter noch zu rechnen ist.

Sodafabrikation.

Der Absatz im Jahre 1907 war infolge der allgemeinen Belebung in Handel und Industrie befriedigend.

Die Verkaufspreise blieben unverändert. Dagegen erfuhren die Rohmaterialienpreise besonders aber Kohlen und Koks bedeutende Erhöhungen. Die Arbeiterverhältnisse gestalteten sich schwieriger und mußten ganz erhebliche Lohnaufbesserungen bewilligt werden.

Durch die höheren Aufwendungen für Rohmaterialien und Löhne wird das Gewinnresultat ungünstig beeinflußt.

Die Aussichten für das Jahr 1908 sind von der weiteren Entwickelung in Handel und Industrie abhängig.

Gipsindustrie.

Die Lage der Gipsindustrie im Osten war im Berichtsjahre eine wenig zufriedenstellende. Die Bautätigkeit in Breslau, Posen und anderen größeren Städten der Ostprovinzen war minimal, die andauernde Geldknappheit die Hauptveranlassung dazu. Die Preise

für Stein- und Braunkohlen stiegen erheblich, ebenso die Arbeitslöhne. Trotz dieser nicht unbedeutenden Mehrbelastung war es nicht möglich, die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen. Ein Teil der Konkurrenz im Harz akzeptierte die denkbar niedrigsten Offerten, sogar für das Jahr 1908, um nur einigermaßen beschäftigt zu sein.

Infolge dauernden Mangels an offenen und gedeckten Wagen der Eisenbahn war der Bezug von Kohlen und der Versand der Fabrikate unregelmäßig.

Kalkindustrie.

Die Förderung und der Absatz der Kalkindustrie konnten sich auf der vorjährigen Höhe halten, doch litt die Rentabilität in verstärktem Maße unter den sich immer ungünstiger gestaltenden Arbeiterverhältnissen.

In den Monaten April bis einschließlich Juni konnte infolge Mangels von Arbeitskräften der Betrieb nur in wesentlich beschränktem Umfange aufrechterhalten werden, so daß die Einstellung ausländischer Arbeiter nötig wurde. Diese sind erheblich weniger leistungsfähig als die inländischen Arbeiter; die Folge dieser Tatsache zeigte sich in einer erheblichen Erhöhung der Produktionskosten. Bedauerlicherweise ist die Möglichkeit, dieser Kalamität durch Errichtung von Arbeiterhäusern vorzubeugen, der Industrie des Handelskammerbezirkes durch die neuere Ansiedelungsgesetzgebung auf das äußerste erschwert worden.

Die Kohlenpreise verfolgten ihre steigende Tendenz weiter; zeitweise erfolgten die Lieferungen von seiten der oberschlesischen Werke so spärlich, daß zur Fortführung des Ofenbetriebes der Bezug der teureren engenglischen Kohle notwendig wurde. Allerdings sind die verwendeten Mengen englischer Kohle im Vergleich zum Gesamtbedarf nicht ererheblich gewesen. Im Zusammenhange damit darf nicht verschwiegen werden, daß Hand in Hand mit der Steigerung des Preises der oberschlesischen Kohle eine wesentliche Verschlechterung der Qualität der gelieferten kleinstückigen Sortimente gegangen ist. Zum Teil mag dies seinen Grund darin haben, daß die Kohlengroßhändler — die sich bei Tätigung der Lieferungsschlüsse für dieses Jahr hinsichtlich der zu liefernden Marken freie Hand vorbehalten hatten — sich genötigt sahen, um die geschlossenen Lieferungsquantitäten einigermaßen zu erreichen, auch zweitklassige Sortimente mitzuliefern. Die Qualitätsverschlechterung ist auch von anderen Großkonsumenten bei der nach der oberschlesischen Klassifikation als I a bezeichneten Marken beobachtet worden. Von unterrichteter Seite wurde zur Erklärung dieser unangenehmen Erscheinung mitgeteilt, daß angesichts der auch im oberschlesischen Kohlenrevier herrschenden Arbeiterknappheit die Kohlenwerke sich genötigt sehen, geringere Anforderungen an die Sorgfalt der Arbeiter bei der Förderung zu stellen und daß hierdurch die Qualität des Produktes ungünstig beeinflußt wird. Naturgemäß muß die Folgen derartiger Vorgänge der Kohlenverbraucher tragen. So ist es in der Kalkindustrie dahin gekommen, daß die Steigerung der Selbstkosten erheblich größer geworden ist, als ein von der gesamten ostdeutschen Kalkindustrie für das Jahr 1907 eingeführter mäßiger Aufschlag auf den seitherigen Preis für gebrannten Kalk; folgerichtig mußte die Rentabilität der Industrie dadurch ungünstig beeinflußt werden.

Anscheinend ist die Kohlenknappheit zurzeit wenn nicht überwunden, so doch erheblich geringer geworden, so daß die Lieferungen jetzt quantitativ ausreichend erfolgen; die Qualität läßt im Vergleich zu früheren Jahren immer noch zu wünschen übrig.

Angesichts der gespannten Lage auf dem Geldmarkte dürfte die Bautätigkeit im kommenden Jahre sich voraussichtlich in den engsten Grenzen halten, und da auch die Landwirtschaft zum mindesten in dem nördlichen Teile des Absatzgebietes eine teilweise Mißernte hinter

sich hat, so können die Aussichten der Kalkindustrie für das kommende Jahr nicht als günstige bezeichnet werden.

Die Kohlenpreise, sowie auch die Arbeitslöhne haben im Berichtsjahre eine weitere Steigerung erfahren; die für den Betrieb erforderlichen Kohlen waren nicht in ausreichenden Mengen zu haben.

Die größte Schwierigkeit bereiten die Arbeiterverhältnisse. Durch das Ansiedelungsgesetz wird den deutschen Arbeitgebern bei dem Bau von Arbeiterwohnhäusern der Zwang auferlegt, die Wohnungen mit größtenteils deutschen Arbeiterfamilien zu besetzen, eine Bedingung, die auch der reichstreueste Arbeitgeber nicht erfüllen kann und die das Bauen von Arbeiterwohnhäusern unmöglich macht.

Es sind schon polnische, für den Betrieb geeignete Leute nicht in genügender Zahl aufzutreiben, geschweige denn deutsche. Unter größeren Opfern mußten daher fremdländische Arbeiter beschafft werden, ein Übelstand, der es mit sich bringt, daß jedes Jahr neue, mit der Arbeit nicht vertraute Leute zuziehen, welche nicht für den eigentlichen Steinbruch- und Ofenbetrieb zu gebrauchen sind, sondern nur zu Nebenarbeiten verwendet werden können. Die Leutenot bleibt also auch bei ausreichend fremden Leuten im Hauptbetriebe bestehen. Ferner hat der Arbeitgeber über den Kontraktbruch der fremden Arbeiter zu klagen. Deshalb wären scharfe Strafbestimmungen sowohl für fremdländische Arbeiter, welche kontraktbrüchig werden, als auch für Arbeitgeber, welche die weggelaufenen Leute annehmen und dadurch dem Kontraktbruch Vorschub leisten, sehr zu empfehlen.

Es sollten nur fremdländische Arbeiter mit behördlichem Ausweis, auf welchem die Photographie des betr. Arbeiters aufgeklebt ist, beschäftigt werden dürfen, um zu verhüten, daß die Leute falsche Papiere vorweisen.

Wenn es also den Bemühungen der Kammer gelingen sollte, hinsichtlich der schwierigen Arbeiterverhältnisse Remedur zu schaffen, so dürfte sie sich aller Arbeitgeber Dank versichern.

Die Nachfrage nach gebranntem Stückkalk war in diesem Jahre eine andauernd lebhafte, dagegen ist der Versand von rohen Kalksteinen gegen das Vorjahr erheblich zurückgeblieben, was teilweise darauf zurückzuführen ist, daß die Industrie von der Königlichen Eisenbahnverwaltung mit der Wagengestellung im Stich gelassen worden ist, obgleich dieserhalb wiederholentlich petitioniert wurde, leider ohne den gewünschten Erfolg.

Braunkohlenindustrie.

Das Jahr 1907 bedeutet für das im Bezirk gelegene Braunkohlenbergwerk der Gewerkschaft „Moltkegrube" bei Crone a. Br. einen Wendepunkt in der Entwickelung und zwar dadurch, daß die im vorigen Jahre begonnene Förderanlage an der Chaussee (ein Flacher-Schacht, doppelgleisig eingerichtet, der von über Tage direkt bis in die Kohle geht) im Mai 1907 fertiggestellt worden und seitdem ununterbrochen im Betrieb geblieben ist. Diese Anlage ist von der älteren, dem „Herthaschacht", unabhängig. Damit ist den Abnehmern die Sicherheit gegeben, daß bei einer Betriebsstörung die Versorgung mit Braunkohle nicht unmöglich wird. Im Mai 1907 wurde auch eine zweite Dampfturbine mit 260 P. S. aufgestellt. Noch andere Einrichtungen haben die Förderanlage und die Brikettfabrik technisch derart verbessert, daß das Werk nunmehr zu den ersten seiner Art gerechnet werden kann.

Außerdem wird nach vollständiger Fertigstellung der Vorrichtung des Flachschachtfeldes die Förderung auf eine Höhe gebracht werden können, die eine rationelle Ausnutzung der vorhandenen maschinellen Anlagen und Arbeitskräfte ermöglicht, vorausgesetzt, daß die nötige Belegschaft zu beschaffen ist. Denn auch im Jahre 1907 hat die „Moltkegrube" unter empfindlichem Arbeiter-

mangel zu leiden gehabt, so daß sie gezwungen war, galizische und russische Arbeiter heranzuziehen. Die Belegschaft betrug etwa 150 Mann durchschnittlich. Als hauptsächliches Abhilfsmittel kommt der Bau von Arbeiterwohnhäusern in Betracht. Hier sollte die Landesversicherungsanstalt, wie in anderen Bezirken, fördernd eingreifen, desgleichen der Landkreis Bromberg, der an der Braunkohlenindustrie schon wegen seiner Kleinbahn interessiert ist.

Leider war auch in diesem Jahr, wenn auch nicht so sehr wie im vergangenen, über Wagenmangel zu klagen; die Vermehrung des Wagenparks seitens der Kleinbahn ist dringend nötig. Dies liegt auch im Interesse des Kreises, der die Erträgnisse der Bahnen steigern würde. Eine gründliche Abhilfe würde freilich nur der Bau einer Vollbahn herbeiführen, denn ob die genehmigte Bahn von Crone nach Prust dem Werke einen Vorteil bieten wird, ist fraglich, da erst ein ca. 4 km langes Anschlußgleis erforderlich wäre. Dies wäre nur mit hohen, für das Werk unerschwinglichen Kosten herzustellen.

Die Betriebsergebnisse des Jahres 1907 sind, obwohl zurzeit noch keine bestimmten Ziffern angegeben werden können, als günstige zu bezeichnen. Das ganze Jahr hindurch fand mit Ausnahme der Sommermonate eine rege Nachfrage nach Rohkohle, besonders aber nach Briketts statt, so daß die Ware schlank abging und die Preise wesentlich erhöht werden konnten. Im Sommer wurden bei geringerer Nachfrage Briketts vorgearbeitet, die dann im Herbst schnell Absatz fanden, so daß die Läger bald geräumt waren. Der Bedarf nach Kohlen hat nicht nachgelassen, die Aussichten für das nächste Jahr sind recht günstige.

Das Werk hatte sich im verflossenen Jahr einer Anzahl von Besuchern zu erfreuen. Zunächst besichtigte der Verein zur Förderung des Braunkohlenbergbaues in den östlichen Provinzen anläßlich seiner am 5. Mai 1907 abgehaltenen ordentlichen Mitgliederversammlung die Moltkegrube und erstattete auch an den Herrn Minister und an den Herrn Regierungspräsidenten eingehende Berichte über das Werk und dessen Aussichten. Im Herbst besuchten dann die Moltkegrube der Herr Regierungspräsident mit mehreren Regierungsräten und der Landrat des Kreises Bromberg, sowie später mehrere Herren aus dem Handelsministerium und dem Oberbergamt in Breslau. Hoffentlich werden wir im nächsten Jahr Erfreuliches über die Weiterentwickelung des Werkes, das eine Reihe von schweren Jahren hinter sich hat, berichten können. Lebhaft zu bedauern ist, daß derjenige Mann, der all die schweren Jahre der Versuche als Repräsentant der Gewerkschaft miterlebt hat, gerade jetzt, wo eine erfreuliche Wendung eintritt, plötzlich gestorben ist. An Stelle des Herrn von Tronchin war bereits Ende 1906 als Repräsentant Herr Ingenieur Emil Sinell in Berlin getreten. Die Gewerkschaft Moltkegrube besitzt auch noch bei Fordon Felder, die abbaufähig sind. Der Plan, das Werk zu erweitern und namentlich auch diese Felder abzubauen, ist im Spätherbst des Jahres aufgenommen worden, mußte aber angesichts der ungünstigen Lage des Geldmarktes zurückgestellt werden.

Kohlen-, Koks-, Brikett- und Torfhandel.

In dem Bericht für das Jahr 1906 wurde darauf hingewiesen, wie außerordentlich günstig die Marktlage in den oben genannten Artikeln war. Wenn man nun auch mit gewissen Hoffnungen in das Jahr 1907 hineinging, so wurden sie doch durch den außerordentlich regen Geschäftsgang bei weitem übertroffen. Während des ganzen Jahres 1907 war die Nachfrage derartig groß, daß, wenn man selbst die Jahre 1899 und 1900, welche sich bekanntlich durch große Kohlenknappheit auszeichneten, zum Vergleiche heranzieht, die Folgen für das konsumierende Publikum wegen

der langandauernden jetzigen Konjunktur entschieden noch einschneidendere waren und sind, als die des Jahres 1899 und 1900.

Die Nachfrage nach Steinkohlen, Koks und Briketts war während des ganzen Jahres außerordentlich lebhaft, und da aus Oberschlesien infolge Arbeiter- und Wagenmangel nicht genug Kohlen usw. herankamen, mußten große Mengen zu hohen Preisen aus England bezogen werden. Die Gruben in Oberschlesien lieferten nur einen Prozentsatz der mit ihnen vertraglich abgeschlossenen Mengen. Außerdem ist deren Versand von Steinkohlen nach Österreich und Rußland bedeutend größer gewesen, wodurch die Knappheit noch gesteigert worden ist.

Für das Jahr 1908 ist nun allerdings eine Abflauung als ziemlich bestimmt anzunehmen, da die Industrie voraussichtlich nicht mehr als so bedeutende Verbraucherin auftreten wird, wie in diesem Jahre, doch dürfte sich eine gewisse Knappheit besonders in einzelnen Kohlensortimenten noch während des größten Teils des Jahres 1908 bemerkbar machen.

Hand in Hand mit der Knappheit an Kohlen ging die in Briketts und Koks. Der Preis für ersteren Artikel ist um fast 50 % gestiegen und diejenigen Händler, die sich nicht rechtzeitig und genügend eingedeckt hatten, mußten bedeutend erhöhte Preise anlegen, die schließlich wieder die Verbraucher zu tragen hatten. — Auch dieses Mal soll die dringende Bitte wiederholt werden, die Handelskammer möge an zuständiger Stelle energisch dafür eintreten, daß endlich für Briketts der sogenannte 2 Waggontarif abgeschafft werde.

G r u b e n k o k s. Dieser Artikel wurde vor einigen Jahren im Handelskammerbezirk, besonders jedoch bei der Händlerschaft der Stadt Bromberg, einzuführen versucht und der jährlich steigende Umsatz beweist, daß hiermit einem großen Übelstand abgeholfen wurde. Besonders für Sauggas- und Dampfheizungs-Anlagen ist dieses Material stets bevorzugt worden.

Torf war im Berichtsjahre sehr rar, die Ausbeute wegen ungünstiger Witterung sehr gering. Eine Fabrik in Prondy erhielt in diesem Jahre nicht eine einzige Klafter Torf zum Ankauf und war gezwungen, mit den teueren Steinkohlen zu heizen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Es ist dies das erste Mal seit Bestehen der Fabrik.

Gaserzeugung.

Das vergangene Geschäftsjahr ist für die Verwaltung der **städtischen Gasanstalt Bromberg** durch Steigerung der Gasabgabe günstig gewesen. Der Umsatz war größer. Die Verkaufspreise für Gas waren die gleichen wie im Vorjahre, die der Nebenprodukte Teer und Ammoniakwasser niedriger, für Koks höher. Der Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, deren Preise stiegen, ging im allgemeinen glatt von statten. Die Arbeiterzahl war die gleiche wie im Vorjahre; die Arbeitslöhne sind gestiegen.

Für die **städtische Gasanstalt Hohensalza** ist das verflossene Geschäftsjahr ebenfalls günstig gewesen. Die Gasabgabe ist gestiegen. Die Verkaufspreise für Gas waren die gleichen wie im Vorjahre. Für Kohlen mußten höhere Preise gezahlt werden. Für Koks wurden höhere Preise erzielt, während Teer gegen das Vorjahr billiger abgegeben werden mußte. Die Zahl der Arbeiter war infolge der gestiegenen Gasabgabe größer. Die Arbeitslöhne waren höher als im Vorjahre.

Flaschenfabrikation.

Das Jahr 1907 erwies sich für die F l a s c h e n f a b r i k a t i o n nicht günstig. Das kalte Frühjahr und der regnerische Sommer minderten den Bedarf an Getränken und somit auch an Flaschen im Inlande. Nur ausgedehnten Beziehungen verdanken es die Fabriken in Usch und Gertraudenhütte, daß sie trotzdem ihre Produktion absetzen konnten. Da die hohen Frachten nach den Seehäfen für den Export an Flaschen noch nicht ermäßigt worden sind, ist es unmöglich, von Usch und

Gertraudenhütte aus zu exportieren. Dieser Umstand dürfte beide Fabriken schädigen, wenn sich das ungünstige Wetter im Jahre 1908 wiederholen und der Inlandsbedarf weiter zurückgehen sollte.

Infolge des Zusammenschlusses der meisten deutschen Flaschenfabriken war es möglich, die Verkaufspreise etwas zu erhöhen. Fast in gleicher Weise stiegen aber auch die Produktionskosten, hauptsächlich die Arbeitslöhne. Letztere kommen nun fast den Löhnen in den Großstädten gleich, obwohl die Leistungen der betreffenden Arbeiter viel geringer sind. Während des ganzen Jahres herrschte empfindlicher Arbeitermangel. Dadurch war es nur mit Mühe und Opfern möglich, den Anforderungen der Kundschaft zu genügen. Durch die Agitation des Fachvereins der Glasarbeiter wurde überdies über beide Fabriken während einiger Monate die Sperre verhängt, ohne daß Differenzen vorlagen. Während Usch dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen wurde, wurde von Gertraudenhütte der Zuzug ferngehalten, so daß das ganze Jahr über eine Anzahl Werkstellen nicht besetzt werden konnten und die Produktion darunter litt.

Die Torfgewinnung, die für die beiden Fabriken eine Lebensfrage ist, war infolge des nassen Sommers schwierig und kostspielig. Auch die von den Torfstechern geforderten Löhne waren 10 bis 20 % höher, als im Vorjahre, besonders aber die der Hilfsarbeiter, die bis 50 % höher sind als früher. Es wird nicht möglich sein, bis zur nächstjährigen Torfkampagne mit den vorhandenen Vorräten auszureichen, so daß beide Fabriken wieder auf den Bezug der teuren Kohle angewiesen sein werden. Dem dringenden Bedürfnisse, die hohen Frachten für Kohle aus dem oberschlesischen Kohlengebiete bedeutend zu ermäßigen, ist noch nicht abgeholfen worden. Daß die Feuerung bei einer Fracht von 1 0 0 M a r k pro 10 000 Kilo direkt verlustbringend sein muß, bedarf keiner weiteren Erklärung. Es würde dankbar anerkannt werden, wenn die Handelskammer in dieser Beziehung der Industrie Posens, an deren Hebung der Regierung besonders gelegen ist, ihre Unterstützung angedeihen lasse wollte.

Die Fabrik Usch wird noch immer zu den Kommunalabgaben in einer zu den Gegenleistungen, bezw. den gewährten Vorteilen und dem Umfange des Betriebes in keinem Verhältnisse stehenden, unbilligen Höhe herangezogen. Ihre Einwendungen hatten den Erfolg, daß die Abgaben anstatt ermäßigt, erhöht wurden. Obgleich also die Regierung wünscht, daß die Industrie sich in den östlichen Provinzen entwickelt, wird seitens der Stadt die Fabrik Usch in ganz besonderer Weise belastet, was Veranlassung gibt, jede etwa mögliche Erweiterung der beiden Fabriken zu unterlassen.

Porzellanfabrikation.

Das Geschäftsjahr 1907 brachte Verlust. Dieser ist, abgesehen von einer verringerten Fabrikation infolge Arbeitermangels, welcher in einigen Sommermonaten wegen des Bahnbaues Kolmar—Gollantsch eintrat, hauptsächlich in den hohen Frachten für Rohmaterialien und in dem hohen Zinssatz in diesem Jahre zu suchen.

Die Fabrik in Kolmar hat allein an Frachten für Sand, Ton und Kaolin Mk. 45 549,78 bezahlt. Seit Beginn ihrer Tätigkeit hat sie um Frachtermäßigung für Kohlen und Rohmaterialien petitioniert, dabei die Unterstützung der Kammer und anderer Körperschaften wiederholt gefunden. Mit dieser Angelegenheit hat sich sowohl der Bezirkseisenbahnrat als auch der Landeseisenbahnrat beschäftigt. Der Bezirkseisenbahnrat ist für 25 % Frachtermäßigung auf Ton, Sand und Kaolin eingetreten, dagegen hat der Landeseisenbahnrat das Gesuch abgelehnt, weil ein öffentliches Verkehrsbedürfnis nicht nachgewiesen sei. In dieser Sitzung betonte aber der Herr Unterstaatssekretär, daß der Fabrik in irgend einer Form geholfen werden müsse und würde auch der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten an Opferfreudigkeit keinem seiner Herren Kollegen nachstehen.

Da nun sämtliche Herren Minister dahin einig sind, daß eine Entwickelung des Unternehmens nur dann möglich ist, wenn ein Ausgleich der hohen Frachtspesen für Rohstoffe erreicht wird, so hat die Fabrik im September 1906 dem Herrn Ministerpräsidenten andere Vorschläge unterbreitet, durch deren Erfüllung die Existenz der Fabrik und damit auch die Existenz ihrer vielen deutschen Arbeiter gesichert wäre.

Diese Vorschläge wurden von dem Herrn Ministerpräsidenten für ausführbar gehalten und sollten bald, einer schon im Oktober v. J., in Kraft treten.

Das Resultat der jetzigen Bilanz weist nun genau nach, daß die Angaben hinsichtlich der Existenzmöglichkeit der Fabrik vollkommen richtig sind.

Bei Gewährung der erbetenen Hilfe wäre statt eines Verlustes eine Verzinsung des Gesellschaftskapitals mit $3^1/_2$% eingetreten.

Die Fabrikleitung schließt ihren Bericht mit folgenden beachtenswerten Ausführungen:

„Dieses neue Geschäftsjahr treten wir nur schweren Herzens an, da wir nicht wissen, ob unsere Gesellschafter, die bisher auf eine Verzinsung des Gesellschaftskapitals, immer in der Voraussetzung, daß uns die anerkannt notwendige Hilfe bald zuteil würde, verzichteten, sich mit einem Kapitalverlust zufrieden geben werden, der auch in diesem Jahre eintreten könnte, da der Bankdiskont noch ebenso hoch steht als im Vorjahre.

Eine vollständige Arbeitseinstellung wäre aber besonders wegen unserer Arbeiterfamilien zu bedauern, ferner auch für Stadt und Kreis, da wir innerhalb ca. 6 Jahren unseres Bestehens über $1^1/_2$ Millionen Mark Arbeitslöhne gezahlt haben, die sich in den letzten Jahren auf 325 000 Mark pro Jahr erhöhten. Das Fehlen einer so bedeutenden Summe würde sich bald fühlbar machen."

Steingutfabrikation.

Der Geschäftsgang war im allgemeinen zufriedenstellend.

Seifenfabrikation und Seifenhandel.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war für den Seifenhandel kein günstiges. Die wichtigsten Rohmaterialien, wie Talg, Palmkernöl, Kokosöl, Cottonöl usw. haben zu Anfang des Jahres eine Höhe erreicht, wie nie zuvor. Dabei waren diese Artikel knapp und nur bei Eingehung langer Lieferungsfristen erhältlich. Der hohe Preisstand hat das ganze Jahr hindurch angehalten und erst am Schlusse desselben ist eine Abflauung eingetreten, hervorgerufen durch die bekannte allgemeine Geldkrisis.

Das erste Erfordernis war daher, zu Anfang des Jahres eine entsprechende Erhöhung der Seifenpreise durchzusetzen. Es wurde zu diesem Zwecke im Monat März von einigen Beteiligten der Seifenindustrie eine allgemeine Versammlung der Seifenfabrikanten des Ostens nach Danzig einberufen. Die Versammlung zeitigte ein gutes Resultat; alle Teilnehmer waren über die Notwendigkeit einer Erhöhung der Seifenpreise einig und akzeptierten die in Vorschlag gebrachten Preise. Gleichzeitig wurde eine freie Vereinigung der Seifenfabrikanten unter dem Titel „Vereinigung ostdeutscher Seifenfabrikanten" gegründet. Zweck derselben soll ein kollegialer Verkehr unter den Mitgliedern, Wahrung der Standesinteressen und Festlegung und Innehaltung von Seifenpreisen, welche der jeweiligen Marktlage der Rohmaterialien entsprechen, sein.

Dieser Zusammenschluß der Interessenten hat sich im ganzen bewährt. Die festgesetzten Preise wurden nach Möglichkeit eingehalten und auch von den Konsumenten erzielt. Hierdurch wurden größere Verluste, die bei einer Uneinigkeit der Fabrikanten unausbleiblich gewesen wären, vermieden. Immerhin ist der erzielte Gewinn nicht groß, viele Fabrikanten waren auf Monate hinaus billige Schlüsse eingegangen, an denen später verschiedentlich bares Geld zugelegt worden ist, so daß die meisten Fabrikanten trotz der durch die Schlüsse unterstützten größeren Umsätze am Schlusse des

Jahres nur eine sehr magere Bilanz zu verzeichnen hatten.

Einen ziemlich bedeutenden Abbruch bringen dem Seifenhandel auch die mit großer Reklame, Wandervorträgen usw. auf den Markt geworfenen künstlichen Wasch- und Reinigungsmittel, die zum größten Teile nur aus Soda und wertlosen Zusätzen bestehen und oft bis 200 % über den eigentlichen Wert bezahlt werden. Sind diese angepriesenen „besten Waschmittel“ auch nicht geeignet, den Seifenhandel zu verdrängen, da die meisten Sorten ebenso schnell von der Bildfläche verschwinden, wie sie aufgetaucht sind, so schädigen sie doch das kaufende Publikum und den reellen Seifenhandel empfindlich und es wäre eine gesetzliche Regelung, die dies verhinderte, durchaus angebracht und im allgemeinen Interesse wünschenswert.

Apotheken.

Die Geschäftslage des Jahres 1907 in den Apotheken ist als bedeutend schlechter als in den Vorjahren zu bezeichnen. Der Umsatz dürfte eine bedeutende Verminderung aufzuweisen haben.

Der Rückgang der Rezeptur nimmt immer größeren Umfang an, da von den Ärzten die von den Fabriken eingeführten Tabletten und andere fertige Arzneiformen immer mehr verordnet werden. Die großen chemischen Fabriken bewilligen den Apotheken durchschnittlich 20—30 % Rabatt auf diese Spezialitäten, während sie selbst Dividenden bis 40 % verteilen.

Die Aufstellung zahlreicher Drogenschränke in selbst kleinen Materialgeschäften und ferner das Fehlen einer positiven Liste, welche alle dem freien Verkehr überlassenen Mittel namentlich aufführt, tragen auch dazu bei, die Konkurrenz der Drogisten den Apothekern immer fühlbarer zu machen, da unter dem Namen Vorbeugungsmittel fast sämtliche dem freien Verkehr entzogenen Mittel von den Drogisten verkauft werden. Widerspricht es doch sogar der Gewerbeordnung, da diese ausdrücklich vorschreibt, daß die Mittel namentlich bezeichnet werden sollen, die dem freien Verkehr überlassen sind.

Die schlechte Geschäftslage der Apotheker zu vergrößern trägt auch der Umstand bei, daß die deutsche Arzneitaxe in den letzten Jahren nicht mehr den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trug und im letzten Jahr geradezu miserabel wurde. Es sind zahlreiche Verkaufspreise gegenüber den Einkaufspreisen der reine Hohn geworden. Der Apotheker ist in diesem, wie auch schon in den früheren Jahren häufig gezwungen worden, Drogen, die er teurer einkauft, zu einem billigeren Preise abzugeben, bei einzelnen beträgt die Differenz sogar 6 Mark pro Kilo. Daher ist es gewiß als eine Forderung der Gerechtigkeit zu erachten, wenn die Arzneitaxe nicht mehr einer jährlichen, sondern vierteljährlichen Durchsicht unterzogen wird.

Die Gehälter, Löhne und Bedarfsartikel der Apotheken sind teilweise bis 20 % gestiegen, während die Arzneitaxe diesen neuen Umständen durch Erhöhung der Arbeitspreise in keiner Weise Rechnung trägt, da wie statistisch nachgewiesen ist, nur eine Erhöhung von 4 bis 5 % in 40 Jahren eingetreten ist, wohingegen sämtliche Lebensbedingungen um ca. 40 bis 50 % gestiegen sind. Zum Schluß kommt noch der immer größer werdende Personalmangel hinzu, der eine stetig steigende Gehaltserhöhung zur Folge hat. Ein Zugang von Lehrlingen findet kaum noch statt, so daß es Apothekern in kleineren Städten unmöglich wird, Personal zu bekommen und zu halten. Kurzum die Apothekenverhältnisse sind derart traurige, daß hoffentlich die geplante reichsgesetzliche Apothekenordnung in der gewerblichen Frage Besserung bringen wird, wenn auch der Apothekerstand nur teilweise mit der Art der Regelung sich einverstanden erklären kann.

Drogen-, Chemikalien- usw. Handel.

Das Geschäft im Jahre 1907 war bei lohnenden Preisen recht flott und dürfte wohl allgemein befriedigt haben.

Die Hochkonjunktur des verflossenen Jahres hielt bis zum Herbst dieses Jahres an. Einige wichtige Stapelartikel der Branche, z. B. Blei-, Zink-, Kupferpräparate, Benzin, Camphor, Spirituspräparate, Terpentinöl, Salzsäure, erreichten bisher selten gekannte Wertstände. Mit dem Abflauen der Konjunktur besonders auf dem Metallmarkte wichen die Preise rasch und es war oft nicht möglich, die vorhandenen Lagerbestände ohne Verluste zu realisieren. Die Spekulation, welche sich bei niedrigem oder normalem Geldstand mit Vorliebe einiger wichtiger Artikel der Branche, wie Schellack, Terpentinöl, Camphor, Gewürze usw. bemächtigt, hält sich seit dem hohen Diskont fern; hierdurch mag wohl der enorme Preisfall dieser Artikel begründet sein. Schellack und Camphor büßten besonders im November um 25 % des Wertes ein. Es macht sich daher das Bestreben bemerkbar, nur für den nächstliegenden Bedarf zu kaufen.

Die Vegetabilienernte hatte unter der andauernden Nässe in diesem Jahr sehr zu leiden, und es sind teilweise Mißernten zu verzeichnen. Die Preise sehr vieler Vegetabilien haben denn auch heute einen sehr hohen Stand erreicht.

Die Kreditverhältnisse sind recht ungünstige, Verluste auch bei großer Vorsicht nicht zu vermeiden. Oftmals wird jedoch in den Kreisen der Lieferanten selbst gesündigt. Wenn jeder handelsübliche Kasse-Artikel nur gegen Barzahlung verkauft und nach Ablauf des dreimonatlichen Zieles pünktlich auf baren Eingang gehalten würde, könnten viele des Kredits unwürdige Elemente nicht bestehen.

Die Verkehrsverhältnisse auf der Weichsel sind nach wie vor unzulänglich. Die Abnehmer müssen oft wochenlang auf die Transporte warten, und wählen daher häufig den kostspieligeren Bahntransport. Die Dampferverbindungen weichselaufwärts sind viel besser; die Danziger Händler haben dadurch ein leichteres Arbeiten.

Chemisch-technische Industrie.

Das erste Semester des Geschäftsjahres 1907 bewegte sich in den Bahnen des Vorjahres. Die Preise für Rohmaterialien, Öle und Fette hielten sich in steigender Richtung. Mit Beginn der großen Krisis im Geschäftsleben der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde jedoch der Hamburger Markt, welcher nicht allein für Deutschland, sondern für den ganzen Kontinent in fast allen Rohmaterialien der chemisch-technischen Industrie für Öle und Fette, insbesondere auch in Wachsprodukten, maßgebend ist, in Mitleidenschaft gezogen. Alle Mittel, welche die Hausseparte i des Hamburger Marktes anwandte, um ein zu rapides Heruntergehen der Preise aufzuhalten, blieben erfolglos, denn die amerikanischen Abgeber warfen, um Bargeld zu erhalten, ihre Produkte in ungeheuren Mengen auf den Markt und akzeptierten dafür jedes Gebot. Da selbst den größten Hamburger Lagerinhabern und Käufern die enormen notwendigen Mittel fehlten, um die auf den Markt geworfenen Produkte aufzunehmen, gingen die Notierungen für einzelne Warenkategorien von Tag zu Tag herunter. Alles dieses, ebenso die Forderungen zur Leistung von Nachschüssen, welche von den Bankinstituten, die die großen Läger bevorschußt hatten, gestellt, aber nicht erfüllt werden konnten, waren die Ursache einer bedeutenden Anzahl Fallissements alter und größter Firmen, welche über ältere Kontrakte zu hohen Preisen und bedeutende Läger verfügten. Roh-Carnaubawachs ebenso auch Schellack, welche Artikel vordem einen Preisstand von über Mk. 400,— für 100 kg hatten, gingen bis auf etwa Mk. 200,— für 100 kg herunter. Amerikanisch Terpentinöl fiel von ca. Mk. 110,— auf ca. Mk. 70,— für 100 kg. Wachssurrogate sind heute für die Hälfte der vorjährigen Preise käuflich. Diese enormen Preisrückgänge blieben auch für das Provinzgeschäft, insbesondere der chemisch-

technischen Industrie, nicht ohne Folgen. Fabrikanten und Großhändler waren ihren wohlunterrichteten Abnehmern gegenüber gezwungen, ihre lagernden wie schwimmenden Bestände in Rohprodukten und fertigen Fabrikaten, trotz der hohen Selbstkostenpreise mit großem Verlust abzugeben. Daß die Provinz- und Detaillistenkundschaft bei dem allgemeinen Geldmangel und hohen Diskontsatze ihren Verpflichtungen weniger und langsamer als sonst nachkam, und den Fabrikanten und Grossisten hierdurch große Zinsverluste entstanden, wuchs immer mehr zur allgemeinen Kalamität. Der nicht unbedeutenden Anzahl Fallissements in der Provinzkundschaft werden weitere anfangs kommenden Jahres folgen.

Nach alledem dürften die Geschäftsergebnisse sowohl der Fabrikanten als auch der Grossisten im laufenden Jahre wenig erfreuliche sein.

Nachdem speziell für den ostdeutschen Fabrikanten der Absatz nach West-, Mittel- und Norddeutschland infolge ungünstiger Transportverhältnisse und der dortselbst vermehrten Konkurrenz immer schwieriger geworden ist, kommt hinzu, daß auch der Export infolge der Zollverhältnisse der von hier importierenden Länder schlechter geworden ist. Schweden, wohin bisher „Carnaumontin" (Carnaubawachs-Ersatz) zollfrei ging, erhebt neuerdings einen Einfuhrzoll in Höhe von 15 % des Wertes der Ware. Rußland, Frankreich und Österreich-Ungarn machen, um höhere Zollsätze zu erlangen, Schwierigkeiten in bezug auf Klassifizierung und Tarifierung des gleichen Produktes. Durch derartige Maßnahmen haben es die rumänischen Zollbehörden fertiggebracht, für Carnaumontin einen Einfuhrzoll in doppelter Höhe des Wertes des Gutes zu erheben. Glatt und zufriedenstellend dagegen entwickelte sich der Verkehr mit Dänemark, Italien und der Schweiz.

In bezug auf die Verkehrsverhältnisse traten auch im verflossenen Jahre diejenigen Mängel zutage, die im vorjährigen Bericht zum Ausdruck gebracht worden sind.

Die Klagen der heimischen, ostdeutschen Industrie über Bevorzugung der älteren, bekannten Konkurrenzwerke des Westens haben keinen Erfolg gehabt. Die hiesigen Industriellen werden zur Auswanderung nach Plätzen und Gegenden, woselbst sich ihnen bessere Existenzbedingungen bieten, gezwungen sein, wenn hier nicht Wandel zum besseren eintritt. Es dürfte wahrlich nicht zu viel sein, wenn wir wünschen, daß königliche oder kommunale Behörden bei Beschaffung ihres Bedarfes in Ölen und Fetten, wie Putzmitteln aller Art, sowie Fabrikaten der chemischen Kleinindustrie, die heimischen Fabrikanten zur Abgabe ihrer Offerten heranzögen und nicht, wie es leider noch immer üblich ist, ihre Aufträge in altgewohnter Weise den ihnen bekannten Konkurrenzwerken des Westens, welche ihr Renommee in der Hauptsache einer teuren, großen Reklame verdanken, zuwenden.

Calcium-Carbid.

Es können für das Carbidwerk in Mühlthal noch keine Vergleichsziffern angeführt werden, da in der Berichtsperiode verschiedentlich Umänderungen an der Turbinenanlage vorgenommen werden mußten, die außerordentlich beeinträchtigend auf die Menge der Produktion wirkten. Immerhin konnten rund 1300 Tons Carbid zur Verladung gebracht werden; bei vollem Betrieb hätte sich die Produktionsziffer auf ca. 2000 Tons erhöht. Bereits jetzt läßt sich erkennen, daß die Wahl der Wasserkraft und der Fabrikationsstätte eine durchaus glückliche war.

In dieser Erwägung hat sich die betreffende Gesellschaft definitiv zur Aufnahme der Fabrikation von Kalkstickstoff ($CaCN_2$) in Oplawitz bei Bromberg nach dem Frank-Caroschen Verfahren entschlossen und zu diesem Zweck eine Gesellschaft unter der Firma „Ostdeutsche Kalkstickstoffwerke und chemische Fabriken, G. m. b. H." gegründet, deren gesamtes voll eingezahltes Stammkapital in Höhe von 300 000 Mk. von der gründenden Gesellschaft, dem Brandenburgi-

schen Carbidwerk, G. m. b. H. übernommen wurde. Die Anlagen sind im Bau, der Betrieb wird voraussichtlich im März/April nächsten Jahres eröffnet werden.

Rohmaterialien. Die Preise für diese haben eine den allgemeinen Verhältnissen entsprechende Erhöhung erfahren, so z. B. für Kalk 10%, Koks 20 %, Elektroden 10%.

Arbeiterverhältnisse. Über diese ist nicht zu klagen, da die gesamten Arbeiter ebenso wie die Beamten in eigenen Häusern untergebracht sind. Die Lohnsätze haben keinerlei Veränderung erfahren.

Absatz. Auch die Produktion dieses Werkes konnte schlank abgesetzt werden, ein Teil davon zu gewinnbringenden Preisen nach Rußland und über See.

Verkehrsverhältnisse. Wenn auch durch die Ausbildung des früheren Anschlußgleises Station Mühlthal—Carbidwerk Mühlthal und Weiterführung dieser Strecke nach Maxtal als öffentliche Linie dem Werk für die Verfrachtung nach dem Osten eine Verbilligung geschaffen ist, so zeigt sich dennoch, daß eine Benachteiligung gegenüber anderen Werken, besonders den skandinavischen, dahin besteht, daß eine direkte Wasserverladung in Mühlthal nicht möglich ist und auch die Umladung in Wasserfahrzeuge in Bromberg sich außerordentlich kostspielig erweist, besonders dadurch, daß ein direkter Umschlag unmöglich ist, vielmehr die in Bromberg eintreffenden Waren vom Kleinbahnhof mit Achsfuhrwerk zur Brahe geschafft werden müssen.

Diese Erwägungen haben, nachdem sich das Werk mit den betreffenden Behörden in Verbindung gesetzt hat, Veranlassung gegeben, zur Bearbeitung eines Projekts, die Oberbrahe und zwar von Jagdschütz aus, schiffbar zu machen. Dies erscheint um so wünschenswerter, als dadurch eine Verbilligung der Frachten für beträchtliche Mengen an Rohmaterialien herbeigeführt würde, insbesondere auch für die erheblichen von der Kalkstickstofffabrik benötigten Kohlenmengen. Durch diese Schiffbarmachung würde bei Jagdschütz und Blumwiese je ein Stauwerk geschaffen, mit einer Gesamtleistung von rund 3500 Jahrespferdekräften, deren Verpachtung zu industriellen Zwecken eine Verzinsung des ganzen, für die Kanalisierung erforderlichen Kapitals gewährleisten würde. Außerdem könnte der Wasserbauverwaltung eine genügende Menge elektrischer Energie seitens des Betriebsunternehmers zur Verfügung gestellt werden, um auf dem Brahekanal und auch auf der unteren Brahe einen elektrischen Schleppzug einzurichten, ferner diese Schiffahrtsstrecke elektrisch zu beleuchten, sowie den Schleusenbetrieb zu versehen.

Betriebsresultate. Wenn auch der Betrieb aus den angeführten Gründen noch kein normaler war, so hat er doch einen erfreulichen Gewinn abgeworfen, der bei Erreichung der normalen Produktionshöhe voraussichtlich bedeutend steigen wird.

Über die vorerwähnten Kalkstickstoffwerke Mühlthal schreibt das L. C. B. folgendes:

Bekanntlich gelang es vor einer Reihe von Jahren den Chemikern Prof. Dr. Adolph Franck und Dr. Nicodem Caro den Stickstoff der Luft in eine für Düngezwecke verwertbare Form zu bringen. In der Hand der Cyanid-Gesellschaft, einer Tochtergesellschaft der Elektrizitätsfirma Siemens & Halske und der Deutschen Bank, gewannen diese Erfindungen und das auf dieselben gegründete Verfahren, die Herstellung des Kalkstickstoffs, dann die Bedeutung, die eine industrielle Verwertung ermöglichte.

Während die Fabrikation von Kalkstickstoff bisher nur im Auslande betrieben werden konnte, weil in Deutschland zurzeit keine genügend großen und billigen Wasserkräfte für die Herstellung des Ausgangsmaterials, des Calciumcarbids, zur Verfügung standen, sind gegenwärtig zwei deutsche Anlagen für die Kalkstickstofffabrikation im Entstehen begriffen. Das eine Werk in Mühlthal oberhalb Brombergs an der Brahe kommt aller Voraussicht nach

bereits im nächsten Frühjahr in Betrieb. Mit dem Bau eines zweiten Werkes bei Trostberg in Südbayern an den Fällen der Alz wird demnächst begonnen.

Die Mühlthaler Anlage wird von der Firma „Ostdeutsche Kalkstickstoffwerke und Chemische Fabriken, G. m. b. H." eines Tochterunternehmens des Brandenburgischen Carbidwerks, G. m. b. H., beide mit dem Sitz in Berlin, errichtet.

Das Werk liegt an den schmalspurigen Kreisbahnen Bromberg—Crone und Crone—Maximilianowo. Die Station „Carbidwerk" der letzteren Linie liegt auf dem Fabrikgrundstück. Von Bromberg ist durch den Bromberger Kanal Verbindung mit der Oder, sowie mit Danzig durch Routendampferverkehr auf der Weichsel geschaffen.

Durch die günstige Lage des Brahebettes konnte in einfachster Weise ein mächtiges Staubecken geschaffen werden, das anderthalb bis zwei Millionen Kubikmeter Wasser faßt; die Wassermenge der Brahe beträgt zirka 30 Sekundenkubikmeter. Im Staubecken wird das Wasser so hoch aufgestaut, daß für die Turbinen ein Gefälle von zirka sechseinhalb Meter nutzbar gemacht wird. Die beiden Drehstrom-Dynamos liefern je 1000 HP. bei einer Spannung von 3000 Volt.

Die Jahresproduktion des Mühlthaler Werkes wird zunächst etwa 2500 t Kalkstickstoff betragen. Der Vertrieb der gesamten Produktion erfolgt, wie überhaupt der Vertrieb des gesamten für den deutschen und holländischen Düngemarkt in Frage kommenden Kalkstickstoffs, durch die innerhalb der Cyanid-Gesellschaft gegründete „Verkaufsstelle für Kalkstickstoff", Berlin S. W. 11, Askanischer Platz.

V. Eisenhandel und Eisenindustrie.

Eisenhandel.

Das Jahr 1907 ist für den Eisenhandel kein günstiges gewesen. So stark die Nachfrage im Jahr vorher gewesen war, so wenig es möglich war, den stürmischen Bedarf des Vorjahres zu befriedigen, so sehr ließ allmählich im Berichtsjahre von Beginn desselben an der Bedarf nach. Hand in Hand damit gingen auch die Preise zurück.

Konsumenten wie Händler beobachteten Zurückhaltung; das ganze Geschäft ging flau.

Wenn auch im ersten Halbjahr die Ungewißheit über das Schicksal des Düsseldorfer Stahlwerksverbandes mit als Ursache für den Rückgang gelten konnte, so war dessen schließliche Verlängerung auf weitere 5 Jahre doch nicht imstande, das Geschäft wieder zu beleben, so sehr es auch von den Verkäufern versucht wurde, diese Verlängerung als Spekulationsmoment auszunutzen.

Die Preise gingen allmählich im Laufe des Jahres erheblich zurück. Der ganze Preisrückgang von Januar bis Ende des Jahres beträgt bei Stabeisen etwa 40 Mark pro Tonne.

Eine ebenso große Differenz zwischen den Preisen Anfang des Jahres und den gegenwärtigen ist auch bei Blechen vorhanden.

Nur Träger und Konstruktionsmaterial waren bis Ende September in ungeschwächter lebhafter Nachfrage. Selbst der Streik im Berliner Baugewerbe während des Hochsommers war nicht imstande, eine Abschwächung des allgemeinen Geschäfts in diesen beiden Artikeln hervorzurufen.

Indessen sind aber in den letzten Monaten auch dafür die Preise und die Nachfrage erheblich zurückgegangen, da der teure Geldstand jegliche Unternehmungslust zurückdrängte und die meisten Anlagen und Bauten aus diesem Grunde zurückgestellt werden mußten.

Der Handel in Eisenkurzwaren und Baubeschlägen büßte an Lebhaftigkeit infolge der mangelhaften Unternehmungslust und des teuren Geldstandes ebenfalls ein. Der Vertrieb wurde deshalb den Fabrikanten außerordentlich erschwert, zumal sie wegen des hohen Preisstandes des zur Fabrikation notwendigen Halbzeugs die Preise nicht einmal der geringen

Nachfrage entsprechend zu ermäßigen in der Lage waren.

Erst ganz neuerdings, nachdem sowohl die Preise für Baubeschläge, wie für Stabeisen und Bleche wesentlich ermäßigt worden sind, zeigt sich einige Kauflust, allerdings nicht zur sofortigen Verwendung resp. Abnahme, sondern zur Eindeckung für spätere Lieferung, weil man allgemein der Ansicht ist, daß der Preisstand sich noch billiger wohl kaum gestalten könnte.

Die Notierungen für Drahtstifte und Drähte sind nur mäßig zurückgegangen, da solche von dem Preise des Walzdrahts abhängig bleiben, dessen Verkauf syndiziert ist.

Der Bedarf ist augenblicklich normal.

Nur der Artikel verzinkte Drahtgeflechte ist ohne Rücksicht auf die Selbstkosten infolge heftigen Konkurrenzkampfes der Fabrikanten untereinander im Laufe des Jahres außerordentlich billig geworden und auf ein Preisniveau angelangt, an dem weder Fabrikant noch Händler irgend welchen Verdienst finden; trotzdem bleibt der Absatz in diesem Artikel mäßig. Da die neuen Zollverträge den Export doch ganz erheblich beeinträchtigen, so ist kaum anzunehmen, daß fürs erste eine Besserung im Eisengewerbe und Eisenhandel zu erwarten ist.

Eiserne Träger waren sehr schwer heranzuschaffen und erst nach der Bausaison wurden die im Dezember aufgegebenen Mengen geliefert, wodurch das Geschäft sehr erschwert und der Nutzen verringert wurde.

Für das Stabeisen- und Eisenkurzwarengeschäft bewegte sich der Umsatz in denselben Grenzen wie im Vorjahre. Die Preise, die zu Anfang des Jahres bis Oktober die vorjährige Höhe beibehielten, wichen im letzten Quartal, so daß hierbei mit Verlust verkauft werden mußte.

Eisenkonstruktions- und Maschinenbau.

Das Jahr 1907 erreichte, ja übertraf teilweise das günstige Geschäftsergebnis des vorangegangenen Jahres. Die Beschäftigung war gut, Umsatz und Arbeiterzahl stiegen. Auch in diesem Jahre wurde der Nutzen durch erhöhte Löhne und Preise vermindert.

Die Maschinenfabrik C. Blumwe & Sohn, A.-G., Prinzenthal, war infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage stark beschäftigt, so daß sie ihre Werkstätten voll ausnutzen konnte. Der vergrößerte Absatz erstreckte sich auf das gesamte Inland, sowie auf Rußland, Rumänien, Italien, Ostasien, Südamerika. Entsprechend der Verteuerung der Fabrikation durch höhere Rohmaterialienpreise und Arbeitslöhne haben auch die Verkaufspreise eine Steigerung erfahren. Für den Bezug der Rohstoffe, der infolge des starken Bedarfs und der Politik der Syndikate schwieriger war, werden wirksame Ausnahmetarife als wünschenswert bezeichnet, die zur Förderung der ostdeutschen Industrie und ihrer Gleichstellung mit anderen Bezirken viel beitragen könnten.

Die Maschinenfabrik Hermann Löhnert, Akt.-Ges., Spezialfabrik für Kugelfallmühlen und Rohrmühlen, hatte gegenüber den früheren Jahren einen wesentlich lebhafteren Geschäftsgang, den sie auf die neue Gründung und Erweiterung von Zement- und solchen Fabriken, die ihre Spezialmaschinen brauchen, zurückführt. Die Erhöhung des Umsatzes wird auf 60 % beziffert. Abnehmer sind In- und Ausland. Unter dem letzteren sind es hauptsächlich die Schweiz, Italien, Frankreich, Belgien, Österreich, Rußland. Die Verkaufspreise erfuhren eine kleine Aufbesserung. In dem Bezuge der Roh- und Hifsstoffe sind der Fabrik Schwierigkeiten nicht entstanden, nur wurden längere Lieferfristen verlangt, denen jedoch die eigenen Dispositionen noch angepaßt werden konnten. Die Zahl der Arbeiter, deren Löhne etwas erhöht wurden, wurde um etwa 50 % vergrößert.

Der Geschäftsgang der Eisenbahn-Signalbau-Anstalt C. Fiebrandt & Co., G. m. b. H. in Schleusenau war, wie in den letzten beiden Jahren zufriedenstellend. Der Umsatz ist bei erhöhten Verkaufspreisen gestiegen. Im Berichtsjahre

wurde noch eine Erweiterung des Betriebes und ein besseres Arbeitsverfahren durchgeführt, wodurch das Ergebnis günstig beeinflußt wurde. Die Arbeiterzahl ist gewachsen und betrug durchschnittlich 160 Mann.

Für die Maschinen- und Dampfkesselfabrik L. Zobel in Bromberg war das abgelaufene Geschäftsjahr ein zufriedenstellendes. Es schließt mit einer nennenswerten Erhöhung der Umsatzziffer ab, die noch wesentlich größer hätte werden können, wenn nicht Aufträge wegen Arbeitermangel hätten abgelehnt werden müssen. Trotz der um ca. 20 % gestiegenen Arbeitslöhne waren geschulte Arbeiter nicht zu erlangen. Der Absatz vollzog sich mit einer etwa 20 prozentigen Preiserhöhung und richtete sich namentlich nach Deutschland, Rußland, Frankreich, Schweden, Belgien und Spanien. Geklagt wird über die Erschwerung des Rohstoffbezuges durch die Syndikate der Walzwerke und Grossisten.

Die Bromberger Schleppschiffahrt-Akt.-Ges. hatte in ihrer Maschinenfabrik eine Änderung der Geschäftslage im vergangenen Jahre nicht zu verzeichnen.

Die Geschäftslage für die **Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen** war infolge der abnormen Witterung bis Ende August 1907 äußerst flau. Erst dann setzte eine riesige Nachfrage, besonders nach Spezialitäten: Göpeln und Dreschmaschinen, ein, welche kaum befriedigt werden konnte. In den genannten Artikeln ist die Fabrikation noch jetzt auf mehrere Monate ausverkauft.

Umfangreiche Modernisierungen und Vergrößerungen des Betriebes wurden vorgenommen, vor allem zu dem Zweck, die Qualität der Fabrikate zu heben und Arbeitskräfte zu sparen.

Die noch weiter dringend erforderliche Vergrößerung wird erschwert, ja unmöglich gemacht durch die ungünstige Lage des Kapitalmarktes und die Schwierigkeit, für Industriezwecke Kapital zu erhalten.

Der **Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen** hat auch im Jahre 1907 den Umsatz des Vorvorjahres ziemlich erreicht, so daß auch hinsichtlich des Nutzens gegenüber den Vorjahren kein wesentliches Defizit zu verzeichnen ist. Wenn sich auch infolge der diesjährig ungünstigen Witterung im allgemeinen — ganz besonders im Mähmaschinenhandel — gegen das Vorjahr ein geringer Rückgang bemerkbar machte, so wurden dafür speziell im Spätherbst infolge der eingetretenen Dürre für Erdfrüchte geeignete Maschinen und Geräte sehr rege gefragt, so daß es kaum möglich war, den Anforderungen gerecht zu werden. Infolge der verspäteten Körner-Ernte und der infolgedessen hinausgeschobenen Rüben- und Kartoffelernte mußten viele Besitzer im Herbst vom Pflügen Abstand nehmen, sodaß auch weniger Pflüge verlangt wurden. Immerhin dürfte sich im kommenden Jahre bei einigermaßen günstiger Witterung ein lebhafter Handel speziell in Pflügen, Ackergeräten und Drillmaschinen bemerkbar machen, und es ist sicherlich zu erwarten, daß der geringe diesjährige Ausfall im nächsten Jahre mit Leichtigkeit wieder eingeholt werden wird.

Leider hat das Agentenwesen speziell in hiesiger Gegend riesige Ausdehnung angenommen. Infolgedessen sind die Maschinenhandlungen durch Preisschleuderei und sonstige im legitimen Maschinenhandel nicht übliche Manipulationen arg bedrängt. Wir hoffen jedoch, daß dieser Kalamität durch ein einmütiges Vorgehen der Händler, die sich zu einem Verbande über ganz Deutschland zusammengetan haben, mit der Zeit vorgebeugt werden und der Maschinenhandel, was Preise und Zahlungsbedingungen anbelangt, allmählich wieder in frühere gesunde Bahnen gelenkt wird.

Günstiger wird die Geschäftslage von anderer Seite in folgenden Ausführungen beurteilt:

„Das Geschäft und der Absatz in landwirtschaftlichen Maschinen war in diesem Jahre in jeder Beziehung als zu-

friedenstellend zu bezeichnen. Die Umsatzziffer vergrößerte sich sogar in diesem Jahre gegen das Vorjahr nicht unwesentlich.

Der nasse und kalte Sommer beeinträchtigte die Kauflust absolut nicht, zumal sich der Leutemangel in diesem Jahre bei den Landwirten noch mehr als vordem bemerkbar machte.

Es mußten sogar Geschäfte zeitweise zurückgewiesen werden, weil es nicht möglich war, die seitens der Landwirte vorgeschriebene Lieferzeit innezuhalten; eine Hauptursache hierfür war auch der Umstand, daß unsere Fabrik über Mangel an tüchtigen Handwerkern zu klagen hatte.

In der Erledigung von Zahlungsverbindlichkeiten seitens der Kundschaft konnte erfreulicherweise eine wesentliche Besserung konstatiert werden."

Der Handel mit **Molkereibedarfsartikeln** wich in seinem Geschäftsgang nicht erheblich von dem des Vorjahres ab. Die Preise wurden auch in diesem Jahre gegen das Vorjahr eher noch etwas erhöht. Nachfrage nach Bedarfsartikeln war ziemlich vorhanden, weil auch die Butterpreise in diesem Jahre ausnahmsweise hoch waren.

Neue Molkereien wurden wenig eingerichtet; dagegen wurden in alten Molkereien mehrfach Verbesserungen getroffen. Der Molkereineubau im hiesigen Bezirk liegt fast ausschließlich, besonders für Genossenschaften, in der Hand von Raiffeisen. Durch Ringschließung der hauptsächlichsten Fabriken von Molkereimaschinen ist jedoch Raiffeisen in seinen Provisionsbezügen etwas geschmälert worden. Raiffeisen soll nun mit der Absicht umgehen, Molkerei-Ingenieure und Monteure anzustellen, um Neubauten von Molkereien selbständig auszuführen.

Der Handel mit engl. Higgins B u t t e r s a l z hat sich gegen das Vorjahr bedeutend gehoben. Dieses Salz führt sich in den Molkereien durch seine große Reinheit und feine gleichmäßige Kristalle immer mehr ein.

Was den Kleinhandel mit sämtlichen Molkereibedarfsartikeln betrifft, so gilt hier dasselbe wie im Vorjahr. Die Genossenschaften, die durch Raiffeisen eingerichtet sind und infolgedessen in Geldabhängigkeit von Raiffeisen stehen, werden veranlaßt, dort ihren Bedarf zu decken; auch bietet Raiffeisen die Artikel zu einem billigeren Preise an, als sie ein Händler anbieten kann, weil Raiffeisen eben größere Abschlüsse macht und gegen Kassa kaufen kann.

VI. Baugewerbe und Baubedarf.

Bautätigkeit.

Während im Anfange des Jahres die Bautätigkeit in den Städten auch in Privatbauten sich ziemlich rege entwickelte, hat sie zum Herbst mit wenigen Ausnahmen beinahe ganz aufgehört. Im Landbezirk war dieselbe mit Ausnahme der Ansiedelungsbauten fortdauernd unerheblich. Die behördliche Bautätigkeit war im Laufe des Jahres sehr rege und hält infolge der zahlreichen Eisenbahnbauten usw. des Ostens noch fortdauernd an. Die Ziegelpreise, welche im Laufe des Sommers sehr stark anzogen, haben allmählich nachgelassen, ein weiteres Sinken der Steinpreise steht zu erwarten.

Der Übelstand im Submissionswesen, daß meistens das billigste Angebot berücksichtigt wird, bleibt nach wie vor bestehen. Besserungen sind bedauerlicherweise trotz der üblen Folgen kaum zu erwarten, da die Behörden sich gegenüber Abänderungsvorschlägen immer noch ablehnend verhalten.

Sehr zu leiden haben die Baugeschäfte unter der jetzt eingetretenen verlangsamten Zahlungsanweisung bei fast sämtlichen Behörden. Bei dem bisher noch nicht erreichten hohen Reichsbankdiskont treten so große Verluste an Zinsen ein, daß für die Behörden wohl Veranlassung vorläge, den Unternehmer durch

baldigste Erledigung seiner Abschlagszahlungsanfräge etwas mehr zu unterstützen, zumal er durch die niedrige Verzinsung seiner hinterlegten Kaution und Einbehaltung von vertraglichen Quoten für wirkliche Leistungen ohnehin schon genug geschädigt wird. Abhilfe tut not.

Der Arbeitermangel machte sich, wie auch in früheren Jahren während der ganzen Sommer- und Herbstperiode in störender Weise bemerkbar.

Die Aussichten für 1908 sind im Hochbaubetriebe als ungünstig zu bezeichnen.

Über die Bautätigkeit in Czarnikau erfahren wir folgendes:

Die Bautätigkeit war hierorts und in der Umgegend sehr rege. Es wurden namentlich viel staatliche Bauten, speziell Schul- und Kirchenbauten, ausgeführt. Die private Bautätigkeit auf dem Lande leidet nach wie vor unter der Wirkung des Ansiedelungsgesetzes. Der bekannte Hypothekenvermerk wird auch bei Neubauten unmittelbar an der Stadt überall dort verlangt, wo gesetzliche Baufluchten nicht bestehen.

Die Arbeitslöhne der Maurer und Zimmerleute sind gestiegen, diejenigen der Tischler, Arbeiter usw. hielten sich auf vorjähriger Höhe. Arbeitermangel war nicht vorhanden. Auch die Preise für die Baumaterialien stiegen. Namentlich im Frühjahr mangelte es erheblich an Ziegelsteinen, Kalk, Zement und besonders Eisen.

Die Schlußzahlungen bei behördlichen Bauten dauern lange, ebenso die Rückzahlung der hinterlegten Kautionen.

Die neue Baupolizeiverordnung mit ihren scharfen Bestimmungen lähmt die Bautätigkeit in den kleinen Städten.

Aus Exin wird über die Bautätigkeit des in Betracht kommenden Bezirks berichtet:

Die Bautätigkeit war in diesem Jahre sowohl in den umliegenden Städten als auch auf vielen Ansiedelungsgütern eine so rege wie nie zuvor.

Hierzu trat noch der Bahnbau der neuen Strecke Wongrowitz—Exin—Schubin. Durch diese Arbeiten entstand ein so empfindlicher Arbeitermangel, daß die Löhne eine hierorts ungewöhnliche Höhe erreichten; trotzdem aber waren Leute nicht in genügender Anzahl zu haben. Einigen Zuzug von neuen Arbeitskräften verursachte der Bauarbeiterstreik in Berlin. Es meldeten sich von dorther namentlich solche Arbeiter, welche aus den östlichen Provinzen stammten. Ohne diese Zuwanderung wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, die übernommenen Bauten auszuführen. Ebenso stiegen die Preise für Ziegelsteine zu ungeahnter Höhe, zeitweise war es überhaupt nicht möglich, solche zu erhalten.

Es mußte daher aus Ziegeleien bei Schneidemühl, Fordon und Schubin Ersatz herangeholt werden. Trotz der guten Beschäftigung und des guten Absatzes konnten weder die Baugeschäfte noch die Ziegeleien einen nennenswerten Nutzen erzielen; denn die hohen Löhne, mit welchen vorher nicht gerechnet werden konnte, ließen einen solchen nicht zu. Für die Ziegeleien besonders kam noch der Kohlenmangel mit den überaus hohen Preisen in Betracht.

Der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe dürfte demnächst wegen der hohen Löhne und des teuren Geldstandes erheblich zurückgehen und namentlich in den kleinen Städten ganz aufhören.

Auf die jetzt fertigen Neubauten war es bisher nicht möglich, erststellige Hypotheken aufzunehmen, da die Institute jede Beleihung schlankweg ablehnen.

Es dürften daher für nächstes Jahr nur die Bauten, welche durch die Aufteilung von Gütern seitens der Königlichen Ansiedelungskommission vorgenommen werden, in Betracht kommen. Sehr zu wünschen wäre es, wenn die Bahnverwaltung einige Mißstände im Güterverkehr auf dem hiesigen Bahnhof ab-

stellen würde. Hierüber ist fogendes mitzuteilen:

Auf dem hiesigen Bahnhof werden die angekommenen Waggons mittels Telephon avisiert und zwar im Winter nach 8 Uhr morgens. Da die Wagen meist schon vor 8 Uhr zur Entladung bereit stehen, die Bezahlung der Fracht und demgemäß auch die Entladung aber erst nach 8 Uhr erfolgen kann, so ist die beste Arbeitszeit verloren und oft unmöglich, die Entladung rechtzeitig zu bewerkstelligen.

Sehr dankbar würde die hiesige Bevölkerung der Eisenbahn-Verwaltung sein, wenn sie darauf achtete, daß die Beamten das Publikum in höflicher Weise abfertigten, wie es bei der Post schon längst Brauch ist.

Beton- und Tiefbau.

Die Bautätigkeit war im Jahre 1907 eine sehr rege und stand der von 1906 nicht nach.

Die vermehrten Eisenbahnbauten gaben auch den Tiefbauunternehmungen des Ostens erweiterte Beschäftigung.

Die Tatsache, daß mehrfach große und umfangreiche Objekte an Firmen im Westen vergeben worden sind, beweist, daß die ostdeutsche Industrie sowohl seitens der Staats- wie Kommunalbehörden nicht immer die wünschenswerte Unterstützung findet.

Die Löhne wiesen eine erhebliche Steigerung auf. Der Arbeitermangel machte sich besonders in Gegenden mit vorwiegend landwirtschaftlichen Betrieben fühlbar. Auch in den Städten hatten die Baufirmen Mühe, die erforderliche Anzahl an Arbeitern zu bekommen.

Durch das gegenseitige Unterbieten und durch die Art der Submissionen bei der Königlichen Eisenbahn wurden die Preise derartig gedrückt, daß selbst bei regulären Verhältnissen ein Überschuß kaum zu erzielen gewesen wäre. Die teuren und schwer zu beschaffenden Arbeitskräfte machten außerdem die meisten Arbeiten für den Unternehmer zu Verlust bringenden.

Bei den Submissionen der Eisenbahnen werden die Arbeiten gewöhnlich dem Mindestfordernden übertragen, selbst bei augenscheinlich verlustbringenden Preisen. Es hat sich denn auch gezeigt, daß verschiedene Unternehmer nicht imstande waren, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Hierdurch sind Ersparnisse aus dem billigen Angebot für die Behörde illusorisch geworden, da sie selbst die Arbeiten zu Ende führen mußte.

Die gut fundierten und eine Arbeit richtig kalkulierenden Firmen müssen ihre Materialien beschäftigen und so waren sie gezwungen, zu Preisen zu submitieren, die von vornherein kaum einen Nutzen erwarten ließen.

Solange das Submissionswesen in derselben Weise wie bisher gehandhabt wird, ist wohl an eine Gesundung der Verhältnisse in der Tiefbaubranche kaum zu denken.

Ziegelfabrikation.

Der Bedarf an Mauersteinen war auch in diesem Jahre ein reger. Unter dem Druck der schwierigen Geldverhältnisse ließ die Bautätigkeit jedoch gegen Schluß des Jahres erheblich nach. Die Preise waren gegen das Vorjahr nur unwesentlich besser.

Dagegen sind die Arbeitslöhne infolge der Lebensmittelteuerung und der Knappheit an Arbeitskräften gestiegen. Vielfach wird auch geklagt, daß Hand in Hand mit der Erhöhung der Löhne die Arbeitsleistung zurückgegangen sei und die Arbeiter unzuverlässiger geworden wären.

Die Kohlenpreise sind ebenfalls erheblich gestiegen, zeitweilig gestaltete sich der Bezug der Kohlen sehr schwierig, da die Kohlenablader sehr unregelmäßig lieferten. Einzelne Ziegeleien standen dicht davor, das Feuer im Ringofen aus Mangel an Kohlen ausgehen lassen zu müssen. Diese sich nun schon seit einigen Jahren wiederholende Kalamität des Kohlenmangels — ob durch die ungenügende Gestellung von Waggons, durch den gesteigerten Bedarf, durch Produktionseinschränkung oder durch Manipulationen zur Steigerung der Kohlenpreise hervorgerufen, sei dahingestellt — ist ein Krebsschaden, der

nicht nur an der Ziegelindustrie sondern an der Industrie im allgemeinen zehrt.

Der regnerische Sommer erschwerte das Trocknen der Steine und beeinträchtigte so die Produktion.

Das Fazit dieses Jahres ist: unwesentlich bessere Preise gegen das Vorjahr bei erheblich höheren Kohlenpreisen und Löhnen und geringeren Leistungen der Arbeiter.

Ähnlich äußert sich folgender, besonders die Bromberger Ziegeleien behandelnder Bericht:

Die diesjährige Herstellung von Ziegeln hatte unter der Ungunst des Wetters, das fast während des ganzen Sommers naß und kalt war, sowie unter dem Mangel an Arbeitskräften zu leiden, so daß die erzeugte Menge gegen die Vorjahre zurückbleibt. Einzelne Betriebe nennen recht erhebliche Mindermengen.

Die Knappheit der Arbeitskräfte hat zu einer Erhöhung der Erzeugungskosten geführt; einesteils durch Erhöhung der Lohnsätze, für welche auch die dauernd steigenden Preise aller Lebensbedürfnisse, besonders der Lebensmittel, in Betracht kommen, dann auch durch Minderleistung.

Am meisten hat die gewaltige Steigerung der Kohlenpreise die Gestehungskosten für die Steine erhöht, umsomehr, als die Preiserhöhung die für die Ziegeleien benötigten kleinen Sorten Kohlen viel stärker als die größeren Sorten traf. Daneben wurde viel darüber geklagt, daß die abgeforderten Mengen von Kohlen nicht geliefert wurden. Hierzu teuere Abfuhrlöhne durch den hohen Preisstand der Futterkosten. Dies ergibt als Gesamtbild eine recht bedeutende Steigerung der Selbstkosten.

Der Absatz an Steinen war im Frühjahr sehr lebhaft. Bis zum Beginn des neuen Betriebes waren die alten Bestände durchweg geräumt; der Bedarf wurde nicht voll gedeckt.

Hierdurch war es möglich, eine Erhöhung der Verkaufspreise durchzusetzen, die sich auch im Verlaufe des Berichtsjahres über dem vorjährigen Stande hielten, aber die Mehrkosten der Erzeugung fanden in dem höheren Preise nicht volle Deckung.

Im Laufe des Sommers bestand gleichmäßig Bedarf für solche auswärtigen Bauten, bei denen auf die Güte des verwendeten Steinmaterials besonderer Wert gelegt wird. Der Bromberger Stein erfreut sich wegen seiner Festigkeit und roten Färbung vielfach des Bevorzugung vor anderen Steinen.

Innerhalb des Stadtbezirkes hörte nach dem Frühjahr die Bautätigkeit fast ganz auf. Viel wird von einer Übererzeugung von Wohnhäusern gesprochen, doch dürfte der Hauptgrund für das Fehlen der Baulust in der Schwierigkeit der Beschaffung von Baugeld und Hypotheken zu suchen sein.

Zu erwähnen ist noch, daß 2 Ziegeleien mit etwa 4 Millionen Steine Jahreserzeugung im Berichtsjahre eingegangen sind; die eine durch Verkauf an den Eisenbahnfiskus, die andere an den Wasserbaufiskus.

Zwei andere Ziegeleien wechselten den Besitzer. Seitens der Betriebe an der Oberbrahe wird darüber geklagt, daß der Wasserstand dort täglich mehrmals wechsele und daß keine ausreichende Fahrtiefe für beladene Kähne vorhanden sei.

Dachpappenfabrikation.

Die Dachpappenfabrikation hoffte im Berichtsjahre die Früchte der im Vorjahre geschlossenen Preisvereinigung reifen zu sehen, sah sich aber hierin zum Teil enttäuscht, da die Kundschaft noch große Abschlüsse zu unrentablen Preisen aus dem Vorjahre in das neue hinübernahm und einige Firmen, darunter nicht unbedeutende, Eigenbrödelei trieben, indem sie sich der Vereinigung nicht anschlossen und durch Preisunterbietungen, welche für sie selbst keinen Vorteil ergeben konnten, der Konkurrenz in den Rücken fielen.

Immerhin könnte man von einer Besserung sprechen, wenn die teureren Lebensbedingungen nicht unerwartet hohe Löhne mit sich gebracht hätten und die Zahlungsweise

der Handwerker nicht so sehr viel zu wünschen übrig ließe, was bei dem hohen Geldstand mehr denn je ins Gewicht fällt.

Leider ist die Hauptschuld hieran der Landwirtschaft zuzuschreiben, welche von den wirtschaftlich schwachen Handwerkern ungebührlich lange Kredite — oft mehrere Jahre lang — in Anspruch nimmt und sich noch nicht den Grundsatz „Das Teuerste ist das Billigste" zu eigen gemacht hat, vielmehr ohne Rücksicht auf die höheren Pappenpreise und Löhne keine besseren Preise für Bedachungsarbeiten bewilligen will.

Eine Gesundung des Handwerks und der Industrie ist bei uns erst möglich, wenn in diesem Punkte Wandel geschaffen wird.

Kalk- und Cementhandel.

Die Bautätigkeit war eine derartig rege, daß Kalkwerke und Cementfabriken Lieferfristen in Anspruch nahmen, wie sie es seit vielleicht Jahrzehnten nicht mehr taten. Selbstverständlich blieben auch die Preiserhöhungen nicht aus, so daß das bauende Publikum recht sehr sowohl unter der schlechten Lieferweise, als auch den zum Teil horrenden Preisen litt. Für das Jahr 1908 ist jedoch kaum mit der gleich guten Marktlage zu rechnen, da, wenigstens soweit Zement in Betracht kommt, eine neue Fabrik in Oppeln vor kurzer Zeit den Betrieb aufgenommen hat, während eine weitere im Laufe des nächsten Jahres mit ihrer Ware auf den Markt kommt. Hierdurch würden die übrigen alten Fabriken genötigt sein, um der Konkurrenz der neuen Fabrik zu begegnen, mit plötzlichen größeren Preiserhöhungen zurückzuhalten. Jedenfalls ist gegen das Jahr 1907 eine allgemeine Preiserhöhung für Kalk und Cement eingetreten, welche jedoch durch die erhöhten Selbstkostenpreise gerechtfertigt erscheint.

Cementwarenfabrikation.

Der Umsatz in Zementwaren war wesentlich geringer als im Jahre 1906.

Trotzdem die Preise für die Rohmaterialien und die Arbeitslöhne eine weitere, nicht unwesentliche Steigerung gegen 1906 erfahren haben, ist es nicht möglich gewesen, für die Fabrikate höhere Preise zu erzielen, weil seitens der Behörden vielfach nicht genügend Wert auf die Qualität der Ware gelegt wird.

Der Arbeitermangel war auch in diesem Jahre sehr fühlbar.

Die Gewährung von Gratifikationen für Arbeiter, welche bis zum Winter aushielten, die Zusage dauernder Beschäftigung während des Winters und Erhöhung der Löhne vermochten hierin keinen Wandel zu schaffen.

VII. Lederhandel und Leder-Industrie.

Der **Lederhandel** war im laufenden Jahre nicht so flott wie er eigentlich durch das günstige Wetter, welches wir hatten, hätte sein können. Die hohen Preise für Leder aus dem Jahre 1906 hat auch das Jahr 1907 übernommen und bis in den Monat Oktober hinein beibehalten. Das Frühjahr hindurch und auch noch zu Beginn des Sommers hatte man Vertrauen zur Geschäftslage und bewilligte schlank die hohen geforderten Preise. Nachdem aber die anhaltend regnerische Witterung des Sommers das Geschäft lahmgelegt hatte und die Preise für Rohleder langsam aber stetig zurückgingen, fing man an mißtrauisch zu werden. Aber trotzdem ist es bis jetzt zu einer größeren Reduktion der Preise nicht gekommen. Wenn auch seit etwa 6 Wochen die Garlederpreise infolge des billigen Roheinkaufs etwas zu fallen beginnen, so sind die Preise noch lange nicht so niedrig, wie sie im Verhältnis zu den Rohpreisen jetzt schon hätten sein müssen.

Von größerem Einkauf hält sich der Kunde wegen der abwärtsbewegenden Preiskonjunktur noch zurück und deckt seinen Bedarf nur auf das Notwendigste.

Gerade Roßschuhleder, dessen Preis innerhalb 2 Jahren um 30—40 % gestiegen war, ist in den letzten Wochen um vielleicht 20 % billiger geworden. Auch deutsche Häute, wie Fohlleder, Blankleder usw. haben 10—15 Pf. pro Kilo im Preise nachgegeben. Wildhäute, namentlich Kipse, sind bis jetzt nicht billiger geworden.

Das Geschäft war im Sommer ruhig, in den Monaten Oktober bis zum Schluß des Jahres ging es zur Zufriedenheit. Wenn auch der Geldeingang nicht gerade zu Klagen Anlaß gab, denn das gewöhnliche Ziel von 4 bis 6 Monaten wurde im allgemeinen nicht überschritten, so verschlang doch der hohe Bankdiskont, der während des ganzen Jahres herrschte und der zum Schluß des Jahres eine noch nicht dagewesene Höhe erreichte, einen wesentlichen Teil des Nutzens. Es muß hierbei erwogen werden, daß bei normalen Zeiten nur 9—10 % beim Lederhandel verdient werden.

Im allgemeinen liegt das Geschäft, besonders mit dem gewöhnlichen, also kleinen Schuhmacher sehr schwer. Die meisten Schuhmacher, die früher größere Werkstätten hatten, sind verarmt und die wenigen, die noch einigermaßen existenzfähig sind, klagen, daß sie weder Gesellen noch Lehrlinge bekommen können.

Das **Treibriemengeschäft** hatte ungefähr denselben Umsatz wie vergangenes Jahr, nur war der Nutzen bedeutend geringer, da der Fabrikant seine Preise erhöht hat und der Kleinhänder die Preise nicht erhöhen konnte.

Für die **Lederfabrikation** war das Jahr 1907 ein recht ungünstiges. Nicht allein, daß der Absatz bedeutend zurückgegangen ist, so war auch das Geschäft ein sehr gequältes. Seitdem die Hochkonjunktur Ende Oktober 1906 ihr Ende erreicht hatte, wurde nur das Notwendigste gekauft, weil ein Jeder ein erhebliches Zurückgehen der Preise befürchtete. Vorübergehend hielt zwar die weichende Tendenz im Juli etwas an, und es trat sogar eine kleine Aufwärtsbewegung ein, die aber nur von ganz kurzer Dauer war. Seitdem sind die Preise langsam, aber stetig zurückgegangen. Eine bedeutende Abwärtsbewegung trat ein, nachdem der Bankdiskont durch die Nordamerikanische Geldkrisis eine enorme Höhe erreicht hatte. Durch die Geldknappheit und den hohen Zinsfuß hat überhaupt Handel und Wandel enorm gelitten und ein Jeder seine Einkäufe aufs äußerste eingeschränkt.

Für die Fabrikation war die rückgängige Konjunktur von bedeutendem Nachteil, weil die großen Bestände, die ein Gerbereibetrieb erfordert, fortlaufend entwertet wurden. Beim Verkauf der fertigen Fabrikate konnten nicht die wirklichen Einkaufspreise zugrunde gelegt werden, sondern nur die Rohpreise, die am Verkaufstage maßgebend waren, weshalb nur mit geringem Nutzen, teilweise mit Verlust gearbeitet wurde. Das schöne Herbstwetter trug auch dazu bei, den Verbrauch einzuschränken und den Absatz zu verringern.

Die Aussichten für die Zukunft sind recht trübe, da das Ende der Baisse noch immer nicht abzusehen ist. Dazu kommt, daß die Unkosten von Jahr zu Jahr bedeutend wachsen. Fast sämtliche Bedarfsartikel, wie Tran, Talg, Stearin usw., sind erheblich gestiegen und Kohlen selbst für teures Geld kaum zu haben. Ganz enorm wird die Lederindustrie aber durch die hohen Gerbstoffzölle belastet. Wenn die deutsche Lederfabrikation konkurrenzfähig bleiben soll, so müssen diese Zölle unbedingt wieder beseitigt werden, sonst dürften viele Betriebe, besonders in einer wirtschaftlich ungünstigen Zeit, zugrunde gehen.

Die **Schuhfabrikation** stand zu Beginn und im ersten Teil des Jahres 1907 unter dem Zeichen der Hochkonjunktur. Während der ganzen Dauer desselben war der Geschäftsgang ein lebhafter. Die Preise für sämtliche Materialien sowie die Arbeitslöhne waren gestiegen, dementsprechend sind auch die Preise für die Schuhwaren erhöht worden. Der Konsum war nicht unwesentlich gewachsen und die

Nachfrage nach Schuhen zuweilen eine sehr große, da die Abnehmer ein weiteres Steigen der Preise fürchteten und sich zu decken suchten. Die Schuhfabrikanten waren auch in den sonst ruhigen Monaten Juni und Juli durch reichlichen Eingang von Herbstaufträgen gut beschäftigt.

In der zweiten Hälfte des Jahres ließ die Steigerung der Lederpreise nach und es begann eine Abwärtsbewegung einzutreten. Naturgemäß schränkten nun auch die Schuhhändler ihre Orders ein, um so mehr, als ihr Absatz durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse des Sommers diesmal ein geringerer war als sonst. Das Geschäft zeigt am Ende des Jahres einen ruhigen Verlauf. Die Aufträge für das Frühjahr gehen, wenn auch nicht so reichlich wie im vorigen Jahre, so doch in normaler Weise ein.

In der **Pantoffel- und Filzschuhfabrikation** sind wesentliche Änderungen gegen das Vorjahr nicht zu verzeichnen. Der Geschäftsgang war etwas besser als im Vorjahre. Der Umsatz war größer und die Verkaufspreise waren höher als 1906. Allerdings waren auch die Preise für die Rohstoffe erheblich höher. Nachteilig wirkte der übermäßig hohe Reichsbankdiskont.

VIII. Weiß-, Manufaktur- und Modewaren.

Das Geschäft, namentlich in der Modewarenbranche, in Sommerstoffen und Damenkonfektion, hat in diesem Jahre nicht befriedigt und zwar wegen der ungünstigen, regnerischen Witterung des Sommers. Es sind große Bestände in leichten Stoffen, Organdys, Mousseline de laine, hellen Kleiderstoffen und Damenkonfektion den Detailleuren übrig geblieben.

Das Herbstgeschäft hatte wieder unter der sommerlichen Hitze zu leiden, auch dadurch, daß die diesjährige Ernte sich verzögert hatte. September und Oktober brachten große Einnahmeausfälle, erst mit Beginn des Monats November setzte das reguläre Wintergeschäft ein. Die erhöhten Lebensmittelpreise beeinträchtigten überhaupt die Kaufkraft der städtischen Kundschaft. Auch die anhaltende Steigerung der Preise sämtlicher Waren, besonders der Leinen- und Baumwollfabrikate, beeinträchtigte Umsatz und Ertrag.

IX. Papierverarbeitung.

Buchdruckerei.

Im Buchdruckgewerbe trat mit dem 1. Januar 1907 der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf friedlicher Vereinbarung beruhende neue Deutsche Buchdrucker-Lohntarif in Wirksamkeit. Er beruhigte vor allem die durch den seit zwei Jahren schwebenden Lohnstreit aufgeregten Gemüter und brachte neues Vertrauen in die Parteien. Die im vorjährigen Bericht auf 13½ % veranschlagte Lohnerhöhung in Bromberg hat sich bei Anwendung des neuen Tarifs in diesem Jahre ziemlich bestätigt, indem sich mit Berücksichtigung der Kürzung der täglichen Arbeitsstunden eine Steigerung der gezahlten Löhne um 15 % ergab. Daß dieses Mehr an Löhnen und eine auf rund 20% im Durchschnitt berechnete Verteuerung der Materialien bei den schon bisher außerordentlich gedrückten Drucksachenpreisen nicht vom Unternehmer allein getragen werden konnte, war wohl selbstverständlich. Auch die hiesigen Druckereien mußten daher, wie an allen Orten des Deutschen Reiches, mit einer wesentlichen Steigerung der Drucksachenpreise an ihre Auftraggeber herantreten. Hierbei fanden sie lebhafte Unterstützung durch den Allgemeinen Deutschen Buchdruckerverein in Leipzig in Schriften und Bekanntmachungen in allen Zeitungen des Reiches. So ist es denn auch meistens gelungen, von den privaten Kunden bescheidene Preisaufbesserungen zugebilligt zu erhalten, und auch die Staatsbehörden haben in gerechter Würdigung der

veränderten Verhältnisse angemessene Preiserhöhungen, teils sogleich eintreten lassen, teils neue Verträge dahingehend abgeschlossen. Somit besteht die Hoffnung, daß die Lohnkrisis und ihre Folgen in diesem Gewerbe bald überwunden sein werden.

Auf den Betrieb übten die in diesem Jahre durchgeführten Eisenbahn-Personen- und Gütertarife sowie andere Reformen günstigen Einfluß aus, indem in allen den Städten mit dem Sitze von Eisenbahndirektionen, mithin auch hier, ein außergewöhnlich hoher Bedarf an Drucksachen zu decken war, welcher reichliche und lohnende Arbeit brachte. Wir können somit die Erfolge des Jahres 1907 als im allgemeinen günstige beurteilen; insbesondere auch, weil dieses Jahr den Buchdruckereiunternehmern Gelegenheit bot, sich fester und allgemeiner zusammenzuschließen zur Hebung und Förderung des Buchdruckgewerbes und der Interessen seiner Angehörigen.

Mechanische Dütenfabrikation.

Der äußerst lebhafte Geschäftsgang in der Dütenbranche brachte die Notwendigkeit von Betriebsvergrößerungen und weiterem Ersatz der Handkleberei (meistens Heimarbeit) durch maschinellen Betrieb mit sich, weil es an geeigneten Arbeitskräften mangelte. Diese Maßnahmen wurden noch besonders erforderlich, um die Produktionskosten aufs äußerste zu beschränken, mit Rücksicht auf die Verkaufspreise hauptsächlich der billigeren Qualitäten, die nicht in gleichem Maße wie die Papierpreise stiegen. Zwar fehlte es nicht an Versuchen, auf dem Wege der Konvention eine Besserung zu erreichen, doch blieben die Bemühungen erfolglos.

Selbst der Sommer brachte kein bemerkenswertes Abflauen des Geschäfts, so daß es nicht möglich war, für den alljährlich zum Herbst und Winter eintretenden stärkeren Bedarf einen Vorrat an fertigen Düten zu schaffen. Infolge der außerordentlich starken Beschäftigung der Papierfabriken, die so bedeutend war, daß teilweise 3- bis 4 monatliche Lieferfristen verlangt wurden, entstand zuweilen eine förmliche Papiernot.

Die Einrichtung einer regelmäßigen Schiffsverbindung nach den westlich des Bezirks gelegenen Plätzen bleibt nach wie vor auch für diese Industrie wünschenswert.

X. Bankgeschäft.

Wenn die allgemeine Geschäftslage schon im vergangenen Jahre unter dem steifen Geldstande sehr zu leiden hatte, so führte die Geldknappheit im Jahre 1907 zu Erscheinungen, die als Finanzkrisis bezeichnet werden können. Der Reichsbankdiskont ging im ganzen Jahre nicht unter $5^1/_2$ % herunter und erreichte schon Anfang November mit $7^1/_2$ % den Höchststand seit Bestehen der Reichsbank.

Es betrug der Reichsbankdiskont:

18. Januar	1906	5	pCt.
23. Mai	„	$4^1/_2$	„
18. September	„	5	„
10. Oktober	„	6	„
18. Dezember	„	7	„
22. Januar	1907	6	„
23. April	„	$5^1/_2$	„
29. Oktober	„	$6^1/_2$	„
8. November	„	$7^1/_2$	„

Diese Geldkalamität, die ihre Ursachen besonders in der Preissteigerung aller Rohprodukte und in dem Kapitalbedarf der Industrie hat, vor allem aber als Rückwirkung der ungesunden amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse zu betrachten ist, verfehlte nicht, alle Geschäftsgebiete ungünstig zu beeinflussen.

Das Diskontgeschäft litt speziell unter der Unsicherheit, die durch die vielfachen Zusammenbrüche großer Holz- und Bauunternehmerfirmen hervorgerufen wurde.

Das Baugeldgeschäft stockte fast gänzlich. Die Hypothekenbanken beleihen zurzeit nur allererste Objekte (auch diese nur zu hohen Sätzen), die Sparkassen haben das Beleihungsgeschäft völlig eingestellt. Infolge-

dessen stoßen die Besitzer der in geldflüssigeren Zeiten begonnenen Bauten bei der Regelung der Hypothekenverhältnisse auf große Schwierigkeiten, und die hohen Zinssätze lassen keine Neigung zur Errichtung neuer Häuser aufkommen.

Das Effektengeschäft blieb weiter still. Die Kurse der meisten Werte zeigten eine rückläufige Bewegung; insbesondere sind die Kurse der inländischen Anlagewerte auf einen Tiefstand angelangt, wie er schon seit Jahren nicht vorhanden war. Das Kapitalistenpublikum zieht es vor, bei Geldinstituten Bardepositen zu guten Zinsen anzulegen oder sichere Hypotheken, für die verhältnismäßig hohe Sätze bewilligt werden, zu erwerben.

Wenn so nun auch die Tätigkeit der Banken auf allen diesen Gebieten eine Einschränkung erfahren hat, so ist ihnen andererseits als Äquivalent die Möglichkeit geboten, ihre eigenen Mittel und die bei ihnen deponierten Gelder bei den hohen Geldsätzen vorteilhaft anzulegen.

XI. Verkehrsgewerbe.

Flößerei und Schiffahrt.

Die Flößerei ist bereits in dem Bericht über Holzhandel und Holzspedition ausführlich geschildert worden. Über die Schiffahrt ist folgendes zu berichten:

Der Verkehr auf der Weichsel und dem oberen Netzekanal war von Beginn der Schiffahrt an und während des Sommers infolge des günstigen Wasserstandes rege. Sowohl zu Berg wie zu Tal waren genügend Frachten vorhanden. Vom September ab trat infolge des schlechten Wasserstandes eine Stockung ein, da die Dampfer und Schleppkähne nur mit halber Ladung expediert werden konnten. Infolgedessen mußte auch im Herbst ein großer Teil von Massengütern wie Rohzucker usw. per Bahn verladen werden und die Einnahme für die Reedereien stellte sich hierdurch ungünstiger. Der früh eingetretene Frost brachte eine größere Störung, so daß ein großer Teil der Güter aus dem Binnenlande nicht mehr an seinen Bestimmungsort gelangen konnte.

Spedition.

Der Verkehr im Bromberger Speditionsgeschäft kann im Jahre 1907 als befriedigend angesehen werden, da die stete Entwickelung der Stadt Bromberg auch auf dieses Gewerbe einen günstigen Einfluß ausgeübt hat. Allerdings sind die stetig wachsenden Unkosten an Arbeitslöhnen und die Futterkosten in Betracht zu ziehen; auch Schmiede- und Stellmacherarbeiten waren infolge der steigenden Konjunktur bedeutend teurer. Dieser Umstand bedingte einen Zusammenschluß zu einem Lokalverbande der Spediteure und Möbeltransporteure, um einigermaßen die Spesensätze den erhöhten Unkosten anzupassen. Der Stückgutverkehr war stärker als im Vorjahre, während der Eingang von Sammelladungen von Berlin, Stettin, Hagen usw. sich in den Grenzen des Vorjahres bewegte.

Ein großer Übelstand ist die langsame Abfertigung der Gespanne am Güterboden, weil die Güter direkt vom Wagen in die betreffenden Waggons eingeladen werden und die Gespanne infolgedessen stundenlang auf ihre Abfertigung warten müssen. Hoffentlich hilft die Staatsbahn diesem Übelstande ab, der den Spediteuren viel Zeitverlust und Unkosten verursacht. Die Einlagerung von Rohzucker war um ca. 100 000 Zentner größer als im Jahre 1906.

Das Möbeltransportgeschäft nahm während des ganzen Jahres einen regen Verlauf, wozu die Versetzung von zwei Infanterie-Regimentern nach und von Stettin wesentlich beigetragen hat. Bei den Ferntransporten hatten die hiesigen Möbeltransporteure allerdings die Konkurrenz auswärtiger Firmen zu ertragen, welche zu Schleuderpreisen Transportübernahmen stellten.

Die Gesetzgebung des Jahres 1907.

Von den im Berichtsjahre publizierten Gesetzen und gesetzlichen Bestimmungen sind die folgenden als bedeutsam für Handel und Gewerbe hervorzuheben:

A. Reichsgesetze.

26. Mai (1906.) Weltpostvertrag.

Übereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen und Kästchen mit Wertangabe.

Übereinkommen, betreffend den Postanweisungsdienst.

Vertrag, betreffend den Austausch von Postpaketen.

Übereinkommen, betreffend Postauftragsdienst.

Übereinkommen, betreffend den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften. (R.-G.-Bl. Nr. 41.)

7. Januar. Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. (R.-G.-Bl. Nr. 2.)

9. Januar. Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie. (R.-G.-Bl. Nr. 3.)

17. Februar. Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen. (R.-G.-Bl. Nr. 7.)

21. Februar. Verordnung, betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139 b der Gewerbeordnung auf Werkstätten der Tabakindustrie. (R.-G.-Bl. Nr. 10.)

27. Februar. Bekanntmachung, betreffend die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb. (R.-G.-Bl. Nr. 10.)

9. März. Bekanntmachung, betreffend Abänderung und Ergänzung der Eichordnung und Eichgebührentaxe. (R.-G.-Bl. Nr. 15.)

8. April. Gesetz, betreffend die Bemessung des Kontingentsfußes für landwirtschaftliche Brennereien. (R.-G.-Bl. Nr. 15.)

8. April. Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich, betreffend den Schutz an Werken der Literatur und Kunst und an Photographien. (R.-G.-Bl. Nr. 35.)

22. April/2. Mai. Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika. (R.-G.-Bl. Nr. 26.)

25. April. Zusatzübereinkunft zum Handels- und Schiffahrtsvertrage zwischen dem Deutschen Reich und der Türkei vom 26. August 1890 nebst einem Vollziehungsprotokolle. (R.-G.-Bl. Nr. 28.)

17. Mai. Allerhöchster Erlaß, betreffend die Errichtung des Reichs-Kolonialamts. (R.-G.-Bl. Nr. 22.)

18. Mai. Bekanntmachung, betreffend die Fassung des Reichsbeamtengesetzes. (R.-G.-Bl. Nr. 24.)

2. Juni. Bekanntmachung, betreffend Einfuhrbeschränkungen wegen Gefahr der Einschleppung der San José-Schildlaus. (R.-G.-Bl. Nr. 23.)

11. Juni. Verordnung zur Ausführung des Gesetzes vom 15. Februar 1900, betreffend die Freundschaftsverträge mit Tonga und Samoa und den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Zanzibar. (R.-G.-Bl. Nr. 27.)

20. Juni. Bekanntmachung, betreffend das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen. (R.-G.-Bl. Nr. 28.)

24. Juni. Bekanntmachung, betreffend die Eisenbahn-Signalordnung. (R.-G.-Bl. Nr. 29.)

24. Juni. Bekanntmachung, betreffend die Änderung der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom 4. November 1904. (R.-G.-Bl. Nr. 29.)

27. Juni. Bekanntmachung, betreffend die Außerkurssetzung der Eintalerstücke deutschen Gepräges. (R.-G.-Bl. Nr. 30.)

1. Juli. Bekanntmachung, betreffend die Beschäftigung von Kindern bei der Reinigung von Dampfkesseln. (R.-G.-Bl. Nr. 30.)

5. Juli. Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien. (R.-G.-Bl. Nr. 31.)

29. Juli. Bekanntmachung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln. (R.-G.-Bl. Nr. 34.)

9. August. Bekanntmachung, betreffend den internationalen Verband zum Schutze des gewerblichen Eigentums. (R.-G.-Bl. Nr. 36.)

16. Dezember. Gesetz, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reich. (R.-G.-Bl. Nr. 51.)

17. Dezember. Bekanntmachung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln. (R.-G.-Bl. Nr. 51.)

19. Dezember. Bekanntmachung, betreffend die Handelsbeziehungen zum Britischen Reich. (R.-G.-Bl. Nr. 51.)

B. Preußische Gesetze.

10. Oktober 1906. Allerhöchster Erlaß, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Znin im Regierungsbezirk Bromberg für die Anlage einer Kleinbahn (Kanalanschlußbahn) nach dem Ostrowoer See — abzweigend von der alten Kleinbahn des Kreises Znin in der Gemarkung Rydlewo — und für die durch den Bau der Kanalanschlußbahn bedingten Änderungen der schon bestehenden Kleinbahn. (G.-S. Nr. 1.)

25. Februar 1907. Verordnung, betreffend die Einsetzung von Wasserstraßenbeiräten für die staatliche Wasserbauverwaltung. (G.-S. Nr. 8.)

10. Mai. Verfügung des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betreffend anderweite Festsetzung der Verwaltungsordnung für die Staatseisenbahnen und Errichtung des Eisenbahnzentralamts. (G.-S. Nr. 16.)

29. Mai. Eisenbahnanleihegesetz. (G.-S. Nr. 19.)

10. Juni. Allerhöchster Erlaß, betreffend Bau und Betrieb der in dem Gesetze vom vom 29. Mai 1907 vorgesehenen neuen Eisenbahnlinien. (G.-S. Nr. 26.)

18. Juni. Gesetz, betreffend die Abänderung des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865. (G.-S. Nr. 22.)

18. Juni. Gesetz, betreffend Abänderung des § 23 des Einkommensteuergesetzes vom 19. Juni 1906. (G.-S. Nr. 26.)

22. Juni. Gesetz zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893. (G.-S. Nr. 28.)

29. Juni. Wanderarbeitsstättengesetz. (G.-S. Nr. 30.)

15. Juli. Wegeordnung für die Provinz Posen. (G.-S. Nr. 34.)

15. Juli. Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden. (G.-S. Nr. 35.)

17. Juli. Gesetz, betreffend den erweiterten Grunderwerb am Rhein-Weser-Kanal und am Großschiffahrtswege Berlin-Stettin. (G.-S. Nr. 35.)

12. August. Gesetz, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. (G.-S. Nr. 36.)

15. Oktober. Verordnung, betreffend die Vermehrung der Deputierten der Landgemeinden im Kreistage des Landkreises Bromberg. (G.-S. Nr. 41.)

C. Bezirkserlasse.

Von den Erlassen, welche im Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Bromberg im Jahre 1907 veröffentlicht und für die Handel- und Gewerbetreibenden des Bezirks von Bedeutung sind, sind folgende hervorzuheben:

22. November (1906). Bekanntmachung, betreffend Einziehung der Fünfzigpfennigstücke. (Nr. 11.)

25. Dezember (1906). Nachtrag zu den dem Kreise Znin erteilten Genehmigungen zum Bau und Betriebe einer Kleinbahn von Znin nach Rogowo mit Abzweigung von Biskupin nach Szelejewo und von Rogowo nach Hohenau und einer Kanalanschlußbahn von Rydlewo bis zum Ostrowoer See. (Nr. 1.)

8. Januar. Polizeiverordnung, betreffend die Ergänzung der Polizeiverordnung vom 23. Dezember 1899, über die Einrichtung und den Betrieb von Aufzügen (Fahrstühlen). (Nr. 4.)

15. Januar. Anweisung, betreffend die Zulassung von Holzsendungen zur Einfahrt in den Hafen Brahemünde und zur Beförderung auf der Brahe. (Außerordentliche Beilage zu Nr. 4 des Amtsbl.)

4. Februar. Vorschriften des Ministers des Innern, betr. das Pfandleihgewerbe. (Nr. 12.)

25. März. Bekanntmachung des Ministers für Handel und Gewerbe, betreffend Errichtung einer neuen Gewerbeinspektion mit dem Amtssitz in Schneidemühl. (Nr. 15.)

15. April. Ankündigung über den öffentlichen Wetternachrichtendienst in Norddeutschland und Dienstanweisung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für die Wetterdienststellen. (Nr. 19.)

24. April. Bekanntmachung, betreffend die Sonntagsruhe für das Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbe in der Stadt Bromberg und ihren Vororten. (Nr. 18.)

25. April. Bekanntmachung, betreffend Beschäftigung jugendlicher Arbeiter. (Nr. 18.)

23. Mai. Polizeiverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. (Nr. 22.)

8. Juni. Zeitplan der Wollmärkte für 1908—1917. (Nr. 28.)

10. Juni. Genehmigung zum Bau und Betriebe einer schmalspurigen mit Lokomotiven zu betreibenden Kleinbahn von Mühlthal nach Maximilianowo. (Nr. 26.)

18. Juni. Abänderung der Bekanntmachung, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, vom 22. Juni 1892. (Nr. 26.)

Tarif für die öffentliche Zoll-Niederlage in Schneidemühl. (Amtsbl. Nr. 29.)

27. Juli. Genehmigung zur Vornahme der Vorarbeiten für den Bau der Nebenbahn Schneidemühl—Czarnikau. (Nr. 31.)

29. Juli. Polizeiverordnung, betreffend Ladenschlußzeit in Schneidemühl. (Nr. 32.)

31. Juli. Bekanntmachung, betreffend Festsetzung der ortsüblichen Tagelohnsätze. (Nr. 32.)

14. August. Bekanntmachung, betreffend Annahme der Landgemeindeordnung seitens der Stadtgemeinde Mieltschin. (Nr. 34.)

15. August. Bekanntmachung, betreffend den Betrieb des Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbes in der Stadt Hohensalza (einschl. Montwy). (Nr. 34.)

15. August. Bekanntmachung, betreffend die Sonntagsruhe für das Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbe in der Stadt Hohensalza (einschl. Montwy). (Nr. 34.)

22. August. Landespolizeiliche Anordnung, betreffend Verkehrsbeschränkung für Flößer. (Außerordentliche Beilage zu Nr. 34 des Amtsbl.)

27. August. Erlaß des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizina[l-] angelegenheiten, betreffend den Verkehr m[it] Geheimmitteln. (Nr. 39.)

30. August. Verordnung, betref[fend] Verlängerung der Revisionsstrecke für die [auf] der Weichsel ankommenden zur Einfahrt [in] den Hafen Brahemünde anzumeldenden H[olz]flöße. (Nr. 36.)

12. September. Nachtrag zu dem Tarif für die Hafenabgaben in Brahemünde vom 24. Mai 1905. (Nr. 40.)

28. September. Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit Geheimmitteln und ähnlichen Arzneimitteln. (Nr. 40.)

19. Oktober. Bekanntmachung des Provinzialsteuerdirektors, betreffend Festsetzung des Brennsteuer-Vergütungssatzes für Alkohol. (Nr. 43.)

19. Oktober. Gebührenordnung für die Fleischbeschau und die Trichinenschau bei inländischem Fleisch. (1. außerordentl. Beilage zu Nr. 45 des Amtsbl.)

24. Oktober. Polizeiverordnung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Dampffässern. (2. außerordentl. Beilage zu Nr. 45 des Amtsbl.)

30. Oktober. Änderung der Polizeiverordnung, betreffend die Sicherung des Verkehrs auf öffentlichen Wegen vom 25. November 1902 (Bezeichnung der Fuhrwerke). (Nr. 46.)

4. November. Bekanntmachung, betreffend Verbindung der Floßtafeln. (Nr. 46.)

16. November. Gebührenordnung für die Prüfung von Kraftfahrzeugen oder Krafträdern und deren Führer. (Nr. 48.)

19. November. Bekanntmachung, betreffend Aufhebung der Choleraüberwachungsstelle Schulitz. (Nr. 48.)

29. November. Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe, enthaltend Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der gewerbsmäßigen Vermittelungsagenten für Immobiliarverträge (Immobilienmakler). (Nr. 51.)

13. Dezember. Bekanntmachung, betreffend Sperrung der kanalisierten Brahe, des Bromberger Kanals usw. (Nr. 51.)

Inhalts-Verzeichnis.

